

LUTZ NIETHAMMER

DIE AMERIKANISCHE BESATZUNGSMACHT
ZWISCHEN VERWALTUNGSTRADITION UND POLITISCHEN PARTEIEN
IN BAYERN 1945

Schwarzenberg im Erzgebirge wurde als einziger deutscher Landkreis im Mai und Juni 1945 aus bisher unbekanntem Gründen nicht von alliierten Truppen besetzt. Werner Gross¹ ist nach der detaillierten Untersuchung dieser zwei Monate zu dem Schluß gekommen, daß hier die sog. Stunde Null nackt anzublicken sei: nach kurzem Zögern hätten die Anfänge einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung stattgefunden, die von den reaktionären Kräften – dem Landrat, dem Bürgermeister, dem Pfarrer – nicht hätten unterbunden werden können. Er versteht diesen Befund als Hinweis darauf, daß nicht die Entwicklung nach 1945 in der russischen Zone, sondern jene in den Westzonen auf die Diktatur der jeweiligen Besatzungsmächte zurückzuführen sei.

Zwei Kennzeichen des „Zusammenbruchs“ treten bei Gross besonders deutlich hervor. Zunächst eine gewisse Lähmung der Bevölkerung nach dem Verschwinden der nationalsozialistischen Herrschaft. Offenbar hat kaum jemand diese Stunde mit dem Wunsche herbeigesehnt, mit Aktivität hervortreten und die große Reform einleiten zu können. Erst nachdem einige Tage nichts passiert war und örtliche Aufgaben drängten, löste sich die Erstarrung. Einzelne Personen griffen nun zur Selbsthilfe, und zwar örtliche Honoratioren einerseits und ehemalige Funktionäre der Arbeiterorganisationen (die z. T. wegen „Wehrunwürdigkeit“ zu Hause waren) andererseits. Als zweites Merkmal fällt ins Auge, daß keine der beiden Seiten den örtlichen Aufgaben ganz gewachsen war, daß vielmehr beide eine Ermächtigung zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen benötigten und zu diesem Zwecke dringend Anschluß an eine der beiden Besatzungsmächte suchten², die jenseits der Grenzen des Kreises die Verwaltung übernommen hatten. Die Honoratioren ermunterten die Amerikaner zur Besetzung, die Antifa-Funktionäre arbeiteten besonders bei Polizeiaktionen mit den Sowjets zusammen. Nazis und Militärs verbargen sich in den Wäldern.

Gross kann an Schwarzenberg gerade nicht zeigen, wie die politische Option des deutschen Volkes ausgefallen wäre, wenn eine Besetzung nicht stattgefunden hätte; vielmehr veranschaulicht er an seinem Beispiel, wie wenig politische Führungenergie beim Zusammenbruch des Dritten Reiches überhaupt noch am einzelnen Ort zur Verfügung stand, und wie schwierig, wenn nicht unmöglich es für die überlebenden Gegner des Nationalsozialismus sein mußte, bei der allgemeinen Erschlaffung des jahrelang überspannten öffentlichen Interesses in der Bevölkerung Unterstützung und Begründung für ihr Handeln zu finden³. Die Besetzung Deutsch-

¹ Werner Gross, *Die ersten Schritte*, Berlin (Ost) 1961.

² Ebenda, S. 58 ff.

³ Wolfgang Leonard (*Die Revolution entläßt ihre Kinder*, 4. Taschenbuch Aufl. 1962,

lands, die Legitimation der Nachkriegsreformen von außen, ist nicht nur eine Tatsache, sondern sie war auch eine Notwendigkeit.

Von diesem Gesichtspunkt aus erscheint die Isolierung „deutscher“ (d. h. nicht von den Besatzungsmächten beeinflusster) politischer Regungen der sog. Stunde Null – sei es in einem zufällig nicht besetzten Kreis, sei es in der Programmatik von Parteigründungszirkeln – für die geschichtliche Erkenntnis der ersten Nachkriegszeit weniger bedeutsam als die Untersuchung der Art und Weise der deutsch-alliierten Zusammenarbeit in den jeweiligen Besatzungszonen. Dabei handelt es sich sowohl um die Prädisposition der Besatzungsorgane für ihre Aufgabe als auch um die Modalitäten ihres Verhältnisses zu den eingesetzten deutschen Verwaltungen und Regierungen sowie um deren politische Konzeptionen^{3a}.

John Gimbel⁴ hat in seiner Untersuchung der Besatzungs- und Kommunalgeschichte Marburgs in den ersten Nachkriegsjahren für solche Fragestellungen eine methodisch wegweisende erste Antwort versucht. Ähnliche Studien auf einer Ebene, die über der der Selbstverwaltung läge und auch nach deutscher Tradition im engeren Sinne eine politische wäre, stehen noch aus. Dabei muß auch auf einer solchen höheren Ebene gelten, was Fromme an der Arbeit Gimbels hervorhob: „Nur die energisch begrenzte Untersuchung am konkreten Fall, die minutiöse Verfolgung der Entwicklung im Detail vermag über die Gemeinplätzigkeit hinauszuführen, die sich allmählich aus einer allzuoft wiederholten Darlegung ‚großer Entwicklungslinien‘ zu ergeben droht“⁵.

Das Land Bayern eignet sich gut für eine solche Untersuchung der „ersten Schritte“ nach dem Zusammenbruch. Hier wurde im Mai 1945 der erste Ministerpräsident eines deutschen Landes nach dem Zusammenbruch eingesetzt, die erste politische Gewalt also, die über den Selbstverwaltungsbereich hinauswies. Die von ihm wiederaufgebaute bayerische Staatsverwaltung und die neu entstehenden politischen Parteien haben im Sommer 1945 paradigmatische Konzeptionen bewußt hervorgebracht und zu verwirklichen versucht, die sich in dieser Gleichzeitigkeit, wechselseitigen Bedingtheit und in ihrem konkreten Bezug auf das Regierungssystem der frühen Besatzungszeit wohl schwerlich an einem anderen Ort noch einmal derart zugespitzt haben dürften. Wie dieser damals allgemein als Affäre empfundene Konflikt im September 1945 durch die Ablösung des Ministerpräsidenten

S. 328) berichtet bezeichnende Antworten des ‚Manns auf der Straße‘, den er im Juni 1945 über seine Meinung von der KPD-Gründung befragen sollte: „Wat, schon wieder ’ne Partei? Ich hab’ noch von der vorigen die Neese voll!“ oder „Haben’se denn jar keene andern Sorjen, junger Mann?“

^{3a} Für die ersten Besatzungsmonate liegt hierzu eine wohlinformierte und gedankenreiche, wenn auch nur wenig differenzierte Gesamtanalyse vor: Leonard Krieger, *The interregnum in Germany: March–August 1945*, in *Pol. Soc. Quart.* 64 (1949), S. 507 ff.

⁴ John Gimbel, *A German Community under American Occupation, Marburg 1945–1952*, Stanford 1961, dt. Ausgabe unter dem Titel: *Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung, Marburg 1945–1952*, Köln 1964.

⁵ Friedrich Karl Fromme, *Zur inneren Ordnung in den westlichen Besatzungszonen 1945 bis 1949*, in dieser Zeitschrift 10 (1962), S. 213.

Schäffer und des Militärgouverneurs Patton seine Lösung fand, und doch die schon vorbereitete Alternative auf deutscher Seite nicht zum Tragen kam, spiegelt den Grad an innerer Konsistenz, den die sich noch in rapider Veränderung befindliche amerikanische Militärregierung⁶ zwei Monate nach Potsdam erreicht bzw. nicht erreicht hatte. Das Ereignis selbst muß als Brennpunkt der Spannungen der frühen MG angesehen werden. Hier gelangte die Entnazifizierungspolitik zum Durchbruch; hier wurden die möglichen Alternativen zur Durchführung der amerikanischen Demokratisierungspolitik ausgeschieden. Das desintegrierte Regime der Besatzungsarmee wurde im September 1945 durch ein klares System der Militärregierung abgelöst. Die Entlassung Schäffers und die Entstehung des Regierungsauftrags für seinen Nachfolger Hoegner erfordern darüber hinaus auch insofern eine Klärung, als sie in der Literatur nicht nur recht einseitig und unvollständig motiviert wurden⁷, sondern auch Fehldeutungen ausgesetzt waren⁸. Viele Einzelentscheidungen und Beziehungen gerade der frühen Besatzungszeit haben keinen Niederschlag in Quellen gefunden⁹. Der Weg zur Erforschung der Nachkriegszeit wird aber auch dort, wo Quellen vorhanden sind, von den Archiven nur behutsam

⁶ Im folgenden werden die in der Besatzungszeit üblichen Abkürzungen verwendet: MG für Military Government; RMG für Regional MG, im Oktober 1945 in OMGB = Office of MG for Bavaria umbenannt; OMGUS für Office of MG for the US Zone of Germany, hervorgegangen aus USGrCC = US Group Control Council; ETO für European Theater of Operations; SHAEF = Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces. Nach dessen Auflösung wurde die US-Besatzungsmacht von USPET = US Forces European Theater in Frankfurt geleitet. Dessen G-5 = 5. Generalstabsabteilung für Angelegenheiten der Zivilbevölkerung wurde am 8. 10. 1945 in OMG (US) umbenannt.

Daneben: CAD = Civil Affairs Division, die MG-Abteilung im Pentagon; ECAD = European CAD war die für Europa ausgebildete Besatzungsorganisation, wobei MG im besiegten Feindland von CA = Civil Affairs in befreiten Gebieten unterschieden wurde. OSS = Office of Strategic Services war der erste integrierte Geheim- und Nachrichtendienst der USA von 1942-45; CIC = Counter Intelligence Corps war die „Abwehr“ der amerikanischen Armee; G-2 die 2. Generalstabsabteilung für Nachrichtenwesen und Geheimdienst; PWD = Psychological Warfare Division war auf SHAEF- und Army Group-Ebene organisiert; ihr Personal ging später zum größten Teil in ICD = Information Control Division, die OMGUS-Kontrollabteilung für das Presse- und Informationswesen, auf.

⁷ Vgl. Fritz Schäffer, Die Zeit der ersten Ministerpräsidentschaft in Bayern nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945, Historisch-Politische Schriftenreihe des Neuen Presseclubs, Heft 1, München o. J. (1964), S. 13; Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter, München 1959, S. 201; Arthur D. Kahn, Offiziere, Kardinäle und Konzerne, Berlin (Ost), 1963, S. 94 ff.; Robert D. Murphy, Diplomat among Warriors, Taschenbuchausgabe, New York 1965, S. 531.

⁸ Vgl. z. B. Hans Obermaier und Josef Mauerer, Aus Trümmern wächst das neue Leben, München 1949, S. 81 f. (Hier wird auf einen Linksrutsch der Militärregierung nach Potsdam als Ursache der Entlassung angespielt); Festschrift Fritz Schäffer zum 70. Geburtstag am 12. 5. 1958, o. O. u. J., darin Ludwig Sporer S. 97 f. und Hanns Seidel im Anhang (hier scheinen deutsche Intrigen den Sturz des Ministerpräsidenten herbeigeführt zu haben); eine ähnliche Meinung wird durch eine bei Hoegner (a. a. O.) abgedruckte eidesstattliche Erklärung suggeriert; Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche, 2. Aufl., Stuttgart 1965, S. 177 f. (Eine abenteuerliche Konstruktion, nach der die Absetzung Schäffers aus einer Parteifehde zweier New Yorker Stadtverordneter folge.)

⁹ Vgl. dazu Walter L. Dorn, Letter to the editor, in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 192.

freigegeben. Um so notwendiger erscheint es, in den Bereichen, in denen unter Heranziehung alles erreichbaren Materials¹⁰ ein Bild sowohl von den Grundzügen der politischen Auseinandersetzung als auch von ihrer praktischen Erscheinungsform, ihren Personalien und bedingenden Details, entworfen werden kann, diese Chance zu nützen.

Zum Aufbau der Untersuchung sei noch vorausgeschickt, daß die Vorgänge in Bayern nur sinnvoll gewürdigt werden können, wenn sie im Rahmen der Besatzungspolitik bis zum Herbst 1945 gesehen werden. Während die Entwicklung der US-Deutschlandpolitik in diesem Zeitraum als bekannt vorausgesetzt wird, müssen der Darstellung der bayerischen Verhältnisse zwei Skizzen vorangestellt werden: erstens eine Schilderung der Grundlinien der Planung und Organisation der US-Besatzung und ihrer Praxis in anderen Teilen Deutschlands in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch; zweitens die sehr knappe Analyse eines Konflikts zwischen Besatzungsmacht und Stadtverwaltung in Aachen, als dessen erweiterte Reprise die Entlassungen Pattons und Schäffers amerikanischen Augen erschienen. Der ‚Fall Aachen‘ ist insbesondere für die amerikanische Reaktion auf die von der Besatzungsmacht eingesetzten konservativen deutschen Verwaltungschefs bezeichnend und hebt insofern die späteren Ereignisse in Bayern aus der Sphäre der landesgeschichtlichen Einmaligkeit heraus.

I

Auf Grund der ungünstigen Erfahrungen, die die US-Armee bei der Rheinlandbesetzung nach dem Ersten Weltkrieg mit der nicht speziell vorgebildeten kämpfenden Truppe als Besatzungsinstrument gemacht hatte, wurde der Vorbereitung und Durchführung der Besatzung im Zweiten Weltkrieg große Aufmerksamkeit geschenkt. In der Armee bewirkte sie die Ergänzung der vier klassischen Stabsabteilungen (Personnel, Intelligence, Operations, Supply) durch eine fünfte für Zivilangelegenheiten: G-5¹¹.

¹⁰ Hierzu sind insbesondere zu rechnen: die in der US-Armee laufend geführten „historical reports“ (HR) für jede Einheit (gewöhnlich masch.). Exemplare liegen an verschiedenen Orten, die meisten im World War II Record Center (WW II RC) der National Archives der USA. Daneben wurden herangezogen: der Nachlaß von Prof. Dr. Walter L. Dorn im Besitz von dessen Tochter (Dorn Papers), das Privatarchiv von Prof. Dr. William E. Griffith (Griffith Papers), das Privatarchiv von Staatsminister a. D. Dr. Josef Müller (Archiv Josef Müller), der Nachlaß von Staatsminister a. D. Dr. Anton Pfeiffer im Besitz der Familie Pfeiffer (Nachlaß Pfeiffer) sowie der Nachlaß von Ministerpräsident a. D. Adam Stegerwald im Besitz der CDU-Rheinland (Stegerwald Archiv). Einzelne Dokumente entstammen dem Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München (IfZG). Allen, die mir so bereitwillig ihre Materialien zur Verfügung stellten und mir durch mündliche und schriftliche Auskünfte in so liebenswürdiger Weise halfen, danke ich von Herzen. Dies gilt auch für jene (meist amtliche Stellen), die im Text nicht einzeln erwähnt werden konnten.

¹¹ Zur G-5 Phase: Office of the Chief Historian, European Command: Civil Affairs, Occupation Forces in Europe Series, 1945-46, (masch.) Frankfurt 1947.

Diesem Entschluß waren in Washington in den ersten Kriegsjahren heftige Kontroversen zwischen den Ministerien um die Besatzungspolitik im allgemeinen und die organisatorische Stellung, personelle Besetzung und Aufgabe der CAD der Armee vorausgegangen¹², in denen das War Department und das Department of the Interior die Grundpositionen verfochten hatten. Das Kriegsministerium setzte sich für eine Organisation von Verwaltungsspezialisten ein, die den jeweiligen Kommandeuren der kämpfenden Truppe unterstehen sollte. Ihr Auftrag sollte es sein, die Zivilbevölkerung daran zu hindern, die militärischen Operationen zu stören, und ihre einstweilige Versorgung zu sichern. Diese Aufgabe sollte bis kurz nach Abschluß der Eroberung des Feindeslandes währen und dann von einer Phase ziviler politischer Verwaltung – also nicht von einer politisierten Militärverwaltung – abgelöst werden. Zweck dieser Konzeption war es, eine Politisierung der Armee zu verhindern und ihre militärische Disziplin nicht durch dienstliche politische Entscheidungen ihrer Mitglieder in Frage stellen zu lassen. Dadurch sollte eine Herausforderung der ausschließlichen Befehlsgewalt der militärischen Kommandeure in ihren Operationsgebieten durch ihnen beigegebene politische Kommissare anderer Ministerien oder gar durch präsidentielle Sonderbeauftragte vermieden werden¹³.

Dagegen berief sich Innenminister Ickes auf die Erfahrungen seines Ressorts in der Kolonialverwaltung und forderte seine Beteiligung an der Planung und Ausführung der Besatzungspolitik¹⁴. Roosevelt mag von dieser Argumentation zunächst vor allem deshalb beeindruckt gewesen sein, weil das als Hochburg der New Dealer bekannte Innenministerium die Militärs imperialistischer und militaristischer Neigungen verdächtigte. So formulierte z. B. der persönliche Referent Ickes', Saul K. Padover, in einer Denkschrift für seinen Chef vom 9. 1. 45: „We are fighting for a civilian, democratic, free world – not for a world ruled by armed forces. Moreover, by tradition, training, background and outlook, the Army ist not equipped for long-term administration of foreign areas, especially if those areas are to be given the essentials of a democratic, social-economic structure.“¹⁵

Im Kampf um die Ausbildung der Militärregierungsoffiziere, um CA im Nord-

Zur Kriegszieldiskussion und zur Entstehung der Besatzungsdirektiven, die hier vorausgesetzt werden, neben Günter Moltmann, *Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Heidelberg 1958, vgl. jetzt vor allem Paul Y. Hammond, *Directives for the Occupation of Germany: the Washington Controversy*, in: *American Civil-Military Decisions*, ed. Harold Stein, Birmingham, Alabama, 1963, S. 311 ff., sowie Walter L. Dorn, *The unfinished Purge*, unvollendetes Manuskript in Dorn-Papers. Ein Überblick über seine Ergebnisse in Dorns Aufsatz: *Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland 1944–45*, in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 60 ff.

¹² Vgl. Harry L. Coles u. Albert K. Weinberg, *Civil Affairs: Soldiers become Governors*, Washington D.C. 1964, insbesondere Kap. 1. (Der sehr instruktive Band dokumentiert die Planungsphase und die Operationen in Westeuropa und Italien.)

¹³ Ebenda, S. 14 f., S. 19 f., S. 24 und öfter.

¹⁴ Ebenda, S. 25. Während die Armee schon deshalb 1943/44 die MG-Planung vorantrieb, weil sonst ein Vakuum bei Kriegsende zu entstehen drohte, wurde Ickes' Position Ende 1944 in modifizierter Form vom Treasury Department wieder aufgenommen.

¹⁵ Ebenda, S. 26.

afrika-Feldzug und um die Bildung einer westalliierten MG-Kommission zeigte sich jedoch, daß die schon bei der Armee beträchtlichen Koordinationsschwierigkeiten bei Beteiligung nichtmilitärischer Stellen ins Unerträgliche wuchsen, insbesondere, da bei Roosevelts Verzögerung der Besatzungsplanung eine Organisation ohne endgültig definierten Auftrag zur späteren Disposition aufgestellt werden mußte. Ohne Zweck eine Maschine aufzubauen, war außerhalb der Armee niemand fähig. Das War Department verteidigte seine Position dadurch, daß es den apolitischen und vorübergehenden Charakter seiner MG-Aufgaben herausstrich: „... the point ... is not one of whether internationalism, imperialism and isolation are entitled to equal consideration as possible future policies for America; the point is that our Military Government training now proceeds on the assumption that these issues are none of the military government officers business.“¹⁶ Die apolitische Haltung sollte auch im besetzten Land bewahrt werden; es sollte der Maßstab gelten, daß MG seine Befehlsgewalt gegenüber der „eingeborenen“ Verwaltung nur im Sinne von „law and order“ und „military security“ anzuwenden habe. Im Army-Navy Manual vom 22. 12. 1945 kündigten sich zwar die neuen Aufgaben an, indem erstmals das traditionelle Ziel der MG (das noch in der vorhergehenden Auflage von 1940 enthalten gewesen war), nämlich „welfare of the governed“, wegfiel. Aber man versuchte, sich dennoch gegen die Konsequenzen politischer Regierungstätigkeit im Feindland abzuschirmen. Jeglicher Einfluß der Besetzten „however sound in sentiment“ auf die MG-Politik sollte zurückgewiesen, jede nicht ausdrücklich angeordnete Verhandlung mit lokalen Stellen oder Gruppen vermieden werden¹⁷. Man befürchtete, daß individuelle politische Entscheidungen der MG-Offiziere, wie sie bei einer strukturverändernden Reformpolitik in Zusammenarbeit mit deutschen Gruppen notwendig waren, durch den Zündstoff demokratischer Konzeptionsunterschiede die Disziplin des Militärs und seine hierarchische Organisation aufsprengen könnten.

Der Grundgedanke der Beschränkung der Armeeverwaltung auf die dilatorische, unpolitische Anfangsphase der Besatzung beherrschte die Vorbereitungen auf CA und MG, ihre Organisation im Jahr 1944 und noch die anfängliche Praxis der MG nach der deutschen Kapitulation. Als „politische“ Aufgabe verblieb dabei nur die Verlängerung des militärischen Kriegsziels „to destroy nazism“, dessen man durch Internierung aller „security threats“ und Ablehnung jeglicher Kollaboration mit „Nazis“ in militärischer Weise Herr zu werden hoffte.

Die Armeeverwaltung für Zivilangelegenheiten wurde aus der militärischen Polizeiverwaltung heraus aufgebaut. Die Schulen zur Ausbildung des MG-Personals unterstanden dem Provost Marshall General, der nicht müde wurde, die rein militärische und versorgungstechnische Aufgabe von MG abzuheben von einer späteren Zivilregierung, der das „shaping of the postwar world.“ zufalle: „Military

¹⁶ Mit diesen Worten verteidigte Hyneman die MG-Schule in Charlottesville und schrieb ihr als Grundstimmung einen „good Samaritanian internationalism“ zu. Ebenda, S. 29.

¹⁷ Zitiert ebenda, S. 145. Die Bestimmung wurde dann allerdings nach heftigem Einspruch der OSS auf „non enemy countries“ beschränkt.

Government has two objectives: First, to help to bring the war to a successful termination; second and entirely subordinate to the first consideration, to further the welfare of the people of the occupied territory . . . What matters most is that the commanding general in any field of operations be given as complete control as possible over all the elements that must enter into the calculations."¹⁸ Mit solchen traditionellen Worten wandte sich Gen. Gullion zugleich an die Kommandeure der kämpfenden Truppe, um ihnen die neue Organisation als Teil ihrer Stäbe vorzustellen und schmackhaft zu machen, weil ein Teil der Generalität sie als eine Art politischer Kommissare gefürchtet und abgelehnt zu haben scheint, die das Effektivitätsprinzip des militärischen Apparats und seine Kommandohierarchie in Frage stellen könnten. Patton war zweifellos ein herausragendes Beispiel dieser Spezies konservativer Generale; in seinem Befehlsbereich soll später die Kaltstellung der Militärregierungsbeamten durch höherrangige Offiziere der kämpfenden Truppe besonders verbreitet gewesen sein¹⁹.

Die Einbeziehung von MG-Stäben in die Generalstabsstruktur bedeutete, daß sie z. B. auf Armeegruppen-, Armee-, Korps- oder Divisionsebene den militärischen Kommandeuren unterstanden, also hierarchisch und territorial gegliedert waren, die Bewegungen der kämpfenden Truppe mitvollzogen und untereinander nur über die Kommandeure kommunizieren konnten. Diese für Verwaltungszwecke extrem schwerfällige Konstruktion diente der elastischen Anpassung der Verwaltungsorganisation an die Zwecke der kämpfenden Verbände und führte – weil die Kommandeure weitgehend freie Hand hatten und keiner speziellen Kontrolle und Koordination unterstanden – zu großen Unterschieden in der Verwaltungspraxis von Befehlsbereich zu Befehlsbereich²⁰.

Die Schwächen dieser G-5-Struktur sollten durch ein System von Spezialstäben ausgeglichen werden: für alle Kreise und Großstädte, Regierungsbezirke, Provinzen und Länder im Feindgebiet wurden spezielle MG-Detachments ausgebildet, die sich in monatelanger Vorbereitung mit den lokalen Verhältnissen, z. B. Münchens oder des Regierungsbezirks Starkenburg, vertraut machten. Mit Vortrupps rückten sie direkt hinter der kämpfenden Truppe in ihre Zielgebiete ein und übernahmen die zivile Verwaltung wenn möglich durch indirect rule; gewöhnlich war die deutsche Verwaltung aber zusammengebrochen. Diese Detachments unterstanden dem jeweiligen G-5 der in ihrem Gebiet operierenden militärischen Einheit in bezug auf „policy“, in internen Verwaltungsfragen aber der ECAD, die auf ETO-Ebene in zwei Regimenten geteilt den Einsatz des MG-Personals, seine Ausbildung und Versorgung steuerte. Die höchste Ebene dieser Spezialstäbe bildete die interalliierte

¹⁸ Allen W. Gullion (Provost Marshall General), *Military Government*, in: *Coast Artillery Journal* 86 (1943), 2, S. 22ff. Vgl. auch Coles/Weinberg, a. a. O., S. 24.

¹⁹ Harold Zink, *American Military Government in Germany, New York 1947* (im folgenden Zink I), S. 58.

²⁰ Die G-5-Struktur wurde am 14. 5. 1944 auf allen Ebenen eingeführt, wodurch die Truppenkommandeure zum ersten Mal kontinuierlich mit MG als einer ihrer „major objectives“ befaßt waren. Vgl. *Off. of the Chief Hist., Civil Affairs . . .*, S. 12. Der Befehl wurde aber vielfach zu spät verwirklicht.

German Country Unit, die in London an der konkreten Besatzungsplanung arbeitete. Aus ihr wurde im Spätsommer 1944 das US-Element für den Kontrollrat (USGrCC) ausgegliedert²¹.

Die Generalstabsstruktur soll zur leichteren Unterscheidung im Folgenden Armeeverwaltung genannt werden, während dort, wo das Schwergewicht der Besatzung auf den Spezialstäben ruhte, von Militärregierung gesprochen wird. Für beide Strukturen waren seit 1943 auf verschiedenen Schulen in den USA und England Offiziere und Mannschaften ausgebildet worden²². Die Anwärter rekrutierten sich einerseits aus Soldaten, die einzelne Armeen nach Gutdünken für diese Aufgabe freigestellt hatten, und andererseits aus Fachleuten auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens wie Justiz, Kommunalpolitik, Gewerkschaftswesen, aus Universitätspersonal und Journalisten, die zu diesem Zweck angeworben oder eingezogen wurden. Die Kenntnis der Sprache des Ziellandes war natürlich besonders erwünscht. Da in den meist kurzen Kursen selten eine Sprache ausreichend gelernt werden konnte, besonders da die MG-Anwärter gewöhnlich noch einer militärischen Grundausbildung unterworfen wurden, und da die Ausgebildeten oft genug ohne Berücksichtigung ihrer Spezialkenntnisse eingesetzt worden zu sein scheinen, fiel zwei Gruppen unter den MG-Offizieren das Schwergewicht zu. Einmal den Fachleuten für bestimmte Verwaltungsfunktionen wie Gasversorgung, Eisenbahnwesen oder Landwirtschaft, die schwerlich beliebig ersetzt werden konnten; und andererseits den Emigranten aus dem betreffenden Zielland oder einem seiner Nachbarländer, wozu hier auch ‚junge‘ Einwanderer der ersten oder zweiten Generation zu rechnen sind, die als Fachleute für Sprache, Kultur und Politik gelten konnten. Diese wurden vor allem im Nachrichtendienst und in den MG-Abteilungen für öffentliche Sicherheit, für Information und Presse und in der politischen Feldarbeit eingesetzt. Da diese Gruppe gewöhnlich keine oder nur wenige Karriereoffiziere stellte, kam sie nicht in die obersten Dienstränge, die – fachlich weniger vorgebildetem – Armeepersonal vorbehalten blieben. Das Gros des MG-Personals aber, das nicht für bestimmte Funktionen prädestiniert erschien, wurde ziemlich wahllos auf die restlichen offenen Stellen verteilt.

Diese differenzierte personelle Ausgangsbasis tat noch ein Übriges, um die Unfähigkeit der Zwitterkonstruktion aus Armeeverwaltung und Militärregierung zur Koordination einer auch nur kurzen Regierungstätigkeit deutlich zu machen.

²¹ Über die Planungsarbeit der Spezialstäbe unterrichtet: Office of the Chief Historian, European Command, Planning for the Occupation of Germany, Occupation Forces in Europe Series, 1945–46, Frankfurt 1947 (masch.). Zu den sich aus der Zwitterkonstruktion aus General- und Spezialstäben ergebenden Schwierigkeiten für MG in Planung und Praxis vgl. die Analyse bei George C. S. Benson u. Mark Dewolfe Howe, Military Government Organizational Relationships, in: Carl Joachim Friedrich and Ass., American Experiences in Military Government in World War II, New York 1948, S. 52 ff.

²² Zur MG-Ausbildung vgl. Harold Zink, The United States in Germany (Zink II), Princeton 1957, S. 10; John B. Mason, Lessons of Wartime Military Government Training, in: The Annals, Januar 1950, S. 183 ff., sowie Zink I, a. a. O., S. 6 ff., Beschreibung der personellen Verhältnisse: S. 23 ff., 31 ff., 61 ff.

Die Armeeverwaltung arbeitete unter der englisch-amerikanischen Direktive CCS 551 vom 28. 4. 1944²³, die bis zur deutschen Kapitulation gelten und dann amerikanischerseits für eine Übergangszeit von JCS 1067 abgelöst werden sollte. Sie bestimmte aber die Praxis der MG bis in den Sommer 1945 hinein, einerseits weil die Planungsstäbe 1944 sich bei der Ausarbeitung ihrer Einzelanweisungen und Handbücher mangels politischer Führung an das sich in CCS 551 spiegelnde Armeekonzept gehalten hatten und die MG-Offiziere an den Ergebnissen dieser Planung ausgebildet worden waren, andererseits weil sie dem unpolitischen Effektivitätsbedürfnis der Verwaltungsoffiziere entgegenkam. Es wird berichtet, daß JCS 1067 auch deshalb in der Praxis eine lange Anlaufzeit durchmachen mußte, weil sie den Offizieren an Ort und Stelle extrem wenig mit der von ihnen vorgefundenen Situation in Deutschland zu tun zu haben schien. Diese hätten deshalb anfangs versucht, sie zu übersehen und sich an die bisherigen Faustregeln zu halten²⁴.

Die Armeeverwaltung in Deutschland nach dem „Umbruch“, der ja nicht auf einmal, sondern mit den vorrückenden US-Truppen schrittweise von West nach Ost stattfand und sich über einen Zeitraum von gut sechs Monaten hinzog, war durch ihre Vielfalt und Unterschiedlichkeit geprägt. Die US-Armee war eingefügt in eine interalliierte Kriegsmaschine, deren oberste Organisationsprinzipien Elastizität (d. h. Selbständigkeit der unteren Einheiten in der Durchführung der ihnen gestellten Aufgaben) und Effektivität (d. h. unpolitische Konzentration auf die Erringung des Sieges mit allen einsetzbaren Techniken) hießen. Die mit den Truppen vorstoßenden MG-Einheiten waren dieser elastischen Befehlsorganisation und ihrem Erfolgsbedürfnis angepaßt. Wenn sie in einen deutschen Kreis kamen, mußten sie dort oft genug die gesamte Verwaltung übernehmen und aus dem Handgelenk aufrechterhalten; ihre Stellung am einzelnen Ort war souverän, ihre Zusammenarbeit in größeren Regionen mangelhaft. Durch die Unterordnung der MG unter die militärische Kommandokette war der Initiative und dem Gutdünken der Kommandeure auch kleiner Einheiten breiter Spielraum gewährt. Während des Vormarsches und der anschließenden Demobilisierung konzentrierte sich die koordinierende Kommandogewalt auf im engeren Sinn militärische Fragen. Auf deutscher Seite zersplitterte die überregionale Koordination spätestens, nachdem die Verwaltungen infolge von Zerstörungen, der Flucht ihrer Chefs oder der ersten Verhaftungswellen zum Erliegen gekommen waren. Allerorten herrschten amerikanische und von ihnen ernannte deutsche Kreiskönige, die nach den unterschiedlichsten Gesichtspunkten ausgewählt wurden.

Die Lage wurde durch Forderungen der Truppe nach Quartier, Kommunikationsmitteln und militärischer Sicherheit nur komplizierter. Die MG-Offiziere gewöhnten sich schnell daran, „ihre“ Kreise zu verteidigen, sich in deren innere geschäftliche und menschliche Bande zu verflechten – noch bevor das Fraternisierungsverbot aufgehoben war – und deren Interessen zu vertreten. „Ihre“ Stadt sollte funktionsfähig werden („get things going again“); ob das Gaswerk von einem Pg

²³ Zur Entstehung und Interpretation vgl. Hammond, a. a. O., S. 528f.

²⁴ Zink I, a. a. O., S. 135.

geleitet wurde, galt ihnen wenig. Ortsgruppenleiter, einige Bürokraten und Industrielle, Offiziere, Altparteigenossen und SS-Männer wurden nach nur selten pfleglicher Auswahl dem CIC übergeben, einige Beamte, die 1933 entlassen worden waren, wieder eingesetzt, Empfehlungen der Kirchen entsprochen, einige Unbekannte, die sich zu präsentieren verstanden oder gar englisch sprachen, mit Ämtern betraut und eine Anzahl kleinerer Angestellter und Agenten für die Militärregierung angeworben, oft Funktionäre der Anti-Fa oder befreite Häftlinge, denen wie allen Deutschen sonstige politische Betätigung im Namen militärischer Sicherheit verboten worden war. Die Kreise verteidigten zufällig bei ihnen lagernde Wehrmachtsbestände, Lebensmitteltransporte oder Treibstoffvorräte gegen notleidende andere Gebiete oder verschoben solche Güter im Tauschhandelsverfahren und bemühten sich, die wandernde Bevölkerung der DPs, Flüchtlinge, Evakuierten, Ausgebombten, Heimkehrer und Untergetauchten um ihre Gemarkungen herumzuleiten; höhere Verwaltungsstellen suchten nach ihrer Einsetzung mangels anderer Kommunikationsmittel durch zufällige Kuriere erste Nachrichten vom Zustand ihrer Gebiete und Verbindung mit den ihnen meist unbekanntem Landräten und Bürgermeistern zu bekommen²⁵.

Die unübersichtlichen Zustände wurden noch verwickelter durch ungeklärte Zuständigkeiten auf den meisten Gebieten der Militärregierung im Zusammenspiel mit den Armeen. Besonders ungünstig wirkte sich der desintegrierte Zustand des Nachrichtenwesens aus, an dem die Schwierigkeiten kurz veranschaulicht seien²⁶. Bis August 1945 existierte OSS als Versuch einer gesamtamerikanischen Nachrichtenzentrale; sie wurde durch präsidentielle Anweisung aufgelöst; ihre Agenten blieben aber z. T. am Ort und wurden nur in andere Organisationen der Armee, der MG, des State Department oder auch als Pressekorrespondenten übernommen. Daneben und danach bestanden die militärische Abwehr (CIC), die durch ihre unabhängige Organisationsform besonders frei und auch eigenwillig zu handeln in der Lage war; der militärische Nachrichtendienst, die G-2's, die an ihrer ausschließlichen Zuständigkeit im Befehlsbereich ihres jeweiligen Kommandeurs interessiert waren; die PWD und spätere ICD hatte ihre eigenen Ermittlungsdienste, ebenso wie MG durch ihren public safety branch und diverse special investigation sections über eigene geheim- und nachrichtendienstliche Instrumente verfügte. Daraus ergaben sich nicht nur Rivalitäten und eine ungenügende Koordinierung der Informationen,

²⁵ Anschauliche Schilderungen auf den ersten hundert Seiten von Reinhold Maier, *Ein Grundstein wird gelegt*, Tübingen 1964, insbesondere S. 72 ff., und 93 ff. und bei Wilhelm Keil, *Erlebnisse eines Sozialdemokraten*, 2. Band, Stuttgart 1948, S. 671 ff. Ähnliche Berichte aus Bayern fehlen. Ein herausragendes Beispiel eines US-Kreiskönigs war „Major Windy“ in Roetgen nach dem Bericht bei Saul K. Padover, *Experiment in Germany*, New York 1946, S. 78 ff. Über die Auffassung der Truppenkommandeure von ihrer MG-Aufgabe urteilt Zink I, a. a. O., S. 29: „To them the running of a military government headquarters in Germany was substantially the same as operating a truck drivers' school or an airfield in the United States.“

²⁶ Zum Folgenden Robert G. Neumann, *Political Intelligence and Its Relation to Military Government*, in Friedrich and Ass. . . ., S. 70 ff. (Neumann sammelte seine Erfahrungen in G-2 der 3. Armee).

sondern auch die Vernachlässigung allgemeiner politischer Information zugunsten eines Wettkampfs aller um die Inhaftierung von Naziführern als den eigentlichen Kriegstrophäen, was zu einer denkbar weiten und unbestimmten Definition des „Nazi“-Begriffs führte. Eine weitere wichtige Folge dieses Gestrüpps war die Überproduktion unkoordinierter „intelligence“, die das Interesse der Praktiker an Information überhaupt erlahmen ließ. Deshalb mußten sich die einzelnen Nachrichtendienste ihre Kunden suchen, um bei ihnen ihre Informationen exklusiv anbringen zu können. Auf der anderen Seite entstanden die Informationen über Deutschland weitgehend durch deutsche Angestellte der jeweiligen Dienste, was im ersten Jahr zu einem linken Schwergewicht in Terminologie und Tendenz führte. Zudem ergab sich die Möglichkeit, über die jeweils recht einseitigen Meldungen und Analysen der deutschen Investigatoren bestimmte operierende Abteilungen der MG zu erwünschten Handlungen zu veranlassen.

Der Untergang aller amtlichen Kontrolle bot besonders in den ersten Monaten zahlreichen kriminellen Elementen, insbesondere wenn sie über einen Haft- oder KZ-Ausweis verfügten, die Chance, sich mit Nonchalance und Skrupellosigkeit zu Vertrauensleuten naiver Militärs zu machen, die sich offenbar bis in hohe Ränge hinein fanden. In ihrer Gebanntheit auf die „Nazi-record“ ihrer deutschen Kontrahenten übersahen einige Amerikaner, daß manche Deutsche „had indeed never been a Nazi but largely because [they] had not been out of jail long enough to join the Party“²⁷.

Während auf den unteren Ebenen vielfach reine Willkür am Werk war, läßt die Personalpolitik der MG in Großstädten und überregionalen Verwaltungen deutliche Konturen erkennen. Die Personalpolitik war in dieser Übergangsphase nach dem personalen Verständnis der „Entnazifizierung“, dem Verbot deutscher politischer Regungen und bei der vorläufigen Übernahme der vorgefundenen Befehlsstruktur in Deutschland der politische Kern der MG-Entscheidungen. Gerade auf Landes- bzw. Provinzebene gab es angesichts der lokalen Verselbständigung und der überregionalen Herrschaft der taktischen Kommandeure „... at first little that the provincial detachments could do except begin the search for someone suitable to be appointed Oberpräsident“²⁸. Dieser Aufgabe gingen sie nach, ohne zunächst dazu autorisiert zu sein; später wurde von SHAEF die Einsetzung von Verwaltungschefs auf Regierungsbezirks- und Provinzebene legitimiert²⁹. Bezüglich der Provinzen wurde anscheinend nicht beachtet, daß es sich dabei in den Gebieten, in denen die Amerikaner zuerst einmarschiert waren und auf die hin diese Entscheidung gefällt worden war, in den ehemals preußischen nämlich, um leitende Positionen intermediärer Verwaltungskörperschaften handelte, während sie in Süddeutschland

²⁷ So Ernst Anspach (1945/46 in OMGB Special Branch) in einem Schreiben an den Verf. v. 27. 1. 1966 bezüglich eines deutschen Beraters Col. Keegans (RMG Bayern) in den ersten Besatzungswochen.

²⁸ F. S. V. Donnison, Civil Affairs and Military Government, North West Europe 1944–1946, London 1961, S. 228.

²⁹ Laut Zink I, a. a. O., S. 95, noch vor VE-Day durch eine Sonderkonferenz in SHAEF-Forward in Reims.

die politische Führung von Ländern mit traditionell eigenstaatlichem Bewußtsein darstellten. Obwohl die Freigabe der überregionalen Rekonstruktion der Verwaltung unter pragmatischen Gesichtspunkten der Kommunikation und der Ernährungswirtschaft zustande gekommen war, setzte die Berufung von „Oberpräsidenten“ in den süddeutschen Ländern voreilig politische Energien frei, die sich wesentlich weniger leicht in den Befehlsmechanismus der Armeeverwaltung bannen ließen als der Exekutivapparat einer preußischen Provinz. Infolge der Zonengrenzziehung waren in Hessen und Nordwürttemberg-Nordbaden zu Anfang schon die Regierungsbezirke die „politische“ Ebene. Insbesondere die Einsetzung eines Ministerpräsidenten in Bayern jedoch mußte als politische Bestätigung der dortigen sonderstaatlichen Tradition verstanden werden. Trotz dieser Unterschiede scheinen im Nordwesten wie im Süden die Personen, die als Kristallisationskerne für die Rekonstruktion der höheren Verwaltung dienen sollten, nach ähnlichen Gesichtspunkten ausgewählt worden zu sein.

Wie sich aus den Ernennungen ersehen läßt, galten als Vorbedingungen für die Verwaltungschefs aller größeren Behörden, daß sie praktische oder theoretische Verwaltungserfahrung besaßen und vermutlich populär genug sein würden, um hingenommen zu werden. Ob sich darin ein spontaner demokratischer Zug in der MG-Politik offenbarte, mag dahingestellt sein. An einer stark nationalen Persönlichkeit war keineswegs gelegen, weil auch nach dem Einmarsch immer noch nationaler, wenn nicht nationalsozialistischer Widerstand befürchtet wurde. Die Kandidaten mußten sich jeder formalen Verbindungen mit dem Nationalsozialismus enthalten haben. Der Rückgriff auf die Weimarer Elite war damit um so mehr vorgezeichnet, als durch ihre Wiederverwendung wenigstens ein personales Symbol der Demokratie in der Anfangszeit errichtet werden konnte, solange demokratische Institutionen verwehrt blieben. Die eingesetzten Verwaltungen waren ausführende Organe der Besatzungsmacht; ein Bereich ausschließlicher Kompetenzen wurde ihnen nicht zugestanden; bei etwaiger Obstruktion alliierter Befehle wurde ihnen kriegsgerichtliche Verfolgung angedroht³⁰.

Männer, die diesen Kriterien entsprachen, waren nicht leicht zu finden. Oft lehnten sie vor der deutschen Kapitulation die Mitarbeit ab, teils aus familiären Rücksichten oder Angst vor NS-Terror, teils aus recht formal anmutenden nationalstaatlichen Erwägungen³¹. Die vom Geheimdienst zusammengestellten Listen

³⁰ Die unterschiedslose Unterstellung aller Kandidaten unter „martial law“ zeigt, daß das traditionelle Armeekonzept des ‚indirect rule‘ der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr angepaßt war, denn es konnte allenfalls rechtsstaatliche Verhältnisse, nicht aber eine „Demokratisierung“ erzwingen. (Vgl. zu dieser Problematik Carl Joachim Friedrich, *Military Government and Democratization*, in Friedrich and Ass., a. a. O., S. 3 ff.; und dss., *Military Government and Dictatorship*, in: *The Annals*, Januar 1950, S. 1 ff.). Die Auffüllung des diktatorischen Apparats mit demokratischem Personal führte vor allem in der Auseinandersetzung um die amerikanischen Entnazifizierungsbefehle zu großen Schwierigkeiten. Dazu aufschlußreiche Beispiele bei John Gimbel, *American Denazification and German Local Politics 1945–1947*, in: *The American Pol. Sc. Rev.* 54 (1960), S. 83 ff., insbes. S. 93 ff.

³¹ Familiäre Bedenken sind z. B. von Oppenhoff und Adenauer, nationalstaatliche von

akzeptabler Kandidaten (OSS white lists) erwiesen sich nur selten als brauchbar, da viele Erwähnte nicht auffindbar waren oder der Augenschein mit der geheimdienstlichen „record“ nicht zusammenzupassen schien. Immerhin sind einige wichtige Positionen auf Grund dieser Listen besetzt worden, so die der Oberbürgermeister von Köln und München, Adenauer und Scharnagl, die diese Ämter vor 1933 schon innegehabt hatten³². Allgemeiner Beliebtheit erfreute sich dagegen ein Verfahren nach Faustregeln, das sich in vorwiegend katholischen und in vorwiegend protestantischen Gebieten grundsätzlich unterschied.

Die katholische Kirche galt als Hort des Anti-Nationalsozialismus; die mutigen Predigten einiger Bischöfe wie Galen oder Faulhaber waren als repräsentative Stimmen des Katholizismus interpretiert worden³³, weil die Kirche als disziplinierte Anstalt bekannt war. Ihre Konsistenz bewahrte sie auch in den ersten Nachkriegstagen mehr als irgendeine andere Gruppe. Die Amerikaner hatten mit ihrer Distanz zur katholischen Kirche in der Rheinlandbesetzung schlechte Erfahrungen gemacht; auch deshalb wandte man sich nun überall an ihre Würdenträger und realisierte weitgehend deren personalpolitische Vorschläge. So sind auf Rat des Bischofs von Aachen der dortige Oberbürgermeister Oppenhoff, auf Rat des Bischofs von Trier der Oberpräsident Fuchs, auf Rat des Bischofs von Mainz der dortige erste Bürgermeister Walter, auf Rat eines Beauftragten von Kardinal Faulhaber der bayerische Ministerpräsident Schäffer und einige seiner Mitarbeiter berufen worden. In Münster erwog man gar, Graf Galen selbst als Oberpräsidenten einzusetzen, fand aber wenig Gegenliebe bei ihm und verwendete dann, wiederum auf kirchlichen Rat, den Regierungspräsidenten Amelunxen³⁴. Meistens – die junge Mannschaft um den bischöflichen Syndikus Oppenhoff ist eine Ausnahme – wurden regierungs- und verwaltungserprobte BVP- bzw. Zentrums Politiker der Weimarer Republik vorgeschlagen, allermeist im vorgerückten Alter. Oft waren sie als Rechtsanwälte im Dritten Reich für kirchliche Belange eingetreten.

Da in protestantischen Gebieten ein paralleles Vorgehen schon wegen der „Deutschen Christen“ nicht in Frage kam, da sich die evangelischen Kirchenführer auch

Heinrich Köhler und wiederum Oppenhoff bekannt. Der letzte hob besonders hervor, daß er nie einen deutschen Fahneid geschworen habe. An ihm sollte deutlich werden, wie berechtigt solche Rücksichten durch eine ganz konkrete Gefährdung waren – er wurde noch vor der Kapitulation des Reiches von Nationalsozialisten ermordet.

³² Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, Stuttgart 1965, hebt S. 23 hervor, daß er als Nr. 1 auf der US white list for Germany gestanden habe, als sei darin schon seine spätere Karriere vorweggenommen. Bei der alphabetischen Ordnung dieser Liste war er freilich kaum zu schlagen.

³³ Kahn, a. a. O., S. 84, betont dies für die US-Armee. Sie ist dabei nicht immer auf Gegenliebe gestoßen. Graf Galen soll zu einem OSS-Mann gesagt haben: „Wir wollen Sie gar nicht hier haben. Wir können unsere Probleme selbst lösen – wir Deutschen allein. Für uns sind Sie der Feind.“ (Ebenda, S. 86). Zink I, a. a. O., S. 133, betont die Erfahrung, daß „a reverse course during the occupation in World War I had led to embarrassment“.

³⁴ Zu Aachen und München siehe unten; zu Trier vgl. Wolfram Köhler, *Das Land aus dem Schmelztiegel*, Düsseldorf 1961, S. 92ff.; zu Münster ebenda, S. 102, und Donnisson, a. a. O., S. 228; zu Mainz vgl. Kahn, a. a. O., S. 42ff.

weniger diplomatisch als ihre katholischen Kollegen verhielten und aus ihrem konservativen politischen Engagement kein Hehl machten⁸⁵, dauerte hier die Auswahl der Verwaltungsführer länger. In Einzelfällen bediente man sich in der frühesten Zeit der führenden Funktionäre der Anti-Fa, kam aber wegen deren selbstbewußter Renitenz bald wieder davon ab. Auch die Recherchen in früheren SPD-Kreisen nach verwaltungserfahrenen Spitzenkräften waren wegen deren Emigration, Ermordung, KZ-Gefangenschaft oder Wehrdienst nur selten erfolgreich. Deshalb hatten hier Intellektuelle und politische Außenseiter eine größere Chance wie z. B. Bergsträsser in Darmstadt, Geiler in Wiesbaden, Holl in Heidelberg oder die Regierung in Neustadt. Auch Reinhold Maier, dessen Ernennung durch einen Zufall begünstigt wurde, oder der Plan einer nordhessischen Regierung in Marburg, für die MG überhaupt keinen Kandidaten fand, gehören mutatis mutandis hierher⁸⁶. Kandidaten dieser Art, deren Ernennungen länger vorbereitet waren und anpassungsfähigere Amtsträger als die alten Zentrumspolitiker zeitigten, waren gegen baldige Wiederabsetzung gefeit. Prominente katholische Politiker wie Schäffer, Fuchs oder Adenauer dagegen verloren nach kurzer Zeit wieder ihr Amt oder fanden sich nur schwer mit der ihnen zugedachten Rolle ab, so Stegerwald in Würzburg, Köhler in Karlsruhe, Oppenhoff in Aachen, Falkner in Regensburg. Die Umstrukturierung im kurpfälzischen Raum, die zum Fall der Neustädter Regierung und Holls führte, war dagegen durch die erst im Sommer 1945 endgültig festgelegte Zonengrenzziehung veranlaßt⁸⁷.

⁸⁵ Nach Kahn, a. a. O., S. 86, wünschte sich Bischof Müller von Hessen im September 1945 einen Hindenburg; Marshall Knappen, *And call it peace*, Chicago 1947, berichtet von Bischof Wurm: „Over and over again he emphasized the necessity of building up the church as a bulwark against leftist interests.“ (S. 100 in einer Unterredung unmittelbar nach der Kapitulation) und von Bischof Dibelius (S. 101): „... emphatically he affirmed that the only possible choice in Germany lay between Christianity and the left. Democracy was a foreign thing. It had no root in Germany and could not be expected to take root in the immediate future.“

⁸⁶ Für Hessen vgl. Walter L. Dorn, *Letter to the editor*, a. a. O., und den darin diskutierten Bericht von Ludwig Bergsträsser in dieser Zeitschrift 5 (1957), S. 397 ff.; für das kurpfälzische Gebiet und die aus einem Heidelberger Intellektuellenzirkel gebildete Neustädter Regierung: Helmut Kohl, *Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945*, Phil. Diss. (Masch.), Heidelberg, 1958, insbesondere S. 25–46. Für Stuttgart: Maier, a. a. O., S. 78 ff. u. 111 ff. Reinhold Maier hielt sich anfangs zurück. Er verfolgte nicht – wie andere – Ambitionen in Stuttgart, wo im Frühsommer 1945 die Franzosen die US-RMG aussperrten, sondern tat in seinem Bombenexil Schwäbisch Gmünd Dienst als Landratsassistent. Als dort auch RMG seine Zuflucht genommen hatte, entwickelte sich schnell ein Vertrauensverhältnis zu Col. Dawson, das – durch Maiers Stuttgarter Freunde und seine Popularität bei der schwäbischen Industrie gefördert – zu seiner Berufung als Ministerpräsident führte. Als Alternative soll wie in Hessen ein Wissenschaftler zur Diskussion gestanden haben (ebenda, S. 124).

⁸⁷ Kohl, a. a. O., S. 36; Zu Schäffer, Oppenhoff und Stegerwald s. u.; zu Fuchs vgl. Wolfram Köhler, a. a. O., S. 97 ff.; zu Adenauer vgl. seine Erinnerungen, a. a. O., S. 53 ff. (die von ihm gegebene Version muß jedoch im Zusammenhang mit seiner Denkschrift an die falsche Besatzungsmacht [S. 29] gesehen werden); zu Köhler vgl. Heinrich Köhler, *Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes*, hrsg. von Josef Becker, Stuttgart 1964, aus der Einleitung

Aufgabe der Verwaltungschefs war es, ihre Behörden nach einem vorgeschriebenen Kategoriensystem, das gewöhnlich den größten Teil der höheren und einen beträchtlichen Teil der übrigen Beamten erfaßte, zu entnazifizieren und sie gleichzeitig zu reorganisieren, so daß diese Ämter nicht nur die MG-Befehle ausführen, sondern auch den Notstand Deutschlands nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches bewältigen konnten, wozu sie auch im Rahmen früherer Regierungs- und Reichskompetenzen tätig werden mußten. Die Verwaltungschefs mußten sich deshalb bemühen, alle etwaigen politischen Energien ihres Gebiets diesen Verwaltungen zuzuführen. Daneben haben sie beinahe alle gegen die verstärkte Entlassungswelle, die seit Juli durch die US-Zone ging, Vorstellungen erhoben³⁸.

Solche Appelle an das Effektivitätsdenken hatten bei den Truppenkommandeuren im Frühjahr und Sommer 1945 zuweilen Erfolg, wurden aber von den für die Entnazifizierung zuständigen Special Branches als Widerstand gegen die Besatzungsmacht bekämpft. Darin drückte sich die Auseinandersetzung zwischen der sich nur als vorübergehend verstehenden Armeeverwaltung einerseits und der mit politischen Strukturverwandlungen beauftragten Militärregierung andererseits aus. Die Armee beharrte auf ihrem alten Standpunkt, daß sie nicht zu politischen Aufgaben da sei, vielmehr eine Besetzung nach herkömmlichen Kriegs- und Verwaltungstraditionen vorzunehmen und allenfalls Sicherheitsmaßnahmen durchzuführen habe, während jedwede politische Aufgabe zivilen Händen vorbehalten bleiben sollte. Insofern entsprach die rasch einsetzende Demobilisierung auf dem bisherigen europäischen Kriegsschauplatz durchaus den traditionellen Vorstellungen der Kommandeure der kämpfenden Truppe; zugleich schwächte sie aber deren Position, da sie auf der militärischen Seite den Fortgang der Armeeverwaltung auf die Dauer unmöglich machte, obwohl auf ziviler Seite weder Deutsche noch Amerikaner zur Verfügung standen, die die Aufgabe hätten übernehmen können. Eine zivile Organisation hatte wegen der Verzögerung der politischen Besatzungsplanung durch Roosevelt nicht aufgebaut werden können. Nachdem der Krieg in Namen strukturverändernder Ziele geführt worden war, hatte nur die Armee in den MG-Sonderstäben ein Instrument für diese Aufgabe zur Verfügung. Sie mußten von einem Management übernommen werden, das vor der politischen Aufgabe nicht zurückschreckte und es verstünde, in einem langfristigen Prozeß diese Stäbe zu „zivilisieren“, d. h. den Bedürfnissen der Regierung anzupassen und auf eine Übergabe in zivile Hände vorzubereiten. Der Motor dieses Verständnisses der Besatzung war General Lucius D. Clay, der von Roosevelt noch kurz vor seinem Tod zu Eisenhowers Stellvertreter für MG berufen worden war³⁹.

Beckers S. 45 ff. (dort auch Angaben über Holl, S. 42 f.); zu Falkner vgl. HR Oktober 1945 des Dt. E-204, WWIIRC.

³⁸ Z. B. Schäffer, s. u., Oppenhoff (Padover, a. a. O., S. 244), Reinhold Maier (Denkschrift abgedruckt in: Ende und Wende, Stuttgart u. Tübingen, 1948, S. 283–287), Adenauer (a. a. O., S. 29), Fuchs (W. Köhler, a. a. O., S. 97 ff.); Stegerwald (Schreiben an MG-Würzburg, 12. 7. 1945, Stegerwald-Archiv).

³⁹ Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt o. J., Kap. 1 und 4. Robert D. Murphy, a. a. O., S. 314 ff. Clay hat noch keinen Biographen gefunden; einige treffende

Die CCS 551 ablösende politische Direktive JCS 1067 traf in ihrer endgültigen Fassung Mitte Mai 1945 als Geheimdokument bei Eisenhower ein. Frühere Fassungen hatten zwar schon ihre Schatten auf die konkrete Besatzungsvorbereitung geworfen⁴⁰, aber erst im Frühsommer begann JCS 1067 als autoritative Konzeption die MG-Politik zu prägen. Sie stellte die Aufgaben für den Militärgouverneur der US-Zone – die im übrigen in die Kontrollratsverfassung integriert wurde – insbesondere auf den Gebieten, auf denen Kontrollratsbeschlüsse nicht oder noch nicht vorhanden waren: Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Restitution der durch die NS-Herrschaft im Ausland entstandenen Schäden, Dezentralisierung, die insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet betont wurde, sowie „Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage“. Ein scharfes Kontrollsystem sollte die deutsche Wirtschaft auf die Deckung und nur auf die Deckung des Bedarfs für Reparationen, für den Unterhalt der Besatzungsmacht und für die notdürftige Versorgung der Bevölkerung verpflichten und den Deutschen klarmachen, „daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben“. Hauptziel sei es, durch die Besetzung „als besiegter Feindstaat“ Deutschland „daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden“⁴¹.

Clay, der insbesondere von der wirtschaftlichen Fragwürdigkeit von JCS 1067 von Anfang an überzeugt war⁴², erkannte in ihr eine politische Aufgabe, die von einer militärischen Bürokratie nicht bewältigt werden konnte. „Ich zweifelte nicht daran, daß die Armee im Stande war, wirksam zu verwalten. Wir wollten aber mehr erreichen. Unser Versuch galt der Schaffung einer deutschen zivilen Regierung auf demokratischer Grundlage. Diese unsere Hauptaufgabe gehörte nicht zum Zuständigkeitsbereich einer der fünf Stabsabteilungen des Hauptquartiers. Außerdem sollten wir einen zivilen Apparat bilden, der jederzeit an eine Zivilabteilung unserer Regierung übergeben werden konnte. Dafür war es unerläßlich, die Militärregie-

Bemerkungen zu seiner Persönlichkeit entstammen der Haß-Liebe des Journalisten Delbert Clark, *Again the Goose Step*, New York, 1949, S. 32ff. Zu seiner Berufung und dem Ausbau seines Amtes vgl. *Off. of the Chief. Hist., Civil Affairs, a. a. O.*, S. 80f. Lucius DuBignon Clay, 1897 in Marietta (Georgia) als Nachkomme eines prominenten Politikers geboren, diente nach seiner Ausbildung in Westpoint bei den Armeeingenieuren. 1924–28 lehrte er Engineering in Westpoint und wurde dann mit verschiedenen Tiefbauprojekten betraut, insbesondere – nach einem Jahr Stabstätigkeit bei McArthur auf den Philippinen – 1938–40 mit dem Red River Damm in Texas. Im Krieg bewährte er sich als militärischer Manager u. a. beim Aufbau von Flughäfen, als Abteilungsleiter für Ersatzteilnachschiebung im Generalstab, als stellvert. Direktor des Programms für die Kriegsproduktion und – sein einziger Fronteinsatz – durch die Beseitigung eines Transport-Engpasses bei der Invasion in Cherbourg. Bei seiner Ernennung zum Deputy MG unter Eisenhower rückte er zum Lt.Gen. auf.

⁴⁰ Da sich diese Schilderung auf die Ausführung der Besatzungspolitik konzentriert, ist hier nicht der Ort, Entstehung, Geist und Sinn dieser Direktive zu erörtern. Vgl. dazu Hammond, a. a. O., S. 548ff.; Dorn, *Purge*, a. a. O., Kap. 5; ds., *Debatte*, a. a. O., S. 66ff., und Moltmann, a. a. O., S. 146ff.

⁴¹ Nach der Übersetzung bei Ernst Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*, Band I, Frankfurt 1961, 2. Aufl., S. 335f.

⁴² Clay, a. a. O., S. 33.

rung getrennt vom Armeekommando zu errichten – unter einem Stellvertreter des Oberbefehlshabers, der ihm direkt verantwortlich sein mußte.“⁴³

Von Anfang an kämpfte Clay dagegen, einfach zum Chef G-5 SHAEF bzw. USFET berufen worden zu sein, wofür ihn Eisenhower ursprünglich angefordert hatte. MG lasse sich nach der deutschen Kapitulation nicht mehr in die allgemeine Armeeführung integrieren, sondern müsse als Hauptapparat der Besatzung selbstständig und auf ihre politischen Verwaltungsaufgaben hin konstruiert werden. Das Instrument für diese Konzeption Clays, die von Stimpson, McCloy, Marshall und Eisenhower unterstützt wurde, war der bisherige Sonderstab des ETOUSA-Hauptquartiers zur Besatzungsvorbereitung auf Kontrollratsebene (USGrCC), dessen Leiter Clay im April geworden war. Gegen den Widerspruch der Truppenkommandeure unter dem Wortführer Gen. Walter Bedell Smith, Eisenhowers Stabschef, setzte er durch, daß die USGrCC nicht „so etwas [wurde] wie eine Gesandtschaft, die das Armeekommando bei internationalen Verhandlungen vertrat“⁴⁴, USGrCC wurde vielmehr zu einem alle MG-Aufgaben integrierenden Hauptquartier – dem späteren OMGUS – umgebaut. Als US-Zentrale innerhalb der Kontrollratsverfassung war OMGUS einerseits für die interalliierten Verhandlungen zuständig, und andererseits diente es als Kopf des Verwaltungsapparats zur Ausführung der Kontrollratsbeschlüsse, bzw. wo solche nicht zustande kamen oder nicht vorgesehen waren, der Besatzungspolitik der USA in ihrer Zone. Es gelang Clay – mit anderen Worten – die in JCS 1067 der amerikanischen Armee in Europa übertragenen Besatzungsaufgaben und -zuständigkeiten aus dem Militärapparat herauszulösen und exklusiv den von ihm geleiteten MG-Stäben zu übertragen. Als einzige Verbindung blieb Clays Immediatstellung unter Eisenhower, bzw. McNarney, die die Ämter des Chefs der US-Truppen in Europa und des US-Militärgouverneurs für Deutschland in Personalunion innehatten. Nach der Abgrenzung der Kompetenzen unterstanden

⁴³ Ebenda, S. 67 f. Clays Ansicht bestätigen Benson/Howe, a. a. O., S. 54 f.: „For military operations the army is able to work out a detailed type of planning in which different individuals work out different parts of such an operation for someone higher up the line to put together. Government, on the other hand, requires first a statement of general principles from someone higher in authority; and, second, an opportunity for the planner to submerge himself in all the . . . factors of the country to be occupied which might affect his particular area of activity and to which he must adjust his program as it develops.“ Sie bestreiten den Militärfachleuten die Möglichkeit, in kurzer Zeit zu Regierungsspezialisten eines fremden Landes umgeschult werden zu können, und sie glauben, daß Verwaltung direkte Kanäle zwischen „Policymaker“ und „Field“ brauche, wozu die Generalstabsstruktur schlecht gerüstet sei: „Government is a very complicated business to funnel through so many echelons of command. Communications from the bottom level reached the top very slowly, and a series of highly unrealistic orders followed.“ (Ebenda, S. 65).

⁴⁴ Clay, a. a. O., S. 67. Zum Widerstand der Armee vgl. Off. of the Chief Hist., Civil Affairs, S. 77 ff., und den dort referierten „Theater Organisation Plan“, der den Assistant Chief of Staff G-5 USFET (Adcock also) zur Schlüsselfigur für die Formulierung der Politik und die Stabsüberwachung der im *indirect rule* arbeitenden Verwaltung gemacht hätte. Der Bericht vermerkt dazu, daß damit G-5 seine Aufgabe als CA mißverstanden habe: „Thus the handwriting appeared on the wall.“

dem Oberkommandierenden für jede seiner beiden Funktionen zwei getrennte und selbständige Organisationen.

Äußere Stadien der OMGUS-Verselbständigung waren die Loslösung der MG unterhalb der Armeeebene von der militärischen Kommandokette am 5. 6. 1945 und die Auflösung der 12. Armeegruppe am 5. 7. 1945, so daß Armee und MG unter USFET nur noch an der kritischen Stelle der kommandierenden Generale der 3. und 7. Armee, die gleichzeitig Militärgouverneure des östlichen und des westlichen Militärdistrikts waren, in Personalunion verbunden waren. Diese wurde im Oktober 1945 durch die Einsetzung von MG-Landdirektoren, die OMGUS unterstellt wurden, zerschnitten. Zugleich trat USFET G-5 in Frankfurt – das sich jetzt *OMG(US-Zone)* nannte – die meisten seiner Zuständigkeiten (außer Justiz, Verwaltung, Polizei und Sozialwesen) an OMGUS Berlin ab. Am 11. 12. 1945 wurde OMGUS von der Armee auch die Zuständigkeit über das Kommunikations- und Verkehrswesen übertragen; am 9. 3. 1946 schließlich wurde das Frankfurter *OMG(US-Zone)* aufgelöst, und seine restlichen Zuständigkeiten fielen an OMGUS. USFET G-5 wurde reorganisiert und war nur noch für Demilitarisierungsaufgaben und die Aburteilung der Kriegsverbrecher verantwortlich⁴⁵.

Die kritische Stelle in dieser Entwicklung, die Ablösung der Armeekommandeure in ihrer MG-Zuständigkeit durch Landdirektoren – welche mit der Ablösung Pattons zusammenfällt – markiert zugleich den Zeitpunkt der Durchführung der ersten grundsätzlichen Entscheidung über die Besatzungspolitik hinsichtlich der deutschen Verwaltungsstruktur, die das Geschick Schäffers beschleunigen sollte.

Die erste Phase der Besatzungspolitik hatte der dilatorischen Verwaltung und der summarischen Säuberung und Sicherung gegolten. Die Verwirklichung von JCS 1067 war nur sehr zurückhaltend, ungleichmäßig und vorläufig versucht worden. Erst mit der alliierten Definition der Besatzungspolitik im Potsdamer Protokoll begann ein Abschnitt aktiver Reformen des deutschen öffentlichen Lebens. Potsdam wurde nach der „Armeeverwaltung“ als Bestätigung der „Militärregierung“ in ihrem ursprünglichen Auftrag empfunden, hatte sich dort doch bei den innenpolitischen Strukturreformen – der eigentlichen MG-Aufgabe – die in JCS 1067 vorgezeichnete amerikanische Auffassung durchgesetzt⁴⁶.

Der innerdeutsche Kern des alliierten Besatzungssystems, die Regierung des Kontrollrats durch deutsche unpolitische Zentralverwaltungen, konnte jedoch wegen der

⁴⁵ Ebenda, S. 87ff. Ergänzend seien folgende Daten erwähnt: 2. 8. 1945 Auflösung der ECAD; 12. 8. Einrichtung der Military Districts, die mit dem Besatzungsgebiet der 3. und der 7. Armee mit Hauptquartieren in München und Heidelberg zusammenfielen (nachdem am 15. 5. schon die 1. Armee in den Pazifik abgezogen und seit Juni die im Rheingebiet eingesetzte 15. Armee zu einem kleinen Stab zusammengeschmolzen waren). Am 15. 8. 1945 waren alle 269 MG-Detachments an ihrem endgültigen Bestimmungsort angelangt.

⁴⁶ Zu Potsdam vgl. Herbert Feis, *Between War and Peace*, Princeton N. J., 1960, für die Entstehung der politischen Prinzipien für Deutschland aus JCS 1067 insbes. S. 241ff. Leicht zugängliche Übersetzung des Texts der pol. Prinzipien des PA bei Ernst Deuerlein (Hrsg.), *Potsdam, München, 1963*, S. 354ff. (hier und bei Deuerlein, *Einheit*, a. a. O., weitere Literatur).

französischen Obstruktion nicht verwirklicht werden⁴⁷. General Clay griff deshalb Anfang September auf Pläne zurück, die einer seiner politischen Berater, James K. Pollock, schon im August entworfen hatte und die den durchgreifenden Aufbau der deutschen Verwaltungen auf der Länder- und Zonenebene als Ersatz für die blockierten Zentralverwaltungen vorsahen⁴⁸. Innerhalb des Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprogramms kam zwar dem Aufbau der Länder als gewaltenthemmender Zwischeninstanz ohnehin eine wichtige Rolle zu, an sich sollte aber die Demokratie von der Gemeindeebene über Kreise, Bezirke und Länder langsam – wie bei der Eroberung der amerikanischen frontier⁴⁹ – emporwachsen, so daß die Zwangsanstalt der Besatzung Stück um Stück nach oben zurückgezogen werden könnte bis zur schließlichen Freigabe bei Konstituierung der deutschen Demokratie. In diesem Prozeß wäre den Landes- wie den Zentralverwaltungen einstweilen eine rein inhaltliche Verwaltungsrolle zugefallen; entsprechend hatte die Reorganisation und Politisierung der Länderregierungen bislang nur wenig Aufmerksamkeit verlangt, und auch den territorialen Fragen innerhalb der Zone war man ohne rechte Energie nachgegangen. Der neue Plan übertrug die Verwaltung weitgehend auf deutsche Organe, sparte dadurch Personalkosten auf der amerikanischen Seite und vermied das Durcheinander und die Ineffektivität des militärischen Aufbaus, der für eine Regierungstätigkeit nicht gerüstet war. Länderrat und RMG Coordinating Office – von Anfang an Bestandteile des Plans – hatten dabei die doppelte Aufgabe, einerseits eine föderalistische Lösung in Deutschland praktisch zu fördern und andererseits die Länder aus der lähmenden Kontrolle von Armeedienststellen herauszulösen und direkt mit der politischen Willensbildung in OMGUS zu konfrontieren und teilweise an ihr zu beteiligen. Clay formulierte diese Entwicklung 1947 einmal so: „Da die Potsdamer Lösung sich nicht verwirklichte, schritten wir in der amerikanischen Zone zur Errichtung von Staaten – indem wir vorläufig dem Länderrat als einer koordinierenden Stelle die Autorität in den genannten Gebieten übergaben – und hernach zu der Entwicklung von Verfassungen.“⁵⁰ Eine effektive Verwaltung der Zone befreite nicht nur die Militärregierung von vielen Versorgungsfragen angesichts des kommenden Winters, sondern war insbesondere angesichts des anschwellenden Stroms der Flüchtlinge und Vertriebenen in die Zone unerlässlich⁵¹.

⁴⁷ Den schrittweisen Rückzug Frankreichs aus dem Kontrollrat während des September 1945 schildert F. Roy Willis, *The French in Germany 1945–1949*, Stanford 1962, S. 27 ff. Er gipfelte mit einer Denkschrift Bidaults gegen die Zentralverwaltungen (ebenda, S. 34, dt. Abdruck bei Deuerlein, *Einheit*, a. a. O., S. 357 ff.) vom 14. 9. 1945 an den Rat der Außenminister in London, welche die schon vorher erhobenen Einsprüche in ultimativer Form zusammenfaßte.

⁴⁸ Gespräch mit J. K. Pollock und Dorn, *Letter to the editor*, a. a. O., S. 195. Auch die Sowjetunion reagierte ähnlich schnell, indem sie die bereits errichteten Zentralverwaltungen ihrer Zone am 13. 9. 1945 mit SMA-Befehl legalisierte.

⁴⁹ Diese einleuchtende Analogie bei: John Gimbel, *Die Bedeutung der Besatzungszeit 1945–1949*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beil. zur Wochenzeitung. das Parlament, B 18/65, S. 47 ff.

⁵⁰ In einer Konferenz mit den Ministerpräsidenten der US-Zone am 23. 2. 1947 in Berlin (Protokoll im Nachlaß Pfeiffer).

⁵¹ Diesen Gesichtspunkt betonten Clay und Dorn auf der Gründungskonferenz des Länderrates am 17. 10. 1945. Protokoll dieser Sitzung veröffentlicht im Anhang zu: Anton Pfeiffer

Bei der ungewöhnlich schnellen Aktion – sie begann in der ersten Septemberhälfte und war Mitte Oktober schon weitgehend abgeschlossen – wurde zunächst von einer Bereinigung der MG-Struktur auf der Länderebene ausgegangen, die jeweils durch Sonderbeauftragte des Oberkommandos vorbereitet wurde und zur Konsolidierung der Verantwortung in jeweils *einem* MG-Detachment für die Enklave Bremen, für die Regierungsbezirke Starkenburg, Wiesbaden und Marburg und für die Landesteile Nordwürttemberg und Nordbaden führte. Davon ausgehend wurden die Länder und ihre Regierungen konstituiert. Zunächst wurde in Hessen die territoriale Frage gelöst und der Staat Groß-Hessen proklamiert⁵²; in Bayern sollte dann die Regierung von obstruierenden Elementen gereinigt und durch die Integration aller politischen Richtungen gestärkt werden⁵³; in Nordwürttemberg-Nordbaden schließlich galt es die Verschmelzung der beiden Landeshälften gegen badischen Widerstand⁵⁴. Es folgte die Bildung des Länderrates in Stuttgart aus den drei Ministerpräsidenten, der innerhalb weniger Stunden auf einer kurzfristig einberufenen Sitzung als Clearingstelle zwischen den drei Ländern einerseits und zwischen ihnen und OMGUS andererseits konstituiert und durch eine amerikanische Verbindungsstelle, das RMG Coordinating Office, ergänzt wurde⁵⁵. Damit war die Ersatzorganisation der US-Zone anstelle der blockierten Viermächteverwaltung in ihren wesentlichen Institutionen vorgeformt. Ein erneuter energischer Schritt gegen die Karlsruher Autonomiebestrebungen zur Integration Nordwürttemberg-Nordbadens schloß die Aktion am 29. 10. 1945 ab⁵⁶.

II

Nach der Einnahme der Stadt Aachen⁵⁷ am 21. 10. 1944 stand MG die erste größere Bewährungsprobe in Deutschland bevor. Sie begann damit, daß der katholische (Jr.), *Der Länderrat der amerikanischen Zone*, jur. Diss. (masch.), München 1948. Vgl. auch Elmar Lapp, *Vorgeschichte und Gesetzgebung des Länderrates der US-Zone*, jur. Diss. (masch.), München 1948, S. 19f.

⁵² Vgl. Dorn, Letter to the editor, a. a. O.

⁵³ Dies dürfte der Sinn der Mission Murphy im Sept. 1945 in München gewesen sein (s. u.).

⁵⁴ Vgl. Becker in: Heinrich Köhler, a. a. O., S. 43f.

⁵⁵ Friedrich, *Organizational Evolution in Germany, 1945–1947*, in: Friedrich and Ass., a. a. O., S. 197ff., deutet die Gründung des Länderrates S. 206: „... because American policy needed to secure an equivalent to the unified German set-up in the Soviet Zone . . .“. Zur Gründung des Länderrats vgl. Robert Miller, *The South German Länderrat*, Phil. Diss., (masch.), Ann Arbor, 1960, S. 23ff. Neben Hoegner, a. a. O., S. 215f., und Maier, Grundstein, S. 151, die beiden Dissertationen Pfeiffer (Jr.), a. a. O., S. 6ff., und Lapp, a. a. O., S. 19ff.

⁵⁶ Vgl. Maier, Grundstein, S. 133ff., und Becker in: Heinrich Köhler, S. 44.

⁵⁷ Eine ausgewogene Darstellung des Falles Aachen gibt William E. Griffith, *The Denazification Program in the United States Zone of Germany*, Phil. Diss. (masch.), Harvard 1950. (Hier wird nach einer umgearbeiteten und verbesserten Fassung, o. O. u. J., aus Griffith Papers zitiert), S. 28ff. Daneben vgl. Dorn, *Purge*, Kap. IV, S. 19ff., Padover, a. a. O., S. 164ff., Kahn, a. a. O., S. 23ff., u. Zink I, a. a. O., S. 134f. Zur Biographie des OB aus lokalgeschichtlicher Sicht: Bernhard Poll, *Franz Oppenhoff (1902–1945)*, in: Edmund Strutz (Hrsg.), *Rheinische Lebensbilder*, Bd. I, Düsseldorf 1961, S. 244ff.

liche Chef der MG-Rechtsabteilung Swoboda mit dem Bischof von Aachen Johann v. d. Velden Kontakt aufnahm und sich dessen Rechtsberater Franz Oppenhoff zum Oberbürgermeister empfehlen ließ. Die Auswahl wurde von einem ad hoc zusammengekommenen Rat der verbliebenen Aachener Honoratioren (nach kurzen grundsätzlichen Bedenken auch Oppenhoffs) durch Akklamation nachvollzogen⁵⁸. Der junge Oberbürgermeister, der zuletzt in der Rüstungsindustrie tätig gewesen war, versammelte um sich eine Stadtregierung aus konservativen Fachleuten und jungen Industriellen, von denen kaum einer der NSDAP, freilich auch nicht der SPD oder KPD angehört hatte. Obwohl die Bevölkerungszahl Aachens während der Belagerung auf kleinstädtisches Niveau abgesunken war, umfaßte die Stadtverwaltung weiterhin etwa 750 Beamte und Angestellte.

Ähnlich manchen Widerstandskreisen gingen Oppenhoff und seine Gruppe davon aus, daß dem revolutionären Treiben der Nationalsozialisten schleunigst ein Ende in einer autoritären Ordnung zu bereiten und die Bevölkerung nach dem Aufstand des Nihilismus zum christlichen Umdenken zu führen sei. Ordnung, Sachlichkeit, Wiederaufbau, Einigkeit waren Leitgedanken der Stadtregierung fürs erste. Auf die Mitarbeit früherer KPD- und SPD-Funktionäre legte sie wenig Wert⁵⁹. Oppenhoff betonte, man könne weder an 1914 noch an 1932 anknüpfen, sondern es müsse zur Distanzierung von NS-Praktiken „eine völlige Umstellung“ stattfinden. „Wir leben in der Not und wir bilden eine Notgemeinschaft. Für eine Absonderung irgendeiner Art, für eine politische Parteilung ist jetzt nicht die Zeit.“ Er forderte Einigkeit und verwies auf die christliche Tradition als Wegweiser in die Zukunft: „... von Aachen aus ist bereits vor mehr als 1000 Jahren eine Erneuerung Deutschlands ausgegangen“. Die Freiheit müsse „neu und in neuer Form erkämpft werden“⁶⁰.

Die Fachleute der MG interessierten sich nicht für die politische Seite der Stadtverwaltung, der für die Entnazifizierung verantwortliche Special Branch und CIC sowie einzelne politisch Interessierte lehnten sie zwar ab, konnten sich aber nicht durchsetzen, schon weil das Gewirr der Entnazifizierungsbestimmungen so unpräzise war, daß MG angesichts der dringenden Verwaltungsgeschäfte am liebsten über sie hinweg sah⁶¹. Die unterliegende Partei sorgte aber dafür, daß Gerüchte vom reaktionären Charakter der Stadtverwaltung nach oben drangen.

Bald nach dem Jahreswechsel wurde daraufhin eine aus OSS übernommene Gruppe von drei Investigatoren der PWD-Nachrichtenabteilung mit einer umfassenden Untersuchung der Personalpolitik in Aachen beauftragt. Ihre Mitglieder waren Paul Sweet, ein College-Professor, ein früherer Kommunist namens Gittler, sowie Saul K. Padover als ihr spiritus rector. Padover⁶², aus Wien gebürtig, seit dem

⁵⁸ Poll, a. a. O., S. 255f.

⁵⁹ Padover, a. a. O., S. 243ff. und 222ff. Wenn man ihm glauben darf, hat es in der Führungsgruppe der Stadt auch ständische und separatistische Tendenzen gegeben.

⁶⁰ Niederschrift von Gesprächen mit Oppenhoff, zitiert bei Poll, a. a. O., S. 259.

⁶¹ Padover, a. a. O., S. 248ff.

⁶² Eine Biographie Padovers bei Daniel Lerner, Sykewar, New York 1949, S. 84ff. Padover hatte auch schon vor Aachen schlechte Erfahrungen mit MG gemacht, die nicht vom Kreuzzugsgedanken erfüllt sei, der – wie P. glaubte – die Truppe beseele. P. forderte, daß die Be-

Ersten Weltkrieg in den USA aufgewachsen, war ein Historiker der extremen Linken und hatte es bis zum persönlichen Referenten des US-Innenministers Ickes gebracht. Sein starkes emotionales Engagement an der Kriegführung war mit anti-deutschen Gefühlen vermischt und an den Grundzügen der marxistischen Faschismustheorie orientiert. Seine Erwartung eines unerbittlichen Partisanenwiderstands im Feindgebiet sah er nach ersten Interviews mit überrollten Reichsdeutschen betrogen: „Es mag phantastisch klingen, aber man bekommt den Eindruck, daß viele Deutsche die Alliierten entweder offen oder tief in ihren Herzen als Befreier begrüßen werden.“ Sein Begriff des „Anti-Nazi“ war von Erscheinungen wie dem Verzweiflungsaufstand im Warschauer Ghetto geprägt: „Did a German rise and cry: ‚Better to die on my feet than to live on my knees?‘“ Er glaubte, bündische Jugendgruppen namens Edelweiß, die sich mit der HJ prügeln, seien die einzigen Anzeichen eines Widerstands im Dritten Reich gewesen. Aber auch dort herrsche das Führerprinzip. „Sie sind der Feind unseres Feindes, nicht unser Freund.“ Dementsprechend konnte er auch jenen, die mit Hitler im Kirchenkampf gestanden hatten, nicht den Ehrennamen ‚Anti-Nazi‘ geben. Ebenso wenig den ehemals in SPD und KPD organisierten Arbeitern, denn die alte Linke sei *alte* Linke geblieben. Immerhin sei sie noch am ehesten zur Kollaboration mit den Alliierten gewillt und geeignet. „Nichtsdestoweniger glaubte ich, daß die linken Arbeiter trotz ihrer verheerenden und moralisch kriminellen Passivität die einzige Hoffnung für Deutschlands Zukunft waren, weil sie die einzigen nicht militaristischen und nicht faschistischen Elemente im Reich waren.“⁶³ Aus diesen Erkenntnissen, die er aus zahlreichen Befragungen zog, entstand sein Memorandum für SHAEF vom 27. 12. 1944, in dem er vor einer pauschal anti-deutschen Haltung warnte, weil sie ihm die Gefahr eines ebenso pauschalen Umschlags in die totale Kollaboration einzuschließen schien, und forderte, die Besatzungspolitik konsequent auf die Zusammenarbeit mit der deutschen Linken hin zu konzipieren⁶⁴.

Danach war es kein Wunder, daß ihn das, was er in Aachen vorfand, tief empörte, wozu seine sozialdemokratischen Informanten ebenso beigetragen haben dürften wie das Hackenklappen und der faschistoide Jargon der von ihm interviewten Mitglieder der Stadtverwaltung. Den einzigen veritablen Pö⁶⁵ in deren Führungsgruppe akzeptierte er im Grunde noch am ehesten, weil er bereute und die katholische Kirche als Modell des Faschismus bezeichnete⁶⁶. Die Konservativen aber überschütteten ihn mit Anklagen über Versailles und Weimar. Darüber hinaus fand er,

satzungspolitik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln verstanden werden sollte. Kritik an der Person und dem Buch Padovers ist nicht ausgeblieben, vgl. Griffith, a. a. O., S. 29. Derselbe Col. Powell von PWD-12. Army Group, der Padover, Sweet und Gittler nach Aachen sandte, sollte später eine Untersuchungskommission auch nach Bayern entsenden.

⁶³ Die Zitate bei Padover, a. a. O., in dieser Reihenfolge: S. 116, S. 305, S. 115 (vgl. auch S. 72ff.), S. 17, S. 115, S. 132.

⁶⁴ Ebenda, S. 216f.

⁶⁵ Es handelte sich um den Stadtkämmerer Dr. Kurt Pfeiffer, ehem. DVP, dann NSDAP.

⁶⁶ Padover, a. a. O., S. 236. Paul Sweet hat in einem Gespräch am 30. 11. 1966 bestätigt, daß Padover und Gittler starke Ressentiments gegen die katholische Kirche hegten.

daß von 72 sog. Schlüsselpositionen in der Stadtverwaltung 22 mit Pgs besetzt waren.

Eigentlich konnte Padover nur diese 22 Pgs der MG als Pflichtverletzung vorwerfen, denn 5 bis 7 Monate vor der Kapitulation operierte das Detachment unter der Direktive CCS 551, die ihm keine andere Anleitung zur Personalpolitik bei der Reorganisation der deutschen Verwaltung gewährte, als daß keine „aktiven Nazis“ verwendet werden dürften. Ausgehend vom marxistischen Faschismusbegriff prangerte er aber die politische Instinktilosigkeit der Armeeverwaltung und deren formalen „Nazi“-Begriff an. „In short, under the nose of MG, the Oppenhoff administration was setting up the framework of an authoritarian, hierarchical, bureaucratic, corporate fascism – a type of Staendestaat that even the Nazis had rejected.“⁶⁷ Der Bericht über die Aachener Untersuchung⁶⁸, bei dessen Formulierung die drei Investigatoren einig waren und der über den PWD-Chef Gen. McClure nach oben gelangte, sparte denn auch nicht an Ausdrücken wie „Faschisten“, „Erzreaktionäre“ und „Nationalisten“ zur Charakterisierung der Stadtregierung, die ihm wesentlich als „Nazi“ erschien, und kritisierte scharf die Naivität der MG⁶⁹. Dieser Bericht hallte – nach Padovers eigenem Zeugnis – „throughout the ETO“.

Dazu trug freilich bei, daß die Investigatoren ihr immer noch bestehendes Immediatrecht zum Chef der OSS in Europa nutzten und noch mehr, daß ihr Kollege Max Lerner – wohl von der Kommission inspiriert – in der ebenso linken wie anti-deutschen New Yorker Zeitung „PM“ den Aachener Befund so verkürzt dargestellt hatte, als arbeite MG mit den Nazis zusammen und diskriminiere die Antifaschisten⁷⁰. Keine Zeitung wollte sich in der erregten Stimmung der Ardennen-Gegenoffensive diese Story entgehen lassen. Das Echo der US-Öffentlichkeit war sowohl in Washington wie auch in SHAEF unüberhörbar.

In sichtlicher Nervosität wurde in Washington – die Atmosphäre war durch die Auseinandersetzungen über JCS 1067 ohnehin in diesen Tagen sehr gespannt – eine Direktive geboren, die jeden „Nazi“ aus jeder Position geworfen hätte. Sie verlor allerdings viel von ihrer Schärfe auf ihrem Weg die militärische Hierarchie hinunter und nahm dabei an realistischer Sicht des Kardinalproblems zu, inwieweit Entnazifizierung und administrative Effizienz miteinander zu versöhnen seien. In ihrer Form vom 11. 3. 1945, herausgegeben von G-5 der 12. Armeegruppe, artikulierte sie dieses Dilemma freilich eher, als daß sie einen brauchbaren Maßstab zu seiner Lösung bereitgestellt hätte. Es hieß da u. a., daß die Schwierigkeit der Auffindung qualifizierten Verwaltungspersonals „of acceptable political character“ voll

⁶⁷ Padover, a. a. O., S. 224 (Heraushebung v. Verf.).

⁶⁸ Ebenda, S. 218 ff. Die Zitate entstammen S. 222 ff.

⁶⁹ Swoboda habe den Bischof wie eine „Mutterhenne“ bewacht. Alle Leiter der Fachabteilungen seien „rechts“ gewesen und hätten Oppenhoffs Verwaltung unterstützt, Special Branch und CIC dagegen „links“. Von den beiden Leitern des Detachments habe sich Jones (innerhalb von zwei Monaten der dritte Stadtkommandant) nicht zurechtgefunden, sein Vertreter Bradford sei zwar ein „Liberal“ gewesen, habe sich aber nicht durchsetzen können, ebenda, S. 249 ff.

⁷⁰ „PM“ vom 30. 1. und 19. 2. 1945.

gewürdigt werde, aber daß „the immediate objective of Military Government does not require the full restoration of peace time services, but rather such organization of government as is essential to the success of the military operations, with due regard to the basic well-being of civil population“⁷¹. Die Erfahrungstatsache, daß Verwaltung in Kriegs- und Notstandszeiten mit ihrer Nebenwirkung umfassender Zwangsbewirtschaftung eher personalintensiver ist als solche unter normalen Bedingungen, war dabei in ihr Gegenteil verkehrt. In der auf Grund von JCS 1067/6 entstandenen späteren Direktive vom 7. 7. 1945, die für die Entnazifizierung in der US-Zone grundlegend wurde, verschob sich die Balance zwischen Entnazifizierung und Verwaltungseffizienz noch mehr zu deren Ungunsten.

Ebenso ungeklärt blieb das zweite Grundproblem der Entnazifizierung, nämlich die Frage, wie ein „Nazi“ zu definieren sei. Galt er den Deutschen der ersten Nachkriegsverwaltungen gewöhnlich als SA-Schläger, als denunzierender Blockwart, brutaler Gestapo-Agent und als „Bonze“ oder „Goldfasan“ vom Ortsgruppenleiter aufwärts, und galt er auf der anderen Seite den enrägierten Kreisen in den wirkungsmächtigen Informationsabteilungen der US-Armee als großindustrieller Finanzier der NSDAP, als Junker, als General, als Rüstungsindustrieller, als hoher Bürokrat, als Nationalist und Faschist, so zog sich der Apparat der MG einstweilen damit aus der Klemme, daß er unter „Nazis“ alle „Mitglieder“ der NSDAP und der ihr angeschlossenen Gliederungen und Verbände verstand, sowie alle fanatischen „Nazi-sympathizers“, wobei Indizien schon aus Sicherheitsgründen gegen den Betroffenen entschieden.

Das konkrete Ergebnis des Aachener Skandals am Ort war, daß der Chef der 12. Armeegruppe, General Omar Bradley, seinen G-5 Ryan auf Grund des Berichts anwies, die Sache in Ordnung zu bringen. Der Erfolg war eine Entlassungswelle in der Stadtverwaltung noch kurz bevor die Amerikaner abzogen und die Militärregierung in britische Hände übergaben. Oppenhoff, der auf seinem Posten verblieben war, fiel noch am 25. 3. 1945 den durch die Front geschleusten Häschern Himmlers als Kollaborant zum Opfer⁷². Als Satyrspiel schloß sich die Degradierung des Aachener MG-Detachments an. Ursprünglich war es für einen süddeutschen Regierungsbezirk vorgesehen gewesen, nun wurde es aber nur in den Stadtkreis Würzburg versetzt⁷³.

Am Aachener Vorfall hatte sich der Einfluß der persönlichen Prädisposition von Spezialagenten gezeigt, die in Sondermissionen die bei der Besatzungsplanung verschleierte politischen Differenzen in der Praxis austrugen und sich dabei einer Kurzschaltung zu der auf Skandale begierigen Presse bedienten. Diese Presse behandelte die Entnazifizierung um so lieber, als sie infolge ihrer undefinierbarkeit immer partiell versagen mußte und zu Erwägungen Anlaß gab, als würden die GIs des Kreuzzugs durch die Praxis der MG um die Kriegsziele betrogen, für die sie ihr

⁷¹ Zitiert nach Griffith, a. a. O., S. 35.

⁷² Vgl. hierzu Poll, a. a. O., der auch auf die Gerichtsverhandlung v. 22. 10. 1949 vor dem LG Aachen gegen Mitglieder der an dem Mord beteiligten Wehrwolfgruppe eingeht.

⁷³ HR MG-Detachment A-210 vom 2. 7. 46 (WWIIRC).

Leben hatten einsetzen müssen. Gleich in der ersten Stadt hatte die Unvereinbarkeit der deutschen konservativen, fachmännischen Restaurationsbemühungen mit dem „Jeffersonianism“ und Antifaschismus der amerikanischen Reformisten das Problem der Entnazifizierung voll entfaltet.

III

Am 30. 4. 1945 rückten Einheiten der 7. US-Armee in München ein⁷⁴. Ein von Wehrmachtsoffizieren unter dem Namen „Freiheitsaktion Bayern“ kurz zuvor unternommener Versuch, in einer Revolte der letzten Minute noch ein Zeichen des Widerstands in Bayern aufzurichten und bayerische Städte, vor allem München, kampfflos zu übergeben, war fehlgeschlagen. Trotzdem konnten einzelne Orte wie Fürstenfeldbruck oder Wasserburg durch Übergabe vor Kampfhandlungen geschützt werden; auch in München hat es nur noch am Stadtrand Kämpfe gegeben. Der Einzug der Amerikaner wurde in breiten Schichten der Bevölkerung als befreiender Schlußstrich unter Gewaltherrschaft und Krieg empfunden⁷⁵.

Zunächst kam am 1. 5. 1945 in München das MG-Detachment für die Stadt an, das verhältnismäßig rasche Fortschritte in der Reorganisation der Stadtverwaltung machte. Die Wiedereinsetzung des Oberbürgermeisters von vor 1933, Dr. Karl Scharnagl (BVP), am 8. 5., die Beteiligung aller politischen Richtungen an der Stadtregierung und der allseits gute Kontakt zu dem MG-Chef Col. Keller, einem Amerikaner schweizer Abstammung, trugen zu einer baldigen Konsolidierung der Verwaltung in der stark zerstörten Stadt bei. Am selben 8. 5. wurde die Besetzung Bayerns abgeschlossen. Die Zuständigkeiten Scharnagls betrafen in diesen ersten Tagen nicht nur die Angelegenheiten der Stadt, sondern auch alle Reichs- und Landeskompetenzen, insoweit sie zur Bewältigung der Not und der von MG gestellten Aufgaben in diesem Raum notwendig waren⁷⁶. Im Rahmen dieser erweiterten Zuständigkeiten ernannte die MG München am 9. 5. den Landwirt Ernst Rattenhuber zum Leiter des Landesamtes für Ernährung und Landwirtschaft⁷⁷.

⁷⁴ Alle Fragen der Besetzungsprozedur sind hier ausgeklammert, weil sie mit komplizierten strategischen Fragen zusammenhängen und für die Erkenntnis der MG unergiebig sind.

⁷⁵ Hermann Behr, *Vom Chaos zum Staat*, Frankfurt 1961, S. 52 ff. Für die Freiheits-Aktion Bayern grundlegend: Dr. Gerngross, Leiling: „Abschließender Tatsachenbericht der FAB“, (ohne Datum), (masch.) im Nachlaß Pfeiffer. Von US-Seite: Cumulative HR OMGB v. 30. 6. 1946, S. 20 f. Programm der FAB bei Obermaier/Maurer, a. a. O., S. 9 f.

⁷⁶ Zur Geschichte des Stadt-Detachments vgl.: US Army, Hist. Div., Headquarters Eur. Com., *Military Government in Munich 1945–1947*, Special Studies Series, Vol. I, 1951, Nr. 3 (masch.). Zur Stellung Scharnagls: Anton Pfeiffer (Sen.), *Wie Bayern wieder ein Staat wurde* (in „Unser Bayern“, Hrsg. Bayerische Staatskanzlei, München 1950, S. 7 ff.), S. 9, und Franz Heubl: *Die staatsrechtliche Entwicklung Bayerns im Jahre 1945*, Jur. Diss., (masch.), München 1948, S. 35 ff.

⁷⁷ Rattenhuber (1887–1951), ein entfernter Verwandter Schäffers, mußte bei Kriegsende ein Verfahren vor dem Volksgerichtshof wegen regimseindlicher Äußerungen erwarten, zu dem es dann nicht mehr kam. Nach dem Umbruch hatte er lebhaftes Friktionen mit CIC, wo man ihm nicht glauben wollte, daß er nicht mit einem SS-General gleichen Namens, seinem Vetter, identisch sei. (Gespräch mit Frau Körte, einer Tochter Rattenhubers.) Ähnlich wie

Rattenhuber, Monarchist, Krongutverwalter bayerischer Prinzen und Gutsbesitzer in einem Münchner Vorort, hatte aus eigener Initiative im Zusammenbruch versucht, die genossenschaftliche Milchversorgung der Stadt wieder in Gang zu bringen. Durch seine fachmännische Tatkraft verband ihn bald ein Vertrauensverhältnis zu dem Landwirtschaftsbeauftragten der RMG, dem Obstbaumspezialisten Col. Douroux. In seiner Ernennungsurkunde wurde er als reines Werkzeug der MG bestellt und ihm bei etwaiger Nicht-Erfüllung der MG-Befehle kriegsgerichtliche Verfolgung angedroht⁷⁸. Dieser Einsetzungsmodus und der gute Kontakt zum korrespondierenden Fachmann auf MG-Seite dürfen als Beispiel für die Ernennung von Verwaltungsleitern in den ersten Tagen angesehen werden.

Am 15. 5. folgte ein „advance echelon“ von 32 Offizieren der RMG aus Augsburg, wo es der 7. Armee angeschlossen gewesen war, unter dem Befehl von Col. Keegan, einem New Yorker Stadtverordneten katholisch-irischer Abstammung. Dessen engste Mitarbeiter waren die beiden College-Professoren Lt.Col. Bromage, ein Politologe, als Berater für „Government“, sowie Opt. Landeen, der für Erziehung und Religion verantwortlich war und zugleich als Keegans Dolmetscher fungierte⁷⁹. Im Lauf der folgenden Monate wurde die RMG auf einen Stand von über 200 Offizieren ergänzt. Die meisten der in Bayern eingesetzten MG-Detachments hatten schon einen ersten Einsatz an Rhein und Ruhr hinter sich. Als sie nach Bayern kamen, hatten sie in der Kollaboration mit Anti-Fa-Komitees schon Erfahrungen gemacht. Es wird z. B. die Äußerung eines MG-Majors über das Münchner Nationalkomitee Freies Deutschland um Specht berichtet: „Ich kenne diese Antifaschisten schon aus dem Ruhrgebiet; das sind alles Banditen.“⁸⁰ Der Eindruck, daß sich die Anti-Fa nicht in die Besetzung einfügen ließ, war sicher mit ein Grund dafür, daß MG in Bayern – dem letzten deutschen Land, das die US-Armee besetzte – sogleich zur gouvernementalen Restauration schritt.

RMG begann damit, sich einen Überblick über die bayerische Regierungsmaschinerie zu verschaffen und Personen zu finden, mit denen diese Apparatur wieder in Gang gesetzt werden könnte. Durch Kontakte zu hohen Verwaltungsbeamten⁸¹ und

in München war eine der ersten Handlungen des RMG Westmark-Südhessen am 25. 4. 1945 die Schaffung des Landesernährungsamts Kaiserslautern (vgl. Kohl, a. a. O., S. 25).

⁷⁸ Behr, a. a. O., S. 60. Dort der Text der Ernennungsurkunde, die u. a. folgende Sätze enthält: „Sie haben für die restlose Erfassung der vorhandenen und anfallenden Nahrungsmittel-erzeugnisse zu sorgen. Sie werden verantwortlich gemacht für die Beschaffung des Bedarfs für a. die alliierte Militärmacht, b. die Fremdarbeiter, c. den Mindestbedarf der kapitulierten deutschen Armee in ihrem Gebiet, d. den Mindestbedarf der deutschen Zivilbevölkerung in ihrem Gebiet . . . Ein Versagen in der Durchführung der Aufgaben ihres Amtes oder eines ihrer Mitarbeiter gehört zur Zuwiderhandlung gegen die Militärregierung und hat ihre Entlassung, Geldstrafe, Gefängnis oder eine andere Strafe zur Folge.“

⁷⁹ Schreiben von Bromage vom 1. 2. 1966 und von Landeen vom 14. 2. 1966. Zur Organisation des Detachments (zuerst E 1 F 3, dann E-201, dann OMGB genannt) vgl. Cumulative HR, a. a. O., S. 1ff., zur personellen Seite S. 65ff.

⁸⁰ Kahn, a. a. O., S. 106.

⁸¹ Es handelte sich um Reg.Dir. Dr. Vischer vom Amt des Reichsstatthalters und um Ministerialrat Dr. Stumpf aus dem Innenministerium am 21. 5. vgl. Cum. HR., a. a. O., S. 48f.

eine Recherche nach Akten auf dem Schörnerhof, dem verlassenen Landsitz des Reichsstatthalters von Epp, stellte sie fest, daß „Bayern kein staatsrechtlicher Begriff mehr . . ., sondern nur noch ein Traditionsname“ war⁸² und daß die bayerische Regierung formell zwar aus Ministerpräsident, Finanz-, Innen-, Kultus- und Wirtschaftsressort sowie der Forstverwaltung bestand, aber nur dem Namen nach existierte. De facto war die Landesregierung seit 1933 durch den Reichsstatthalter gleichgeschaltet und durch die Einteilung Bayerns in sechs Gaue paralytisch. Der Münchner Gauleiter Giesler hatte nach der Ministerpräsidentenschaft nach und nach auch alle anderen Ministerien in Personalunion auf sich vereinigt und mit der linken Hand betrieben. Deshalb gab es höchstens noch einen rudimentären Ministerialapparat in weitgehend zerstörten Gebäuden, der vor allem in Zusammenarbeit mit den Regierungen der Bezirke ein gewisses Maß von Verwaltungskontinuität durch das Dritte Reich hindurchgezogen hatte.

RMG beschloß – so muß man aus ihren Entscheidungen schließen – dieses Institutionengefüge unter Fortfall der NS-Gaue für die dilatorische Phase der Armeeverwaltung beizubehalten⁸³, jedoch die Ministerien mit fähigen „Anti-Nazis“ zu besetzen⁸⁴ und die Militärregierung an die Stelle des Reichsstatthalters zu stellen. Mit diktatorischem Apparat, aber ‚demokratischem‘ Personal sollte der Notstand gemeistert und auf lange Sicht die Demokratie erzwungen werden. Es scheint Col. Keegan nicht nur wünschenswert, sondern gemäß dem Konzept der Armeeverwaltung auch ganz natürlich erschienen zu sein, sogleich auch auf dieser hohen Ebene ohne ausdrückliche Anweisung indirect rule zu installieren⁸⁵.

Hier wie andernorts fragte man bei der Personalauswahl für die Regierung die Kirche um Rat. Kardinal Faulhaber, der wegen seiner Predigten gegen Unrecht im Dritten Reich im Ausland berühmt war, erschien zur Erteilung eines solchen

⁸² Die Formulierung bei Pfeiffer (Sen.), a. a. O., S. 7.

⁸³ Ein Gegenbeispiel bietet Westmark-Südhessen, wo man von Anfang an Neugliederungspläne für eine vergrößerte Kurpfalz hegte, die Regierung in Neustadt – dem Sitz des Kommandos der 15. Armee – größtenteils aus einem Kreis Heidelberger und Mannheimer Intellektuellen um Alfred Weber und Jaspers bildete und ihr als organisatorische Gliederung eine Parallelisierung mit den RMG-Abteilungen (economics, public health, PTT, education und religion, public safety, personnel, justice und public welfare) diktierte. Die Dezernatsleiter sollten in einem „Kollegium der Präsidialdirektoren“ zusammenarbeiten. (Kohl, a. a. O., S. 25ff.)

⁸⁴ G. F. J. Gillen: State and local government in West Germany 1945–1953, Hist. Div. HICOG, 1953, S. 4f., betont (wobei er sich auf den Leiter des hessischen RMG Col. Newman beruft): „The initial revival of Land and local government in the US-Zone of Germany did not mean an introduction of democracy except insofar as the persons who were appointed to office were democratic. US Military Government used the old system without any basic changes except for the elimination of such objectionable features as the radical principles of National Socialism.“

⁸⁵ Landeen (Schreiben vom 14. 2. 1966) meint dazu: „We had not been ordered from SHAEF to do this. But, Colonel Keegan was extremely anxious that the Germans take over as early as possible.“ Auch Bromage (Schreiben vom 1. 2. 66) kann sich keiner Direktive entsinnen, sondern glaubt, daß die Entscheidung vom RMG vorbehaltlich späterer Genehmigung „in the interest of law and order“ gefaßt wurde. Keegan sagte in einem Interview mit PM (31. 5. 1945), „that the decision to fill the post . . . was in line with the Military-Government general policy of recreating as closely as possible Germany's pre-Nazi governmental forms“.

Rats besonders würdig. Hier wie andernorts knüpfte die Kirche an die Zentrumsführung von 1933 an. Monsignore Thalhamer, der Sekretär Faulhabers, überreichte der MG auf Ersuchen am 23. 5. 1945 eine Liste, die mit dem letzten Führer der BVP vor 1933 Fritz Schäffer begann⁸⁶. Schäffer hielt sich zu dieser Zeit in München auf und setzte sich nach eigenem Bericht mit RMG in Verbindung, um bei der Reorganisation der Justiz zu helfen⁸⁷. Am 24. 5. entwarf er eine Liste von Ministerkandidaten, zur selben Zeit gingen auch Personalwünsche für den Staatsrat im Kultusministerium von dem lutherischen Landesbischof Meiser ein; am 25. schlugen Bromage und Landeen nach Rücksprachen mit Schäffer diesen zum Ministerpräsidenten, Hipp zum Kultusminister und Meinzolt zu seinem Vertreter vor⁸⁸. Dennoch scheint es am 28. 5. Schäffer überrascht zu haben, als er plötzlich von Keegan vor einigen Pressevertretern mit kurzer Zeremonie als Ministerpräsident eingesetzt wurde. Als er sein Ernennungsschreiben betrachtete, fand er denselben rüden Ton wie in allen vergleichbaren Schreiben dieser Tage: er wurde darin vorläufig zum Ministerpräsidenten von Bayern ernannt, um Personalvorschläge für die Ressortministerien ersucht, persönlich für die Entnazifizierung der gesamten Verwaltung ganz Bayerns verantwortlich gemacht, weiter wurde ihm aufgegeben, alle von der MG Ernannten beizubehalten, und er wurde zur Ausübung seiner Amtsgeschäfte ohne Rücksicht auf Rasse, Glauben und „politischen Einfluß“ ermahnt. Er habe nach den Befehlen der MG „energisch die Zivilverwaltung aufzubauen“. „Any failure on your part to carry out the Laws, Ordinances, Orders, instructions and directives of Military Government will result in trail before a Military Government court and appropriate punishment under Military Government law.“⁸⁹ Er protestierte sofort, worauf man ihn tröstete: nichts werde so heiß gegessen wie gekocht⁹⁰. Zur Auswahl Schäffers, dessen Verhaftungen im Dritten Reich in einer Presseverlautbarung breit herausgestrichen worden waren, sagte Col. Keegan: „We need a man for the post and we chose the man we thought technically the best equipped.“ Im selben Interview sagte Schäffer, da MG die Existenz von Parteien verbiete, gehorche er natürlich. Auch sei das deutsche Volk noch zu benommen und

⁸⁶ Schreiben von Landeen vom 14. 2. 1966. Fritz Schäffer, am 12. 5. 1888 in München geboren, entstammt einem Haus des katholischen Mittelstands. Er studierte – bei „Apollo“ korporiert – die Rechte und legte 1916 den Staatskonkurs mit der seltenen Note Eins ab. Nach der Verwundung im Ersten Weltkrieg begann er seine Karriere als Verwaltungsbeamter in der Innenverwaltung, setzte sie seit 1920 im Kultusministerium fort und krönte sie von 1931 bis 1933 als Staatsrat und Leiter des bayer. Finanzministeriums. Seit 1920 Mitglied des bayer. Landtages für die BVP, wurde er 1950 deren erster Vorsitzender und einer der Initiatoren der „Bayernwacht“. Seit der NS-Machtergreifung war er bis 1945 in München als Rechtsanwalt tätig und wurde als ehemals prominenter Politiker mehrfach für kürzere Zeit von den Nationalsozialisten in Haft genommen. Zu Kardinal Faulhabers Politik vgl. jetzt Ludwig Volk S. J.: Kardinal Faulhabers Stellung zur Weimarer Republik und zum NS-Staat, in: Stimmen der Zeit 91 (1966), S. 173–195.

⁸⁷ Schäffer, a. a. O., S. 4 ff.

⁸⁸ Schreiben von Landeen vom 14. 2. 1966.

⁸⁹ Det. E 1 F 3 an Schäffer, 28. 5. 1945 (Nachlaß Pfeiffer).

⁹⁰ Schäffer, a. a. O., S. 6.

verstört, um an Politik zu denken. Aber wenn MG später Parteien wieder erlaube, „yes, I would very much like to revive the Bavarian People's Party“^{90a}.

Schäffer fand ein paar Zimmer in einer Firma in der Leopoldstraße und begann ohne Ausrüstung, Hilfsmittel und ausreichendes Personal⁹¹. Schon im Laufe des Juni gelang ihm trotz fehlender Kommunikationsmittel die Herstellung des Kontakts zu den meisten von den Amerikanern eingesetzten Verwaltungsleitern, insbesondere zu den Regierungspräsidenten⁹² sowie eine Art Kabinettsbildung⁹³. Kultusminister wurde der auch von Kirche und MG favorisierte Dr. Otto Hipp, Wirtschaftsminister Dr. Karl Arthur Lange; das Innenministerium verwaltete Ministerialrat Dr. Karl August Fischer. In der Staatskanzlei war anfangs als Pressebeauftragter, später – nachdem die Berufung Reichsminister Dr. Otto Gesslers auf die Stelle des Staatsrats am Einspruch der MG gescheitert war – als Staatsrat und schließlich als Staatssekretär Dr. Anton Pfeiffer tätig. Rattenhuber und der Leiter der Forstverwaltung, Hoepfner, unterstellten sich dem Ministerpräsidenten, ebenso Albert Rosshaupter, der in das von den Amerikanern erzwungene Arbeitsministerium berufen worden war. Schäffer selbst übernahm mit einem Staatsrat zusammen das Finanzressort, das traditionelle Rückgrat der bayerischen Regierung. Neben diesen wurden zu den Ministerratssitzungen noch zugezogen: der Präsident der Reichsbahndirektion München Rosenhaupt, der Präsident der Oberpostdirektion München Geiger, der Oberbürgermeister von München Scharnagl, der als Staatsrat noch nicht genehmigte Reichsminister Gessler sowie der Senatspräsident am OLG Dr. Hans Ehard und der aus der Emigration heimgekehrte SPD-MdR und Staatsanwalt Dr. Wilhelm Hoegner, die beide zur Reorganisation einer Landesjustiz eingesetzt waren⁹⁴.

^{90a} Interview mit beiden durch Victor Bernstein (PM 31. 5. 1945) mit scharf ablehnendem Kommentar.

⁹¹ Seine häufigsten Worte sollen nach Behr in diesen Tagen „A Sauerei is“ und „A Wut hob i“ gewesen sein. Von ähnlichen Gefechten um Zimmer, Stühle, Schreibmaschinen und Kohlen als Ouverture der Regierungsarbeit berichtet auch Reinhold Maier, Grundstein, S. 127 ff. Noch im Sommer 1945 zog die Staatskanzlei in die ehemalige preußische Gesandtschaft um.

⁹² In Würzburg Adam Stegerwald (s. u.); in Ansbach der ehem. Ministerialdirektor im Reichsernährungsministerium Ernst Reichard (geb. 1876) und, nachdem dieser im Zuge einer zweiten Entnazifizierungsüberprüfung entlassen worden war, Dr. Hans Schregle (geb. 1890); in Regensburg der Journalist Dr. Ernst Falkner (geb. 1909), der von MG abgesetzt wurde, weil er sich auf einer Tagung mit seinen Beamten verbotswidrig „politisch“ äußerte, dann der bayerische Karrierebeamte (1945 Regierungsrat) Dr. Franz Wein (1884–1954); von Schäffer in ihrem Amt bestätigt wurden nur die beiden von MG als Regierungspräsidenten eingesetzten bayer. Karrierebeamten Ludwig Osthelder (1877–1954; 1932 Reg. Präs. der Pfalz, 1933 in den einstw. Ruhestand versetzt) in München und Dr. Konrad Kreisselmeyer (1877–1954) in Augsburg.

⁹³ Das Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft war ein Teil des Wirtschaftsministeriums; die Einrichtung einer Landesjustizverwaltung wurde von MG erst im Oktober 1945 genehmigt. Die für die Leitung der entsprechenden Ministerien vorgesehenen Herren wurden jedoch schon in der Regierung Schäffer als Kabinettsmitglieder betrachtet. Am 8. 6. 1945 wurde das Innenministerium von MG auf vier Abteilungen beschränkt (Verwaltung, Gesundheit, Wiederaufbau und Polizei) und am 20. 6. die Arbeits- und Wohnungsabteilung zu einem eigenen Ministerium erhoben.

⁹⁴ Zu den berufenen Personen: Dr. Otto Hipp (1885–1952), ein Parteifreund Schäffers,

Schäffer hatte am Tag nach seiner Ernennung Kontakt mit Sozialdemokraten aufgenommen und von Thomas Wimmer eine Liste regierungsfähiger SPD-Mitglieder erhalten. Als Schäffer später angegriffen wurde, er habe die Linke nicht genügend berücksichtigt, verteidigte er sich mit einer Aufstellung, die für sich spricht⁹⁵: Rosshaupter (nachdem RMG ein Arbeitsministerium erzwungen und einen Sozialdemokraten an seiner Spitze gefordert hatte), Hoegner (der für die zukünftige Landesjustizverwaltung vorgesehen war), Menzel (Landesarbeitsamt), Schiefer (Ortskrankenkasse) und Wimmer (3. Bürgermeister von München). Nach dem Zeugnis Dorns hatten der SPD-Liste ursprünglich noch angehört: Esser (Regensburg), Hagen (Kulmbach), Teichmann (München), Seidel (Hof), Moser (Füssen), Piehler (Bergarbeitergewerkschaft)⁹⁶. Schäffer schrieb später, er habe eine Art Koalitionspolitik der noch lange nicht existenten Parteien durch die Berufung von je zwei BVP- und SPD- und je einem DNVP- und DVP-Angehörigen vorgebildet, während er die Kommunisten wegen ihrer geringen Wahlerfolge vor 1933 überhaupt nicht berücksichtigt habe. Dies läßt sich numerisch weder aus den von ihm berufenen Ministern nachvollziehen, noch stimmt es z. B. mit den 9,9% KPD-Stimmen in der Reichstagswahl vom 6. 11. 1932 in Bayern überein, wenn man diese mit DNVP (5%) oder DVP (0,8%) vergleicht⁹⁷. Überdies scheint diese Argumentation eine durch die spätere Parteientwicklung überlagerte Sicht seiner eigenen damaligen Verwaltungskonzeption zu sein. Am 17. 8. 1945 hatte Schäffer an RMG geschrieben: „Die bayerische Landesverwaltung ist bis heute nur aus Männern zusammengesetzt, die ohne ausdrückliche Rücksicht auf ihre frühere

war vor 1933 Bürgermeister in Regensburg und hatte im Krieg zusammen mit Dr. Gebhard Seelos ein separatistisches „Bayerisches Memorandum“ ausgearbeitet, das im Zusammenhang mit der „Freiheitsaktion Bayern“ im Namen der „Bayerischen Heimatbewegung“ der US-Armee übergeben wurde (vgl. James Donohoe, *Hitler's Conservative Opponents in Bavaria*, Leiden 1961, S. 203 ff., abgedruckt S. 207 ff.). Der Jurist und Volkswirt Lange (1881–1947), ein Bekannter Schäffers, soll als Geschäftsführer von Brauereiverbänden und Vorstandsmitglied der Löwenbrauerei München vor 1933 den Liberalen nahegestanden haben. Fischer (geb. 1885), ein bayer. Karrierebeamter, gehörte vor 1933 zur DNVP und wurde im Sept. 1945 von MG entlassen, weil er eine Funktion im Verein des Auslandsdeutschtums im Dritten Reich innegehabt habe. Zu Gessler vgl. Otto Gessler, *Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit*, hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, bes. dessen Einl. S. 90 ff. · Studienrat Dr. Anton Pfeiffer (1888–1957), Philologe und Volkswirt, war in den Weimarer Jahren BVP-Generalsekretär und bayer. MdL. Albert Rosshaupter (1878–1949) war seit 1907 SPD-MdR, 1918–1919 bayer. Minister für militärische Angelegenheiten und neben seiner Gewerkschaftsarbeit in den Weimarer Jahren MdL. Biographische Angaben zu Hoegner und Ehard, in den Heften 2 und 3 der Reihe „Die bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit“, 1945–1963, hrsg. vom Neuen Presseclub, München o. J.

⁹⁵ Schäffer an RMG, 3. 9. 1945 (Nachlaß Pfeiffer).

⁹⁶ Die Liste Dorns nach Auskünften Wimmers in Notizbuch „Dr. Lange . . .“ in Dorn Papers.

⁹⁷ Schäffer, a. a. O., S. 7f. Die Zahlen für 1928, als noch nicht der Großteil der deutschen und liberalen Wähler zur NSDAP und ein Teil der SPD-Wähler zur KPD abgewandert waren, wären Schäffers Argumentation etwas günstiger (DNVP 11,0%, DVP 2,5%, DDP 3,0%, KPD 3,5%).

politische Betätigung und ihre innere politische Überzeugung bestellt worden sind . . . Die Zulassung politischer Parteien könnte hier störend wirken⁹⁸.“ Da Schäffer, Rattenhuber und Hoepfner direkt, Hipp und Rosshaupter indirekt von RMG ausgesucht und ernannt wurden, bleibt, daß Schäffer selbst nur Lange, Fischer und Gessler vorschlug, jene drei also, auf die sich neben Rattenhuber und Schäffer die Angriffe später konzentrierten. Weitere Minister hat er während seiner Regierungszeit nicht gefunden⁹⁹.

Diese Regierung „Bayerns rechts des Rheins“, wie sie sich in der Hoffnung auf Rückgewinnung der Pfalz nannte, streckte ihre Fühler ins Land aus, um mit den von MG eingesetzten Landräten wenigstens auf Regionaltagungen¹⁰⁰ Kontakt zu bekommen. Deren direkte Zusammenarbeit mit den ihnen korrespondierenden MG-Detachments sowie ihre weitgehende finanzielle und personelle Selbständigkeit ließen den Wiederaufbau der staatlichen Dienstaufsicht über die Selbstverwaltungskörperschaften zu einem äußerst schleppenden Prozeß werden, der erst ein Jahr später als abgeschlossen gelten konnte. Die Vorarbeiten der eigentlichen Regierungsgeschäfte drängten: ein grober Überblick über vorhandenes Personal, über Gebäude, Nahrungsmittel- und Kohlevorräte mußte gewonnen, Reiseberichte über die Lage in anderen Gebieten und Nachrichten über Auftrag und Praxis der alliierten Besatzung gesammelt, staatsrechtliche Analysen¹⁰¹ über Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Verwaltung unter MG angefertigt werden.

Gegenüber MG war Schäffer allein für die ganze Verwaltung Bayerns verantwortlich, obwohl er gerade da, wo diese existierte, in den Kreisen und Regierungen nämlich, noch kaum einen Einfluß gewonnen hatte. Alle seine Handlungen mußte er im beinahe täglichen Verkehr mit dem RMG Verbindungsoffizier Col. Bromage abstimmen, was allerdings durch das gute persönliche Verhältnis der beiden erleichtert wurde¹⁰². Nachdem sich am 15. 6. 1945 die 7. US-Armee aus Bayern zurückgezogen und das Feld der 3. US-Armee überlassen hatte, wurde RMG deren kommandierendem General unterstellt¹⁰³.

⁹⁸ Schäffer an RMG, 17. 8. 1945 (Nachlaß Pfeiffer).

⁹⁹ Leonard Krieger (a. a. O., S. 511 ff.) hat treffend herausgearbeitet, daß das unpolitische, fachmännische Konzept die gegebene politische Taktik der Bürgerlichen nach dem Zusammenbruch war, weil sie so die entscheidenden Posten besetzen und doch das Sicherheitsbedürfnis der Besatzer befriedigen konnten. Umgekehrt waren die Kräfte der Arbeiterbewegung, die nicht durch Kenntnisse, sondern durch Masse wirken, schon dadurch als „politisch“ und damit gewissermaßen als „aufwieglerisch“ stigmatisiert, als sie ihre vom NS zerschlagenen Organisationen als Vorbedingung erst wieder aufbauen mußten.

¹⁰⁰ Aufzeichnungen von einer Landrätetagung in Nordfranken vom 17. 7. 1945 in Stegerwald-Archiv. Anschauliche Schilderungen der württembergischen Paralleltagungen bei R. Maier, a. a. O., S. 93 ff., und Keil, a. a. O., Band II, S. 676 f.

¹⁰¹ Vgl. eine Serie von Denkschriften ohne Datum und Verf., vermutlich von Gessler und Pfeiffer, im Nachlaß Pfeiffer.

¹⁰² Bromage (Schreiben vom 1. 2. 1966), Schäffer, a. a. O., S. 15.

¹⁰³ Seit der Errichtung der Military Districts am 12. 8. wurde die Vereinigung von G-5 3. Armee und RMG zum OMGB eingeleitet, die Anfang Oktober beendet war. Col. Dalferes ersetzte den heimkehrenden Col. Keegan.

Der Gouverneur Bayerns, Panzergeneral George Smith Patton Jr., einer der beliebtesten amerikanischen Kriegshelden aus alter militärischer Südstaaten-Familie, ein theatralisch veranlagter Haudegen mit viel Respekt vor der Leistungskraft der Deutschen¹⁰⁴, war nach dem Waffenstillstand zu einem triumphalen Siegeszug durch die USA zurückgekehrt. Nachdem er im Sommer wiedergekommen war und sich in Bad Tölz niedergelassen hatte, ließ er die RMG gewähren, so lange sie nicht mit den Besatzungstruppen in Konflikt geriet. Er mag die MG-Sonderstäbe als neu-modische, zivilistische, wohl auch ‚linke‘ Einrichtung empfunden und als „Etappe“ verachtet haben, im Zweifel unterstützte er jedenfalls seine Armeeoffiziere gegen die lokalen MG-Detachments¹⁰⁵.

Im Grunde empfand es Patton als eine traurige Sache, daß Krieg und Sieg schon vorbei waren. In sein Tagebuch notierte er am 10. 8.: „Another war has ended, and with it my usefulness to the world. It is for me personally a very sad thought. Now all that is left to do is to sit around and await the arrival of the undertaker and posthumous immortality[sic]. Fortunately, I also have to occupy myself with the De-Nazification and government of Bavaria, and the recruiting of the industries of the German people, so that they can be more selfsupporting.“¹⁰⁶ Seine Einstellung zu den Deutschen hatte neben der Achtung des Gegners auch ihren politischen Grund.

Patton hatte aufmerksam die Berichte über die sowjetische Umsiedlungspolitik in Ost-Mitteleuropa verfolgt, mit General Anders verhandelt und mit Abscheu – gemischt mit Neid – den zackigen Militarismus einer russischen Parade verfolgt. Er glaubte, daß sein Vorstoß auf Prag gleich fortgesetzt werden sollte, und zwar mit deutscher Hilfe¹⁰⁷. So zögerte er die Auflösung der deutschen Wehrmachtverbände in Bayern befehlswidrig hinaus und schlug Eisenhower, der dies für einen gefährlichen Scherz hielt, weiteren Vormarsch vor: in drei Monaten könne man die Russen, den zweiten und wichtigeren Feind, nach Rußland zurücktreiben; einen Anlaß zum Losschlagen könne er an der tschechischen Grenze jederzeit beschaffen. „We will need these Germans, and I don't think we ought to mistreat people whom we shall need so badly.“¹⁰⁸ Jedenfalls wollte er dafür sorgen, daß in seinem Befehlsbereich keine kommunistischen Elemente zum Zuge kämen – eine Auffassung, die

¹⁰⁴ Zur persönlichen Charakterisierung vgl. Ladislav Farago: *Patton, Ordeal and Triumph*, New York, 1964, S. 847 ff., und die Einleitung zu Harry Hodges Semmes: *Portrait of Patton*, New York, 1955. Seine Achtung vor den Deutschen, die Ruth Ellen Patton Totten, seine Tochter, in einem Schreiben vom 1. 2. 1966 besonders herausstreicht, sollte nicht so mißverstanden werden, als sei er dem Dritten Reich indifferent gegenübergestanden. Vgl. dazu die Berichte über Pattons KZ-Besichtigungen bei Farago, a. a. O., S. 809, und bei Frederick Ayer Jr. (ein Neffe des Generals): *Before the colors fade*, Boston 1964, S. 244 ff. (biographische Angaben in allen drei Werken).

¹⁰⁵ Vgl. Zink I, S. 26 u. 58 (Er berichtet u. a. von Pattons Vorliebe dafür, überzählige Truppenoffiziere mit MG-Aufgaben zu betrauen und damit wegen deren gewöhnlich höheren Rängen MG kaltzustellen) und Dorn, *Purge*, Kap. VIII, S. 21 f.

¹⁰⁶ Zitiert bei Semmes, a. a. O., S. 279 f.

¹⁰⁷ Ebenda, S. 275 ff. und 282 f.

¹⁰⁸ Ebenda. Übrigens produzierten zu dieser Zeit noch deutsche Werke Kriegsmaterial für US-Truppen im Pazifik.

ihn sicher nicht von RMG trennte¹⁰⁹ – und glaubte, er werde von der Bevölkerung als Retter Bayerns vor den Russen gefeiert und könne, wenn er wolle, jederzeit „President of Bavaria“ werden¹¹⁰. So hat er auch seine spätere Entlassung wegen seiner Entnazifizierungsäußerungen nur als indirekten Ausfluß des Kampfes zwischen seinem Anti-Kommunismus und dem Kreuzzugsgeist der Anti-Hitler-Koalition, der Eisenhower beseelte, verstanden. „... my chief interest in establishing order in Germany was to prevent Germany from going communistic. I am afraid, that our foolish and utterly stupid policy in regard to Germany will certainly cause them to join the Russians and thereby insure a communistic state throughout Western Europe¹¹¹“. In einem Brief an seinen Sohn vom 22. 10. 1945 ist derselbe Aspekt dann zur großartigen Pose verzerrt: „Napoleon did not fall through lack of excessive self-confidence but through an error of judgement induced by dishonest advisors and probably as a direct act of God because, has he gone on to his final objective, we would have a world of peace – strange as it may seem.“¹¹²

Selbst gegenüber dem neuernannten Kriegsminister R. P. Patterson beklagte er die Gier, mit der „politicians and others jump on the Army as soon as the Army has done its job“. Dabei drohe doch eine Katastrophe, weil „the somewhat diluted descendants of Ghengis Kahn have, in my opinion, no possible idea of quitting“. Er sehe die Zeit kommen, wo die US-Armee sich unter Rückzugsgefechten aus Europa zurückziehen müsse¹¹³.

Seit der Vereinigung der RMG mit G-5 der 3. Armee war Patton nicht nur Leiter eines Militärdistrikts (wie Gen. Patch), sondern saß obendrein als Kommandeur der Militärregierung des zu diesem Zeitpunkt einzigen und später größten Landes der amerikanischen Zone in einer der wichtigsten Schlüsselpositionen der Besatzungsverwaltung der Armee. Er konnte auf eine gefällige Übereinstimmung von RMG und deutscher Verwaltung mit seinen Ansichten blicken. Da er den Konflikt zwischen den Entnazifizierungsdirektiven und dem Bedarf an Fachleuten zugunsten der Verwaltungseffektivität entschied¹¹⁴, war auch auf diesem Gebiet kein grundsätzlicher Konflikt zu erwarten. Es verstand sich aber freilich von selbst, daß Patton sich nicht direkt mit dem Regierungsgeschäft einließ, sondern vom deutschen Verwaltungspersonal allenfalls über die zuständigen RMG-Offiziere (höchster Rang: Oberst) hörte. Auch Schäffer hat ihn nie gesehen¹¹⁵.

Der Gouverneur wurde jedoch durch seinen Ministerpräsidenten in frappierender

¹⁰⁹ So weiß noch Cum. HR. zu erzählen, es habe im Juli 1945 zwei Hauptaufgaben für RMG gegeben: 1. Bayern vom „Preußischen Einfluß und Indoktrinierung“ zu trennen, und 2. Vorsorge gegen kommunistische Infiltration in Bayern zu treffen.

¹¹⁰ Farago, a. a. O., S. 810.

¹¹¹ George Smith Patton Jr., *War as I saw it*, Boston 1947, S. 390.

¹¹² Zitiert bei Semmes, a. a. O., S. 286.

¹¹³ Patton an Patterson, 21. 9. 1945, in *Patterson Papers*, Library of Congress.

¹¹⁴ S. u. S. 200f.; Knappen a. a. O., S. 130 berichtet, Patton habe damit die Meinung von zwei von drei Offizieren der Besatzungsarmee geteilt.

¹¹⁵ Gespräch mit Fritz Schäffer am 7. 5. 1966. Seiner Bitte, bei USFET vorsprechen zu dürfen, wurde erst recht nicht entsprochen.

Weise ergänzt. Schäffer glaubte, wie fast alle seine Zeitgenossen 1945, an einen „Linksrutsch“¹¹⁶. Durch Bombardierung und Vertreibung, durch den Einbruch des Todes in fast jede Familie, den weitgehenden Verlust aller Habe bei breiten Bevölkerungsschichten, die beharrliche Zertrümmung der bürgerlichen Moral durch den Nationalsozialismus und schließlich durch den Zusammenbruch auch der braunen Moral glaubte man, stünde ein großer Teil des Volkes jetzt vor dem Nichts und drohte zu „Nihilisten“ zu werden – die zeitgemäße Umschreibung christlicher Politiker für Kommunisten. Im Mitarbeiterkreis paraphrasierte Schäffer am 22. 8. 1945 seine Denkschrift gegen die Zulassung von politischen Parteien mit den Worten: „Im gegenwärtigen Zeitpunkt halte er die Zulassung politischer Parteien zumindest für sehr gefährlich, insbesondere mit Rücksicht auf die Verhältnisse im russisch besetzten Gebiet. Es bestünde die Gefahr, daß auf Grund von Verhältnissen, wofür die Mitglieder der Landesregierung nicht verantwortlich gemacht werden könnten, eine Unmenge von Leuten in ein absolut negatives Lager getrieben werden würden . . . Wer vor dem Nichts stehe, der werde Nihilist, denn er habe nichts mehr zu verlieren. Und er ist leicht geneigt, ein weiteres Experiment mitzumachen. Es ist leicht möglich, daß auf dem Wege der Denazifizierung die Nazi hinausgeworfen würden und daß sie auf dem Weg über die Demokratie wieder zur anderen Türe hereinkämen.“¹¹⁷

In dieser Situation der Bedrohung der bürgerlichen Ordnung durch die radikalen Nihilisten von links und rechts, die qualitativ dasselbe seien, glaubte Schäffer, daß man eine Politisierung der Massen und Demokratisierung der Regierung sorgsam verhindern müsse. Er schloß damit an eine Tradition der BVP an; in der Endkrise der Weimarer Republik hatten verschiedene Führer der BVP erwogen, ob nicht den Flügelparteien mit einem monarchistischen Experiment in Bayern der Wind aus den Segeln genommen und ihrem Druck auf gouvernementalem Wege begegnet werden könne¹¹⁸. In einer von RMG angeforderten Denkschrift über die Rückwirkung der Parteienlizenzierung auf die Entnazifizierung schlug Schäffer Ende August vor¹¹⁹, die Politisierung angesichts des kommenden harten Winters hinauszuschieben. Vorsorglich bat er aber, gegebenenfalls die Gefahr der Radikalisierung durch stufenweise Wahlen, wobei nur bewährte Kommunalpolitiker das passive Wahlrecht für höhere Wahlen erhalten sollten, und ein „Treuedankgesetz“ abzufangen, das durch die Einführung eines Landesbürgerrechts das aktive Wahl-

¹¹⁶ Dies stritt Schäffer später auf der Tagung des erweiterten Landesausschusses der CSU in Bamberg am 30./31. 3. 1946 ab (Protokoll im Archiv Josef Müller). Auch Josef Müller stritt später ab, 1945 eine „Block“-Konzeption angestrebt und den KP-Einfluß überschätzt zu haben (Protokoll der Landesausschußsitzung der CSU am 28./29. 2. 1948 in Regensburg, ebenda).

¹¹⁷ Ministerrat vom 22. 8. 1945. Die zusammenfassenden Protokolle (im IfZG) sind in indirekter Rede gehalten.

¹¹⁸ Vgl. neben Donohoe, a. a. O., S. 109ff. Kurt Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, München 1954, S. 547ff.

¹¹⁹ Schäffer an Col. Reese (RMG) am 17. 8. 1945 Betr. „Zulassung von politischen Parteien und Rückwirkungen dieser Zulassung auf die Regierung.“ (Nachlaß Pfeiffer). Für eine Parallele zum „Treuedankgesetz“ aus monarchistischen Kreisen vgl. Sendtner, Rupprecht, a. a. O., S. 682.

recht auf solche Bayern beschränkt hätte, die in den letzten 12 Jahren nicht der NSDAP beigetreten waren. Dadurch sollte ein Damm gegen die gefährdenden Schichten der Entnazifizierten, Flüchtlinge, ‚Zuagreisten‘ und der Jugend errichtet werden. In der Einführung eines Mehrheitswahlrechts mit jeweils nur zwei möglichen Kandidaten sollte eine weitere Garantie liegen, daß „der Sinn einer wirklichen Demokratie, die gleichzeitig auch den Staat dem Sittengesetz christlicher Ideen unterstellt“, in der parteipolitischen Praxis realisiert würde.

Einerseits versuchte Schäffer, seine gouvernementale Überbrückung des befürchteten Linksrutschs auch nach der Lizenzierung von Parteien, die für ihn gleichbedeutend mit der Abhaltung von Wahlen war, wirksam zu erhalten, andererseits fürchtete er, daß die Politisierung seine Regierung von innen her aufsprengen könne. Zwar versicherte er RMG, daß die Mitglieder der Landesregierung sich jeder parteipolitischen Einflußnahme entziehen würden, im Kabinett aber bezweifelte er, ob dieser Satz auf die Dauer mehr als eine persönliche Zusicherung sein könne, und „gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Demokratisierung und Politisierung nicht die schöne Einheit zerstören möge, die bisher im Ministerrat geherrscht habe“¹²⁰.

In sehr einprägsamen Sätzen ist dieses Konzept Schäffers in Notizen Stegerwalds festgehalten, die er von der Einführungsrede des Ministerpräsidenten auf der ersten Landrätetagung in Nordbayern am 17. 7. 1945 machte¹²¹: „Weder die Experimente einer vergangenen Partei, noch die Vorgänger einer künftigen Partei. Wir sind nur Deutsche . . . Wir können uns eine politische Zersplitterung nicht leisten . . . Die Landesregierung ist keine politische Regierung, vertritt keine politische Richtung, ist eine deutsche Regierung und will das christliche Sittengebot im deutschen Volke wieder aufleben lassen. Alle anderen Kreise, die mit irgendwelchen Tendenzen kommen, sind abzulehnen. Wir wollen frei von Politik an die praktische Arbeit gehen. – Unsere Aufbauarbeit besteht darin, den zusammengebrochenen Verwaltungsapparat des deutschen Staates wieder aufzurichten.“

Dieses Konzept zur inneren Ordnung des bayerischen Staates hatte auch seine äußere Seite. Die Ausschaltung des Reiches bot eine einzigartige Möglichkeit, die Verluste Bayerns an „Staatspersönlichkeit“ in der Weimarer Republik durch eine föderalistische Vorentscheidung wettzumachen. Auf den Gebieten der Verwaltung, der Justiz, des Verkehrs mußten die Länder schon aus Notstandsgründen vorläufig die Reichszuständigkeiten ergreifen. Bayern war nicht geneigt, sie freiwillig wieder abzutreten. Anton Pfeiffer hat dies treffend formuliert: „Die Nationalsozialisten hatten die früheren bayerischen Ministerien planmäßig ausgehöhlt, um die Staatspersönlichkeit Bayerns langsam zu zermürben und zu vernichten. Genauso zielbewußt verfolgten dann die Regierungen . . . das umgekehrte Ziel . . . für jeden großen Bereich der Staatsaufgaben ein eigenes Ressortministerium zu schaffen, das die Staatshoheit nach innen wie nach außen verkörpert.“¹²²

¹²⁰ Wie Anm. 117.

¹²¹ Im Stegerwald-Archiv.

¹²² Pfeiffer, a. a. O., S. 9.

Schäffer glaubte, daß die Amerikaner die Lage in seinem Sinne begriffen hätten und in dem einzigen relativ unversehrten deutschen Land von allem Anfang an ein „bayerisches Experiment“¹²³ unternähmen. Er hielt sich deshalb an den Rat der RMG, sich nicht einzumischen, wenn nun überall in persönlichen Zusammenkünften die Bildung neuen Parteilebens sich vorbereitete. Zwar hielt er durch Pfeiffer zu den Gruppen auf der bürgerlich-christlichen Seite Verbindung, aber nahm wohl an, daß ihm sein angestammtes Erbe als Führer der christlichen Partei in Bayern um so mehr zufallen werde, als er Regierungschef geworden war.

Innerhalb der gouvernementalen Konzeption spielte die Frage der Erhaltung und Restauration des Berufsbeamtentums die entscheidende Rolle, weil ja beim Regierungsgeschäft auf alle politisch-dynamischen Kräfte des Volkes wegen ihrer Gefährlichkeit verzichtet werden sollte. Dies war die entscheidende Schwäche des bayerischen Experiments.

Auf Grund von JCS 1067/6 wurde am 7. 7. 1945 von USFET eine Entnazifizierungsdirektive erlassen, nach der alle „Nazis“, seien sie nun durch formelle Mitgliedschaften oder als „sympathizers“ verdächtig, aus allen öffentlichen Ämtern zu entlassen waren. Der traditionelle Beamtenkörper, der schon den Umbruch nur unter den größten Beeinträchtigungen überstanden hatte, war aber die *conditio sine qua non* des bayerischen Experiments; er wurde durch die 7.-Juli-Direktive paralytisiert. Weil die Direktive erst im August ihre Auswirkungen zu zeigen begann, glaubte Schäffer, die neue Praxis der Entnazifizierung sei ein Ergebnis des angeblichen Versagens der Amerikaner in Potsdam¹²⁴. Zwar versuchten die Leiter der deutschen Verwaltungsbehörden überall in der Zone alles, um die Entlassung von Pgs, die ihnen nicht als innerlich beteiligte Nationalsozialisten bzw. als Schläger, Denunzianten usw. erschienen, die also nur – im Entnazifizierungsjargon – „formelle Pgs“ waren, hinauszuzögern, zu umgehen oder entsprechende Befehle getarnt oder offen vorerst nicht zu beachten¹²⁵, zwar versuchten auch die Fachabteilungen der MG z. B. für Transport, Landwirtschaft u. ä., die an der Effektivität ihrer Verwaltungszweige interessiert waren, sich die belasteten Fachleute durch einstweilige Sondergenehmigungen oder durch Übersehen zu erhalten, dennoch mehrten sich die Nachrichten von zusammengebrochenen Behörden aus dem ganzen Land¹²⁶.

¹²³ Am 6. 7. 1945 lehnte es Schäffer im Ministerrat ab, zu erklären, er könne nicht länger die Verantwortung für die US-Entnazifizierung übernehmen, denn dies „würde ein völliges Scheitern des bayerischen Experiments bedeuten“. Bis zu einem gewissen Grad wird der „Modellcharakter“ Bayerns auch durch Murphy, a. a. O., S. 331 bestätigt.

¹²⁴ Schäffer, a. a. O., S. 15. Zur 7. 7. 1945-Direktive vgl. die Darstellung bei Griffith, a. a. O., S. 40 ff., und zur „crisis in Bavaria“ ebenda, S. 51 ff., die bisher beste Zusammenfassung der Ereignisse (Griffith war 1946–1948 Chef des Special Branch OMGB). Vgl. auch Dorn, *Purge*, Kap. VIII, mit aufschlußreichen Details. (Dorn war 1945 persönlicher Berater von Gen. Adcock und 1946–47 Special Advisor on Denazification für Gen. Clay.)

¹²⁵ Gimbel, *American Denazification*, S. 88 ff., für Beispiele der Umgehungstaktiken. Für die „Zusammenarbeit“ von deutschen und amerikanischen Stellen vgl. z. B. War Diary, Det. E1H2 Reg. Bez. Schwaben (1.–31. 7. 1945) (WIIRC).

¹²⁶ Denkschrift „Rückwirkungen der Entnazifizierung für die Bayerische Landesverwaltung“, Schäffer an RMG (undatierter Entwurf im Nachlaß Pfeiffer) und Griffith, a. a. O., S. 63, Anm.

Auch Schäffer, – schon seit Ende Juli durch die Erkrankung und Heimkehr von Bromage seines Vertrauten bei MG beraubt – versuchte, sich gegen diese Politik aufzulehnen. In einer Reihe von Denkschriften an RMG¹²⁷ schlug er Maßnahmen vor, wie aktive Nationalsozialisten zwar entlassen und vielleicht auch interniert werden sollten, von ihnen aber die Beamten, die „nominelle Pgs“ gewesen seien, durch ein Einspruchsverfahren mit Spruchgerichten getrennt und als Beamte auf Widerruf vorerst beibehalten werden könnten. Die Häufung und zunehmende Dringlichkeit seiner Vorschläge im September erklärt sich daraus, daß Schäffer einerseits seine Verwaltung zusammenbrechen sah und andererseits nach der Lizenzierung der Parteien fürchtete, politisch für die US-Entnazifizierung, die er durchführen mußte, verantwortlich gemacht zu werden. Eine dieser Denkschriften soll auch Patton erreicht und seinen Beifall gefunden haben¹²⁸, allerdings ohne greifbaren Erfolg.

In diesen Zusammenhang gehört auch Schäffers Versuch, des Finanzchaos Herr zu werden. Durch die Aufstellung eines Etats¹²⁹ und seine Ausgleichung mittels einer Konfiskation von 20–30% aller Einkünfte über RM 180.– monatlich, die Einfrierung der 420 Millionen Sparguthaben und einen Lastenausgleich durch Kredite über Pfandbriefe auf alle vom Krieg verschonten Immobilien sollte versucht werden, die Währung zu stabilisieren, den Wiederaufbau ansatzweise zu finanzieren und vor allem die Verwaltung im Lande wieder fiskalisch in die Hand zu bekommen. Das durch Währungserfall und Schwarzmarkt drängende Problem des Geldes, das durch Gerüchte über eine bevorstehende Währungsreform oder gar die Ausgabe bayerischer Banknoten verschärft wurde, sollte totgeschwiegen werden, wahrscheinlich um nicht voreilig festgelegt zu werden und das Vertrauen der Bevölkerung durch unterschiedliche Meinungen noch weiter zu untergraben. Schäffer wies seine Kabinettskollegen an: „Über die Frage des umlaufenden Notengeldes darf nicht gesprochen werden.“¹³⁰

Ein Reibungspunkt zwischen MG und Landesregierung, der das Mißverständnis zwischen beiden widerspiegelte, waren die unterschiedlichen Auffassungen über die Wirtschaftssteuerung. Während Lange die Konstruktion durch Fachverbände, also funktional-überregional, beibehalten wollte, um sein Wirtschaftsministerium klein und die Chance wirtschaftlicher Selbstverwaltung groß zu halten, wurde von

¹²⁷ Neben der eben erwähnten (Anm. 126) folgende Denkschriften: Schäffer an RMG (Removal of Nazis), handschriftlicher deutscher Entwurf Schäffers vom 1. 8.; Schäffer an RMG (State Administration), vom 5. 9. 1945, Abschrift (beide im Nachlaß Pfeiffer) sowie Schäffer an RMG Special Branch (Entnazifizierung) vom 17. 9. 1945 (im IFZG). Bei der letzten handelt es sich um einen Gesetzentwurf über ein Überprüfungsverfahren für entlassene Beamte durch behördliche Spruchgerichte.

¹²⁸ So Schäffer, a. a. O., S. 12 (Schäffer spricht nur von einer Denkschrift, vermutlich die von ihm handschriftlich entworfene vom 1. 8. 1945).

¹²⁹ Entwurf dazu im Nachlaßteil Pfeiffer der Bayer. Staatskanzlei. Schäffer nannte damals den Aufbau des staatlichen Finanzwesens die wichtigste Aufgabe; Stegerwald glaubte, hinter dem Ernährungsproblem müsse alles andere zurückstehen.

¹³⁰ So Schäffer im Ministerrat am 26. 7. 1945; vgl. dazu auch die Sitzung vom 22. 8. (Protokolle im IFZG). Vielleicht handelt es sich auch um eine MG-Weisung.

MG eine regional-bürokratische Kette vom Ministerium über das Landeswirtschaftsamt und seine nachgeordneten Behörden befohlen, was den Betrieb in der Wirtschaftsbürokratie noch weiter aufblähte und eine staatliche Wirtschaftsverwaltung für alle Betriebe ergab. Während MG also auf lange Frist die Bewirtschaftung und die staatliche Steuerung der Wirtschaft institutionell gesichert sehen wollte, strebte Lange eine zügige stufenweise Aufhebung der Bewirtschaftung (im Juli 1945) und eine sich selbst regulierende, liberale, auf Achtung des Eigentums gegründete Wirtschaftsverfassung an¹³¹.

IV

Auf deutscher Seite gab es von Anfang an Gruppen, die im Widerspruch zu Schäffers bayerischem Experiment standen. Erste Versuche, direkt nach dem Einmarsch aus dem Widerstand der „Freiheitsaktion Bayern“ politischen Einfluß abzuleiten, schlugen freilich fehl; Major Gerngross verstrickte sich schnell in den MG-Bestimmungen gegen deutsche politische Betätigungen¹³². Auch der Versuch, vom KZ Dachau aus zunächst mit amerikanischer Unterstützung ein „Nationalkomitee Freies Deutschland“ zu gründen, scheint keine große Breitenwirkung gefunden zu haben¹³³ und verfiel Mitte Mai demselben Verbot. Mit dieser Bestimmung sollten vor allem die in anderen Städten entstandenen Anti-Fa-Ausschüsse getroffen werden, da sie Unruhe in die Befehlsstruktur der Besetzung brachten und im Gegensatz zu dem pauschalen Grundgedanken von JCS 1067 standen, die keine Zusammenarbeit mit deutschen Antifaschisten, sondern die Besetzung Deutschlands „als besiegter Feindstaat“ vorsah¹³⁴. Wegen der späten Besetzung, der schnellen Restauration einer Stadtverwaltung und der klugen Berücksichtigung aller politischen Richtungen durch den Oberbürgermeister war ein solcher Ausschuß in München anscheinend gar nicht entstanden.

¹³¹ Vgl. Langes Stellungnahme vor den Landräten Nordbayerns am 17. 7. 1945, Notiz Stegerwalds von dieser Tagung im Stegerwald-Archiv.

¹³² Siehe oben Anm. 75. Gerngross scheint einerseits dem Mangel an Koordination zwischen MG und CIC und andererseits seiner expansiven Interpretation der ihm von CIC zugestandenen Funktionen zum Opfer gefallen zu sein. Einer weniger prominenten Aktionsgruppe „G-7“ ist es nicht anders gegangen.

¹³³ Walter Müller, die Aktionsgemeinschaft zwischen KPD und SPD in München 1945 bis 1946, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 3 (1961), Sonderheft S. 117 ff., meint zwar (ohne Quellenangabe) S. 120, das Nationalkomitee habe schnell 37 000 Mitglieder gezählt. Goldhammer, der führende Kopf der bayer. Kommunisten 1945, hält dies aber in einem Schreiben vom 23. 2. 1966 für unwahrscheinlich. Kroth berichtet im Gespräch, daß noch nach dem Organisationsverbot Aufrufe auf einer Druckpresse im KZ Dachau gedruckt werden konnten. Daher wird der Aufruf des „Nationalkomitees Freies Deutschland, Landeskomitee Bayern“ vom 25. 6. 1945 stammen, der abgedruckt ist in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1959, S. 43 f.

¹³⁴ Kahn, a. a. O., S. 59, berichtet, daß die MG-Nachrichtendienste damals ihre Berichte über subversive Tätigkeit in a. Nazis und b. Antifas zu gliedern pflegten.

Bald nach dem Zusammenbruch traf sich in München jedoch eine Gruppe, die sich als Keimzelle der KP für Bayern empfand. Ihre Mitglieder kamen aus dem KZ, von konspirativer Tätigkeit, aus der Schweizer Emigration. Die einheimische Gruppe um Kroth, als KP-Agent Rechtsrat in der NS-Stadtverwaltung, Hirsch, KP-Stadtverordneter vor 1933, und Max Holy, den früheren Leiter der bayerischen Roten Hilfe, konzentrierte sich auf die praktische Arbeit in der Stadtregierung, während die Emigrantengruppe um Goldhammer, Ficker, Sepp Wimmer und Sperling sich um die Restauration der KP-Organisation bemühte, wobei insbesondere Goldhammer die Antifa-Block-Konzeption auch für die Landesebene verfocht¹³⁶. An der Schäffer-Regierung erhielten sie jedoch keinen Anteil¹³⁶.

Auch die SPD-Genossen kamen bald im Frühsommer 1945 wieder in parteibewußten Kontakt. Sie sammelten sich um Albert Rosshaupter, den Arbeitsminister, Wilhelm Hoegner, der im Juni aus der Schweizer Emigration heimgekehrt war, um Thomas Wimmer, Seifried und Schiefer, der insbesondere die Restauration der Gewerkschaften mit Eifer und bald auch mit MG-Unterstützung betrieb¹³⁷. Während die KP zunächst von München aus begann, scheint die SPD-Organisation auch auf dem Lande sich bald wiederbelebt zu haben. Wimmer wußte schon Ende Mai von der Existenz und Bereitschaft führender Genossen in zahlreichen bayerischen Städten¹³⁸.

Der Wille, die Spaltung der Arbeiterbewegung vor 1933 zu überwinden, schuf in beiden Parteikeimzellen den Wunsch, schon jetzt eine Aktionsgemeinschaft, d. h. gemeinsames Marschieren der getrennten, noch nicht legalen Parteiorganisationen, vorzubereiten. Die Absicht, die Organisationen zu verschmelzen, kam dabei 1945 nirgends zum Ausdruck; im Gegenteil, die Legalisierung sollte einzeln mit doppeltem Druck betrieben werden. Seit Mitte Juni wurden – gewöhnlich in Rosshaupters Ministerium – regelmäßige Besprechungen zwischen den Führern der beiden noch illegalen Parteizirkel abgehalten. Schon beim ersten Treffen „zwischen den Verbindungsleuten der kommunistischen Richtung und der sozialdemokratischen Richtung“ kam man überein, mit aller Kraft die Parteienlegalität zu betreiben und der „diktatorischen Politik der Stellenbesetzung“ der BVP entgegenzutreten. Die KP wollte prüfen, „ob für die in Zukunft von beiden politischen Richtungen einzuschlagende Politik gemeinsame Berührungspunkte gefunden werden könnten“.

¹³⁶ Gespräche mit Georg Fischer, Alfred Kroth und Richard Scheringer im Sommer 1966. Bruno Goldhammer, 1905 in Dresden geboren, war nach seiner Ausbildung als Buchhändler bis 1933 als politischer Redakteur bei der kommunistischen Presse in Sachsen tätig. Nach einem NS-Haftbefehl emigrierte er zuerst in die CSR und später in die Schweiz, wo er mehrfach wegen unerlaubter politischer Tätigkeit inhaftiert war. Seine Konzeption für die KP in Bayern faßte er 1945 in einer Broschüre „Von Jalta bis Potsdam“ zusammen.

¹³⁶ Ob sie sich um eine solche Beteiligung bemüht haben, ist nicht sicher. Schäffer schrieb am 3. 9. 1945 an RMG, die KP sei nicht fähig gewesen, brauchbare Personen zu benennen (Nachlaß Pfeiffer).

¹³⁷ Wilhelm Hoegner, a. a. O., S. 190, und Gespräch mit ihm am 7. 6. 1966.

¹³⁸ Siehe Anm. 96.]

Die SPD begrüßte dies und hoffte auf die vorherige Festlegung eines „gemeinsamen Standpunkts und eine[r] gemeinsame[n] Aktion“, bevor gleichwohl beide „in der Öffentlichkeit getrennt aufträten“¹³⁹.

Die Besprechungen führten schon am 8. 8. 1945 zu einem gemeinsamen Aktionsprogramm¹⁴⁰, das u. a. die restlose Säuberung der Verwaltung und Wirtschaft (!) von aktiven Nazis und die strengste Bestrafung nationalsozialistischer Verbrechen sowie die Enteignung der ‚Nazibonzen‘ und Kriegsverbrecher vorsah. Weitere Hauptprogrammpunkte waren: demokratische Rechte „für das Volk“, „Schutz der Werk tätigen gegen Unternehmerwillkür“, Betriebsräte, Mitbestimmung, Bodenreform, Sozialisierung der lebenswichtigen Betriebe und der Betriebe aktiver Nazis, Wiedergutmachung an den von Hitler unterdrückten Völkern sowie „ehrliche und aufrichtige, von echter Würde getragene Zusammenarbeit mit den Organen der Alliierten, die als Treuhänder der Beschlüsse von Potsdam fungieren“¹⁴¹. Kurz: dieses Programm, das von Rosshaupter, Hoegner, Kröpelin, Hans Schmidt, Roith – alle SPD – und Ficker, Hirsch, Pfaller, Goldhammer – alle KP – unterschrieben wurde, sah Maßnahmen vor, die dem gouvernementalen Kurs der Schäffer-Verwaltung direkt zuwider liefen. Man glaubte, den neuen Aufbau nur durch durchgreifende politische und soziale Reformen „auf dem Weg der radikalen demokratischen Erneuerung Deutschlands“ unter Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten in „solidarischem antifaschistischem Zusammenwirken“ durchführen zu können. Die Diktion in den Verhandlungen der Aktionsgemeinschaft in den folgenden Wochen war weniger verschwommen, bemerkenswert undoktrinär und auf die konkreten Aufgaben des gemeinsamen Aufbaus konzentriert. Beide Arbeiterparteien versprachen sich einen bestimmenden Einfluß und einen Wählerzustrom, der zumindest den von 1932 überstiege. Als die Absicht der Amerikaner, zunächst noch keine Parteien zu lizenzieren, durch die russische Erlaubnis der Parteibildung schon am 10. 6. und angesichts des Potsdamer Abkommens sich nicht aufrechterhalten ließ und die Parteilegalisierung durch eine Erklärung Eisenhowers vom 27. 8. freigegeben wurde, erstrebten sie beide Parteien mit Eifer auf Stadt- und Landesebene. Sie wurde freilich verzögert, da der Parteibildungsvorgang auf der CSU-Seite mehr Zeit in Anspruch nahm. RMG lizenzierte alle drei Parteien erst im Winter und verweigerte damit den Arbeiterparteien die legalen Vorteile des zeitlichen Vorsprungs¹⁴².

¹³⁹ Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD-KPD München, hrsg. v. KP, Landesbezirk Bayern, Manuskriptdruck für den Funktionärsgebrauch, o. O. u. J. (Frühjahr 1946), S. 6f. (im folgenden: „Aktionsgemeinschaft“). Zur Würdigung vgl. Walter Müller (Anm. 133) und Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit, die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964, bes. die S. 24, 96ff., 122f., 174ff. und zum Vergleich ähnliche Gemeinschaften im Ruhrgebiet und im Norden S. 155ff.

¹⁴⁰ Aktionsgemeinschaft, S. 14ff. abgedruckt.

¹⁴¹ Ebenda.

¹⁴² Col. Reese, Verwaltungschef in RMG, ließ nach einer Aktennotiz Pfeiffers vom 14. 5. 1945 Schäffer mitteilen (im Nachlaß Pfeiffer): „Zwar nicht unter dem Druck des russischen Vorgehens, aber doch veranlaßt hierdurch, sehen sich die Amerikaner nun in der Lage, daß sie die Bildung von Parteien und die politische Tätigkeit früher werden zulassen müssen, als

Frühe Versuche, mit „der BVP“ auf der Basis des Programms der Aktionsgemeinschaft eine Plattformvereinbarung im Sinne der Antifa-Block-Bildung zu treffen, kamen über zaghafte Ansätze trotz wohlwollenden Interesses z. B. von seiten Scharnagls und des Stadtpfarrers Muhler nicht hinaus¹⁴³. Die BVP-Vertreter bestanden darauf, sie könnten nur als „Persönlichkeiten“¹⁴⁴ sprechen; mit demselben Argument, daß nur „Persönlichkeiten“ das Aktionsgemeinschaftsprogramm unterschrieben hätten, zog sich die SPD nach der Bildung der Hoegner-Regierung trotz personeller Kontinuität schrittweise aus der Aktionsgemeinschaft zurück.

Die zögernde Haltung der ‚BVP‘-Vertreter hieß jedoch keineswegs, daß sich die in der Gründung befindliche christliche Partei einhellig hinter Schäffers bayerisches Experiment gestellt hätte. Ausgehend von derselben Befürchtung eines ‚Linksrutschs‘, einer Bolschewisierung der durch Krieg, Vertreibung und Entnazifizierung „Exproprierten“ (Josef Müller), kam jene Richtung, die man später den „linken Flügel“ der CSU nannte, zu dem entgegengesetzten Ergebnis: man müsse mit allen Mitteln die Bildung einer starken Sammelpartei auf dem Boden der christlichen Weltanschauung ohne soziale oder konfessionelle Schranken als Bollwerk betreiben. Die BVP habe wie alle traditionellen Parteien 1933 versagt; es bestehe keine Chance, sie nun aus ihren partikularistischen, bürgerlichen und konfessionellen Traditionen zu befreien. Allein die „Weltanschauungen“, nämlich Christentum und Kommunismus, hätten sich gegen den Nationalsozialismus bewährt. Deshalb müsse etwas ganz Neues geschaffen werden. Josef Müller¹⁴⁵ und Adam Stegerwald¹⁴⁶, sie ursprünglich geplant hätten. Doch wolle er für München und Bayern trotzdem die Erlaubnis noch etwas zurückhalten.“

¹⁴³ Scharnagl (Aktionsgemeinschaft S. 18f.) soll Stadtradt Hirsch (KPD) gegenüber erklärt haben, er sei zwar gegen die Zulassung der Parteien, aber nachdem dies nun (im August) nicht mehr zu verhindern sei, betrachte er die Vereinbarung der Aktionsgemeinschaft als eine brauchbare Plattform. Dies wurde in einem Brief Scharnagls bestätigt, der in der Sitzung vom 4. 9. verlesen wurde (Aktionsgemeinschaft, S. 23).

¹⁴⁴ Sitzungen der Aktionsgemeinschaft vom 22. 7. 1945 mit Stadtpfarrer Muhler, dem Arzt Bauer, und den beiden BVP-MdRs Helmerich und Schwarzer, und vom 4. 9. 1945 mit weniger prominenten BVP-Gästen.

¹⁴⁵ Aktennotiz (Josef Müller), undatiert im Akt „Schäffer“, und Niederschriften: Christlich-Soziale Union, Leitgedanken für die Bildung und den Aufbau, undatiert, wahrscheinlich nach Diktaten Josef Müllers, beide aus dem Spätsommer 1945 (im Archiv Josef Müller). Eine Biographie Josef Müllers fehlt bislang. Der „Ochsensepp“ wurde 1898 als Sohn eines nordbayerischen Bauern („15 Kilometer von der preußischen Grenze“) geboren. Als CVer studierte er die Rechte, war dann in München als Rechtsanwalt tätig und gehörte zu dem Freundeskreis des Ministerpräsidenten Held. Im Zweiten Weltkrieg fungierte Josef Müller für den Widerstandskreis in der Abwehr als Verbindungsmann zum Heiligen Stuhl. Er wurde von der Gestapo verhaftet und durch verschiedene Gefängnisse und Konzentrationslager geschleift und schließlich aus einem norditalienischen Lager von US-Truppen befreit. Über Neapel und Frankfurt kam er im Juli 1945 nach München zurück und erfreute sich guter Kontakte zu hohen US-Offizieren.

¹⁴⁶ Adam Stegerwald, *Wo stehen wir?, ders., Wohin gehen wir?, ders., Von deutscher Zukunft*, alle drei Broschüren Würzburg 1946. Das Material des Stegerwald-Archivs ist aufgearbeitet in: Helmut J. Schorr, *Adam Stegerwald*, Recklinghausen 1966, insbesondere ab S. 282 (für die Nachkriegszeit). Zur Gründungsgeschichte der CSU: Walter Berberich, *Die*

die Führer dieser Richtung, teilten also Schäffers Lagebeurteilung, daß ein Linksrutsch drohe, sowie sein Ziel: Bayern zum Ordnungsbollwerk gegen diese Gefahr zu machen; allein über die Methode zu diesem Zweck waren sie völlig anderer Ansicht: die proletarisierten Massen sollten in der religiösen Erweckungsstimmung von 1945 organisiert und überzeugt und zu einem neuen sozialen Ansatz christlicher Politik geführt werden. Man war sich hier im klaren, daß das langfristige Ziel der Amerikaner nur die Einrichtung einer parlamentarischen Demokratie sein konnte. Sich nicht mit der BVP zu identifizieren, hieß freilich für Josef Müller nicht, ihr Erbe auszuschlagen oder auf die Möglichkeit zu verzichten, über die Kanzeln zu wirken.

Schließlich setzte das Kriegsende aber nicht nur modifizierte Neuansätze Weimarer Parteien frei, sondern alle erdenklichen Alternativen zum Nationalsozialismus: in Bayern waren dies vor allem noch die Monarchie, der Partikularismus, sowie die konzeptionslose Demagogie (dies eher eine Parallele zum NS). Der Versuch, der Last der jüngsten Vergangenheit geographisch zu entkommen, wie er sich in den Sezessionsbestrebungen vor allem in der französischen Zone und an der deutschen Nordgrenze zeigte, der aber allein den Österreichern gelang, spielte in Bayern deshalb nur eine untergeordnete Rolle¹⁴⁷, weil sein Grundgedanke in den partikularistischen Neigungen mitschwang.

Die demagogische Alternative oder Parallele verkörperte sich in Alfred Loritz und seinem Wählerfang aus Machttrieb. Loritz, der seinen Widerstand gegen das Dritte Reich nie recht von seiner Tätigkeit für die Geheimdienste wahrscheinlich dreier ausländischer Mächte zu trennen gewußt hatte, sammelte im Sommer 1945 in verschiedenen Zirkeln von Desperados Erfahrungen, die ihn dann im Herbst zur Gründung seiner „Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung“ veranlaßten. Da seine politische Tätigkeit notwendig mit der Möglichkeit legaler Massenversammlungen zusammenhing, war er 1945 in Bayern nur durch seine geheimdienstliche Wendigkeit wichtig. Die monarchistische Alternative war aus der Natur der Sache organisatorisch sehr zähflüssig und kam erst im Frühjahr zu einer gewissen Gestalt. Sie hätte auch 1945 schwerlich einen Ansatzpunkt gefunden, um sich wegen eines unversöhnlichen Gegensatzes zur Schäffer-Regierung zu organisieren¹⁴⁸. Die partiku-

historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundespolitik, Phil. Diss., Würzburg 1965. Berberich beschreibt mit besonderer Hingabe die Gefechte der CSU-Führungscliquen und überschätzt die Bedeutung Stegerwalds. Zu dem „Neuen“, was zu schaffen sei, vgl. vor allem die undeutlichen Konturen des Demokratiebegriffs bei dieser Gruppe. Stegerwald z. B. konnte in bezeichnender, auf die Kriegsgeneration gemünzter Verwaschenheit sagen: „Demokratie ist kameradschaftlicher Verkehr von Mensch zu Mensch.“ (Wo stehen wir?, a. a. O., S. 24).

¹⁴⁷ Immerhin gab es an der Südgrenze 1946 Versuche, sich zum glücklichen Österreich zu schlagen. Im Schwäbischen blühten vereinzelte Hoffnungen, sich zu einem „schwäbisch-alemannischen“ Gemeinwesen der Unschuld an allem Vergangenen zu retten. Fränkische Versuche, eine innerbayerische Föderalisierung durchzusetzen oder sich gar von Altbaiern und dem „Münchener Zentralismus“ zu trennen, entstammen anderen Motiven.

¹⁴⁸ Gessler und Rattenhuber waren erklärte Anhänger der bayer. Monarchie, Schäffer war in den 20er Jahren im „Bayerischen Heimat- und Königsbund“ gewesen. Zur Tradition des bayerischen monarchistischen Widerstandes im Dritten Reich vgl. Donohoe, a. a. O., S. 113–146.

laristische Alternative war durch die ausschließliche Konzentration auf bayerische Verwaltungsangelegenheiten – mit wenigen Ausnahmen wie Pfeiffer und besonders Gessler¹⁴⁹ – in die Regierung integriert. Mit Recht weist Reinhold Maier in seinen Erinnerungen vom Standpunkt gesamtdeutscher Verantwortung aus darauf hin, daß der Separatismus 1945 viel gefährvoller als früher war, weil es nach der Zerschlagung des Reichs „sich nicht um das einfache Wegwollen handelte, sondern um wesentlich mehr, um den höchste Aktivität erfordernden, entschiedenen Willen, wieder zusammenzukommen“¹⁵⁰.

V

Bewogen von „some vague feelings . . . , that it might be useful to have a fresh look at the unexpectedly fast formation of a German Government in that state“¹⁵¹, schickte USFET im Juni 1945 einen Stabsoffizier der Rechtsabteilung der sich eben auflösenden 6. Armeegruppe aus Heidelberg nach Bayern in den Special Branch RMG. Es handelte sich um Ernst Anspach, einen jungen deutschen Emigranten, ehemaligen Sozialdemokraten, Protestanten, Nicht-Bayern und jetzigen US-Staatsbürger. Er fand in München einen ohne Schwung und Koordinierung mit den anderen Fachabteilungen auf verlassenen Posten operierenden Special Branch vor und bekam den Eindruck, daß die Landesregierung die MG in Sachen Entnazifizierung hinters Licht führe. Überdies behagte ihm die Zusammensetzung der Regierung nicht; zwar teilte er die Grundidee, daß die Zeit des deutschen Zusammenbruchs durch eine deutsche Verwaltung unter amerikanischer Regierung sogar vielleicht auf zwei Jahre oder mehr ohne Parteien überbrückt werden solle, aber nicht, um den präsumtiven Linksrutsch abzufangen, sondern um ihn zu realisieren in grundlegenden gesellschaftlichen Reformen ohne Rücksicht auf deren Popularität und in einem langfristigen Reeducation-Programm¹⁵². Er war darin nur ein Beispiel für viele Gleichgesinnte unter den Deutschlandkennern und Emigranten in den mittleren MG-Rängen.

Anspach und einige Mitarbeiter im Special Branch begannen, systematisch Material gegen die Landesregierung zu sammeln, bis ein Minister nach dem anderen unter der Last dieser – übrigens nicht eben wählerisch zusammengetragenen –

¹⁴⁹ Gessler, der sich nach Auskunft Schäffers in den Wochen des Hochsommers mehr aus eigenem Antrieb als im Auftrag stark mit der Stellung der Landesregierung im Verhältnis zum Reich und zur MG befaßte, hat in verschiedenen Denkschriften zur Organisation der bayer. Staatskanzlei (undatiert, unsigniert, im Nachlaß Pfeiffer) seine Stellung als Staatsrat wesentlich „außenpolitisch“ verstanden, womit er an die bayer. Tradition dieses Amtes angeschlossen. Pfeiffer trat dann in seine Fußstapfen.

¹⁵⁰ Reinhold Maier, Grundstein, S. 160.

¹⁵¹ So Anspach in einem Schreiben vom 27. 1. 66; zum folgenden Gespräch mit Anspach im Oktober 1965 und Griffith, a. a. O., S. 59 ff.

¹⁵² Gespräch mit Anspach.

Dossiers seine Stellung verlor¹⁵³. Fischer und Hipp mußten schon bis September zurücktreten (der erste sogar als „mandatory removal“ – die 2. höchste Entnazifizierungsstufe). Der Vorschlag Schäffers, v. Lex zu Fischers Nachfolger als Innenminister zu berufen, wurde von MG abgelehnt¹⁵⁴. Lange und Rattenhuber blieben zwar mit Schäffer im Ministerium, Lange wurde jedoch vorgeworfen, er habe seine Firma durch persönliche Kontakte mit NS-Gauleitern bereichert, Rattenhuber, er habe die ihm befohlenen Entlassungen in seinem Amt nicht vorgenommen. Gegen Schäffer selbst wurden Reden aus der Zeit der Weimarer Republik ausgegraben, in denen er sich abfällig über die Republik geäußert hatte. Auch wurden seine Gespräche mit Nationalsozialisten in der Krise 1932/33 als Förderung des NS interpretiert. Darüber hinaus warf man ihm vor, daß er Gessler, den man für die schwarze Reichswehr (also für „Ungehorsam gegen die Alliierten“) verantwortlich machte, zu seinem Berater gemacht habe. Schließlich habe er, wo immer er konnte, die Entnazifizierungsbefehle sabotiert.

Mit diesen Vorwürfen drang Special Branch jedoch bei seinen Vorgesetzten nicht durch. Anspach reiste daraufhin – ein Gesinnungsgenosse hatte ihm unter einem Vorwand einen Auftrag verschafft – nach Frankfurt und drang dort sogar bis zu Gen. Clarence D. Adcock, Chef des USFET G-5, vor; dieser verwies ihn zwar an seine Vorgesetzten zurück¹⁵⁵, aber sicher hat dieser Vorfall das Mißtrauen in Frankfurt gegenüber den Zuständen in Bayern nicht vermindert.

Der zweite Stoß gegen die Regierung kam wiederum – wie in Aachen – von PWD. Patton hatte auf die Mitarbeit der „Sykewarriors“ (etwa „Psychokrieger“) in seinem Befehlsbereich verzichtet, weil er meinte, selbst genug Informationsquellen in Bayern zu besitzen. Col. Powell vom Hauptquartier der PWD 12. Armee Gruppe sandte zwei seiner Investigatoren am 5. 7. 1945 nach München, um ihm

¹⁵³ Eine Zusammenstellung der Vorwürfe in ergänzter Form findet sich in OMGB an OMGUS, Subj. Fritz Schaeffer, v. 28. 5. 1946. Dieses von Anspach entworfene Schreiben Gen. Mullers führte zu einem politischen Betätigungsverbot für Schäffer, um vorzubeugen, daß er über die Landtagswahlen wieder Ministerpräsident würde. Es enthält außer persönlichen Vorwürfen auch belastendes Material über seine Minister. Schäffer strengte gegen sich selbst ein Entnazifizierungsverfahren an und erhielt den gewünschten Erfolg in der Aufhebung des Betätigungsverbots in einer weitgehend seine eigene Verteidigung rekapitulierenden Einstellungsverfügung des bayerischen Generalklägers vom 17. 11. 1947 (Abschriften beider Dokumente in Griffith Papers).

¹⁵⁴ Im September wurde der bayer. Karrierebeamte Min.Dir. Koch (1881–1954; er war 1929–33 Polizeipräsident von München u. wurde 1934 aus dem Staatsdienst entlassen) als Nachfolger Fischers zum Verwalter des Innenministeriums berufen. Die Regierung Schäffer ist ohne Innenminister geblieben, obwohl sie sich den Aufbau der Verwaltung als Hauptziel vorgenommen hatte. Nachdem auch von Lex abgeschlagen worden war, fühlte Schäffer vor, ob Fischer und Hipp nicht doch bleiben oder von (wahrscheinlich) Stegerwald („ein nord-bayerischer Regierungspräsident“) und Pfeiffer („ein Mann meines Amtes, ehemals führend in der BVP“) ersetzt werden könnten, ohne allerdings Namen zu nennen, um keine weiteren Entlassungen zu provozieren. Für Lange schlug er keine Alternative vor, weil die Vorwürfe gegen diesen grundlos seien (Schäffer an RMG, 3. 9. 1945, Nachlaß Pfeiffer).

¹⁵⁵ Gespräch mit Anspach im Oktober 1965.

das Gegenteil zu beweisen¹⁵⁶. Arthur D. Kahn, ein doktrinärer Verfechter der Kleine-Leute-Politik Roosevelts, die er für Deutschland in antifaschistischen Sozialismus umbog, und Egon Fleck, der 1938 aus Österreich emigriert war, bekamen den Eindruck, daß sich hier eine klerikal-monarchistisch-militaristische Verschwörung zusammenbraue, für deren Zentrum sie den 2. Bürgermeister von München, Anton Stadelmayer, und Schäffer ansahen. Beiden warfen sie vor, Stadt- und Landesverwaltung mit „senilen, sturen Reaktionären“ durchsetzt zu haben. So fanden sie etwa Oberst von Seisser mit 72 Jahren als Polizeipräsidenten, den sie als Mitinitiator des Hitler-Putsches 1923 charakterisierten und als „verkalkten Löwen“ verspotteten¹⁵⁷. In Langes Ministerium fanden sie Wehrwirtschaftsführer, in Rattenhubers Amt „90 Prozent alte Pgs“, und seine angebliche Entschuldigung („Ich wüßte nicht, woher die Stadt das Geld für alle die Pensionen hernehmen sollte, wenn ich sie entließe.“) genügte ihnen begrifflicherweise nicht¹⁵⁸. Dazuhin wollten sie Briefe Faulhabers zur Restauration der bayerischen Monarchie in der Zensur aufgestöbert¹⁵⁹, einen eigenhändigen Persilschein des Erzbischofs für einen Adjutanten des Gauleiters gesehen¹⁶⁰ und von einer Empfehlung des Kardinals gehört haben, man solle Männer einsetzen „mit hoher Moral, mit Positionen im Geschäftsleben, intellektuelle Führertypen, erfahrene Leute, konservativ und verläßlich, welche die speziellen bayerischen Probleme begreifen“¹⁶¹. Der Bericht, den sie über das PWD-Hauptquartier nach oben lieferten, ist nicht bekannt; er dürfte die führenden Offiziere stark an den berüchtigten Aachen-Bericht erinnern haben.

Anspach hatte seine Vorgesetzten, insbesondere den RMG-Verwaltungschef Col. Reese, immer noch nicht von der explosiven Kraft seiner Dossiers überzeugen können und begann nun, deren Inhalt Pressereportern – insbesondere Victor Bernstein von „PM“ – in die Hand zu spielen¹⁶². Die ersten Berichte über Bayern begannen in amerikanischen Zeitungen und Magazinen zu erscheinen. Ihre Schlagzeilen wie „We talk tough, but we act soft“, „The Bavaria Scandal“, „Playing the Vatican's Game in Bavaria“ bis hin zu „How the Nazis stay in“ müssen in den für kritische Äußerungen der US-Öffentlichkeit sehr hellhörigen Ohren Eisenhowers

¹⁵⁶ Es handelt sich um denselben Col. Powell, der auch Padover nach Aachen sandte. Ob es sich bei Kahn u. Fleck um den „SHAEF Investigation Board“ handelt, der laut Dorn (Purge, Kap. VIII, S. 25) von SHAEF wegen der Pressekritik an Bayern eingesetzt wurde, und der am 11. 7. Clay berichtet haben soll, die Schlüsselstellungen seien entnazifiziert, nicht aber die Verwaltungsämter darunter, kann nach dem vorliegenden Material nicht entschieden werden. Zu Powells Kommission: Kahn, a. a. O., S. 94ff. Ihre Informanten in München standen meist links, Kroth, Wimmer und Schiefer gehörten dazu. Kahn war OSS-Agent gewesen und später PWD-, dann ICD-Redakteur. Als solcher rechnete er sich wie Padover zur kämpfenden Truppe und brandmarkte, daß MG deren Kreuzzugsgeist fehle.

¹⁵⁷ Ebenda, S. 102.

¹⁵⁸ Ebenda, S. 104.

¹⁵⁹ Ebenda, S. 108.

¹⁶⁰ Ebenda, S. 102.

¹⁶¹ Ebenda, S. 94.

¹⁶² Gespräch mit Anspach. Vgl. z. B. „PM“ vom 3. 9. 1945.

und Clays geklungen haben, als sie in einer Konferenz vom 27. bis 30. 8. 1945 in Frankfurt Patton klarmachten, daß auch er zu durchgreifender und vollständiger Entnazifizierung verpflichtet sei¹⁶³. Dieser wandte zwar ein, daß damit der Zusammenbruch aller Verwaltung besiegelt sei, fand aber kein Gehör. In einem Brief vom 12. 9. schärfte ihm Eisenhower ausdrücklich noch einmal ein, daß die Diskussion über die Entnazifizierung abgeschlossen sei, und daß er keine Kritik entsprechender Befehle mehr dulden werde¹⁶⁴. Special Branch fühlte sich den Rücken gestärkt; das Entnazifizierungsprogramm konnte nun schärfer angewandt werden. Schäffer bot seinen Rücktritt an, den RMG jedoch ablehnte.

Mittlerweile begann sich auch auf deutscher Seite die Unzufriedenheit mit der Situation der Landesregierung so stark spürbar zu machen, daß der Brückenschlag von der bürgerlichen Seite zur Aktionsgemeinschaft SPD-KPD ernsthafte Formen annahm. In politischen Kreisen zwischen Goldhammer und Josef Müller hielt man Schäffer und die meisten seiner Mitarbeiter für Reaktionäre gegen den Zeitgeist und glaubte, daß das durch die Entnazifizierung entkräftete Instrumentarium des bayerischen Experiments nicht mehr mit den drängenden Problemen der Not angesichts des kommenden Winters fertig werde, von grundsätzlichen Reformen auf lange Sicht nicht zu reden. Darüber hinaus war man der Ansicht, daß Schäffer eine partikularistische Politik treibe, daß er nicht genug den vorläufigen Charakter seiner Regierung betont und damit seine Partei belastet habe, sowie daß es ihm nicht einmal im Ansatz gelungen sei, zu einer Kompetenzabgrenzung mit der MG zu gelangen¹⁶⁵. Man begann sich auf eine Alternativlösung vorzubereiten, und zwar um so mehr, als aus RMG-Gerüchten drangen und sich in einem Fall sogar in die US-Presse verirrten, daß Schäffers Ablösung bevorstehe.

Hinzu kamen persönliche Ambitionen¹⁶⁶. Eine ernsthafte politische Bedeutung hatten sie allein bei Adam Stegerwald, dem Regierungspräsidenten in Würzburg. Er hatte am 21. 8. 1945 in Würzburg in der Rede „Wo stehen wir?“ eine zeitgemäße Neuauflage seiner berühmten Essener Rede von 1920 gegeben, nur daß ihm dieses Mal kein Brüning zur Hand gegangen war. Was blieb, war über seine – schon vorhin skizzierte¹⁶⁷ – politische Konzeption hinaus, ja diese dominierend, ein

¹⁶³ Dorn, Purge, Kap. VIII, S. 23, und Griffith, a. a. O., S. 58 ff.

¹⁶⁴ Teile des Briefes in New York Times vom 26. 9. 1945.

¹⁶⁵ Aktennotiz Josef Müller, undatiert in Akt Schäffer (Archiv Josef Müller), über seine Stellung zur Regierung Schäffer.

¹⁶⁶ Sogar Loritz begann im Herbst Ministerposten feilzubieten. Zeugnisse dazu im Akt „Loritz“ im Archiv Josef Müller.

¹⁶⁷ S. o. Anm. 146. Stegerwald schlug als werbetechnischen Allerweltsnamen „Christlich Soziale Arbeiter- und Bauernpartei“ vor, um beim „ersten Wahlkampf viel Volk hinter sich zu bringen“ (zitiert bei Schorr, a. a. O., S. 288). Unter konsolidierten Verhältnissen könne man dann auf Reichsebene ein anderes Konzept wie „Christliche Demokraten“ übernehmen. Andererseits gab er Josef Müller sofort nach: „Bayer. CSU“ sei vielleicht in Bayern wirksamer. Die andere „Firma“ könne man ja dann im Reich verwenden. Stegerwalds Konzept hatte scharfe antiseparatistische, antiklerikale und gewerkschaftliche Züge. Er erstrebte – u. a. durch das Mehrheitswahlrecht und die Sammlung aller Nichtsozialisten – ein stabiles Parteiensystem aus einer christlichen Brückenpartei, aus Sozialdemokraten und Kommunisten und aus einer

eigensinniges Beharren darauf, daß er schon immer recht gehabt habe, und un-zweideutige Anspielungen, daß ihm nun die Rolle eines *praeceptor Germaniae* zu-fallen müsse. Er fühlte sich in solchen Hoffnungen bestärkt, als bei einer der zahl-losen Befragungen deutscher Politiker durch MG-Offiziere des Hauptquartiers – jener von den Betroffenen fast durchweg weit überschätzten Verbindung von fach-männischer Konsultation mit einer Art Ersatz für Demokratie und *public opinion polls*¹⁶⁸ – dem greisen Herrn, der sich noch einmal in der schwersten Zeit zur Ver-fügung gestellt hatte, höfliche Worte gesagt und wohl auch die Möglichkeit einer Nachfolge Schäffers angedeutet wurde. Am 20. 8. 1945 stellte Stegerwald dies in einem Schreiben an Freunde im Rheinland mit den Worten dar: „Die bayerische Militärregierung wünscht dringend, daß ich das bayerische Ministerpräsidium und von dort aus die politische und geistige Führung Deutschlands so lange übernehme, bis eine Zentralregierung gebildet werden kann.“¹⁶⁹ Als dann aus dem Münchner Posten nichts geworden war, schmälerte dies seine Hoffnungen keineswegs. Am 13. 10. berichtete er: „Als Ende August 1945 im Radio und in der Weltpresse mein Name als künftiger bayerischer Ministerpräsident genannt worden ist, schrieben und besuchten mich neben vielen Katholiken auch Protestanten in großer Zahl und sagten: Das darfst Du nicht machen, auf Dich warten vordringlichere und wich-tigere Aufgaben. Dir obliegt und gelingt als Einzigem der politisch Überlebenden von ehemals die politische Neugruppierung und Umorientierung des deutschen Volkes.“¹⁷⁰ Alle die mit ihm zusammentrafen, ob Freunde wie Josef Müller oder Feinde wie Fritz Schäffer¹⁷¹, bekamen den Eindruck, daß er „etwas werden“ wolle. Mehrfach reiste er nach München, um Kontakte zu pflegen. So kam er eines Tages auch zu Hoegner und bot ihm das Innenministerium an¹⁷²; dieser will zwar abge-lehnt haben, berichtete aber in der Aktionsgemeinschaft, daß ein Mann wie Steger-wald im Volk bekannt und akzeptabel sei. Goldhammer wußte von ähnlichen Kon-taktaufnahmen zu berichten¹⁷³. Stegerwald spielte denn auch eine Rolle in den Verhandlungen um eine neue Regierungsbildung zwischen KPD, SPD und der in Gründung befindlichen CSU für den Fall einer Entlassung oder Politisierung der jetzigen Landesregierung, die seit August von dem Münchner Polizeipräsidenten Pitzer (SPD) gepflogen und seit Anfang September von Josef Müller weitergetrieben

kleinen Rechtspartei (Schorr, a. a. O., S. 290 ff.). Die staatenbündische Lösung der deutschen Frage und eine innerbayerische Föderalisierung tat er auch MG gegenüber als „Kantönigeist“ ab (ebenda, S. 283).

¹⁶⁸ Vgl. dazu die anschauliche Schilderung der Prozedur am Beispiel der Gründung Groß-Hessens in Dorn, Letter to the editor, a. a. O.

¹⁶⁹ Zitiert nach Schorr, a. a. O., S. 289. Vgl. auch Berberich, a. a. O., S. 32 ff.

¹⁷⁰ Stegerwald, *Wohin gehen wir?*, S. 24.

¹⁷¹ Nach mündlichen Auskünften von beiden. Vgl. auch Schäffer, a. a. O., S. 13.

¹⁷² Am 1. 9. 1945. Am nächsten Tag soll Hoegner dasselbe Amt von dem chronisch nach einem Innenminister suchenden Schäffer angeboten worden sein. (Hoegner, *Außenseiter*, S. 194).

¹⁷³ Aktionsgemeinschaft S. 29 (Sitzung vom 18. 9. 1945). Hoegner fügte noch bei, daß Stegerwald dem völlig unbekanntem Josef Müller vorzuziehen sei.

wurden. In der ersten bekannten Ministerliste fungierte Stegerwald als Innenminister, „wenn nicht doch als Ministerpräsident“¹⁷⁴.

Am 7. 9. hatte die erste Besprechung zwischen KPD, SPD und Josef Müller stattgefunden, bei der dieser „den Entwurf eines gemeinsamen Regierungsprogramms des zu bildenden antifaschistischen Blocks“ vortrug. Rosshaupter wies dabei aber sofort darauf hin, daß ein Regierungsblock nur gebildet werden könne, wenn die CSU-Gründung abgeschlossen sei und wenn die Parteien lizenziert worden seien¹⁷⁵. Am 20. 9. war man noch nicht weitergediehen¹⁷⁶. Josef Müller berichtete, es sei ihm vor kurzem ein Ministerposten vom RMG angeboten worden. „Ich habe sofort die Annahme eines Ministerpostens unter der derzeitigen Regierung abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß ich der Auffassung sei, daß es sich zur Zeit nicht um eine Umbildung, sondern um eine Neubildung handelt, und daß nach meiner Auffassung die Militärregierung den Verlauf dieser Besprechungen abwarten sollte, den Ansatzpunkt für eine demokratische Politik.“¹⁷⁷ Müller fuhr aber fort, daß man noch nichts festlegen könne, weil zuerst die CSU mit sich ins reine kommen müsse; dann könne man Programm und Personalien besprechen. Die Parteien müßten sich absprechen, bevor sie Verantwortung übernehmen und die „Notstandsregierung“ Schäffers ablösen könnten. In bezeichnender Frontstellung wies er noch ausdrücklich darauf hin, daß keine Politik betrieben werden solle, „die eine Schwächung der Reichsregierung bedeuten würde“¹⁷⁸.

Die Entwicklung nahm jedoch durch Ereignisse auf amerikanischer Seite eine neue Wendung. Am 22. 9. wurde eine Bestimmung aufgehoben, nach der Presseinterviews mit Truppenkommandeuren die Armeezensur durchlaufen mußten. In dieser vielversprechenden Lage fuhren einige prominente amerikanische Journalisten von Nürnberg, wo sie sich über die Vorbereitungen zum Prozeß informiert hatten, nach Bad Tölz in Pattons Hauptquartier und gewannen ihm für eine informelle Pressekonferenz im Stehen¹⁷⁹. Er hatte sich schon mehrfach als Schlagzeilenproduzent bewährt; dieses Mal befragten sie ihn natürlich über „this Nazi thing“, worin der General nicht zu Unrecht als eigenmächtig und wenig linientreu galt. Als er sogleich wieder auf Verwaltungseffizienz und „nominelle Nazis“ zu sprechen kam, provozierte ihn offenbar ein Reporter: „After all, General, didn't most ordinary Nazis join their Party in about the same way that Americans become Republicans or Democrats?“ – „Yes, that's about it.“ Nach einer der anderen Versionen

¹⁷⁴ Aktennotiz Josef Müller vom 14. 9. (in dessen Archiv). Weiter war vorgesehen: Schäffer (Finanzen), Hoegner (Justiz), der von der KP vorgeschlagene Stadtpfarrer Muhler (Kultur), der Ernährungsdezernent von München Kroth (Landwirtschaft). Das Amt des Ministerpräsidenten war noch offen.

¹⁷⁵ Aktionsgemeinschaft, S. 27 f.

¹⁷⁶ Protokoll der Sitzung vom 20. 9. 1945 im Archiv Josef Müller.

¹⁷⁷ Ebenda.

¹⁷⁸ Ebenda.

¹⁷⁹ Zum Folgenden vgl. insbesondere Griffith, a. a. O., S. 60 ff., der mit den betreffenden Reportern korrespondierte (Antworten in Griffith Papers.); daneben Dorn, *Purge*, Kap. VIII, S. 22; Ayer, a. a. O., S. 247 ff., und Farago, a. a. O., S. 312 ff.

soll Patton gesagt haben: „It is just as if the Democrats at home threw out every Republican who held any kind of civic job or vice versa. Nothing would run.“ Gleichviel: Schlagzeilen in großen US-Zeitungen hießen: US-General vergleicht Nazis mit amerikanischen Parteien. Diesen Vergleich konnte eine amerikanische öffentliche Meinung nicht dulden, die ihren Isolationismus nur im Kreuzzugsgedanken und im Bewußtsein moralischer Superiorität aufzugeben bereit gewesen war. „PM“ bedruckte seine Frontseite mit den schlichten Worten „Patton should be fired“. Und selbst die New York Times, für ihre konservative Bedächtigkeit bekannt, schrieb, wenn Patton das Hauptziel des Krieges, die Entnazifizierung Deutschlands, verächtlich mache, so dürfe er nicht ohne Widerspruch seiner Vorgesetzten bleiben¹⁸⁰.

Er blieb es nicht. Patton wurde von Eisenhowers Stabschef Gen. W. B. Smith aufgefordert, in einer zweiten Pressekonferenz zu widerrufen und Eisenhowers Brief vom 12. 9. zu verlesen. Patton gehorchte, sprach von einem „unglücklichen Vergleich“ und versicherte, die Nazis würden entlassen werden, wenn diese Schwächung der Verwaltung keine Hungersnot mehr zur Folge haben werde. Schließlich könne man einem Mann seinen Parteibeitritt nicht zu sehr vorwerfen, wenn er ihn nur vollzogen habe, um seinen Job zu behalten. Dies hieß, Öl – statt in die Wogen – ins Feuer zu gießen. General Clay ließ daraufhin innerhalb eines Vormittags eine spektakuläre Entnazifizierungsdirektive entwerfen; General Smith gab bekannt, Eisenhower werde durchgreifende Abhilfe schaffen.

Sie war schon eingeleitet. Kurz nachdem Pattons Äußerungen veröffentlicht waren, kam Robert D. Murphy, der Vertreter des State Department in Deutschland und politische Berater Eisenhowers und Clays, von Berlin über Frankfurt in München an. Sein Auftrag läßt sich nur aus seinen Münchner Handlungen erschließen: nach dem Scheitern der Zentralverwaltungen des Kontrollrats legte MG alles Gewicht auf die Lösung der Länderfrage. Da in Bayern anders als in den beiden anderen Ländern die Fragen des Territoriums und der Verwaltungsstruktur schon als abgeschlossen galten, konnte es sich hier nur darum handeln, die Landesregierung durch eine Umbildung für den neuen erweiterten Aufgabenbereich vorzubereiten. Hierzu diene insbesondere die Integration aller politischer Richtungen in der Regierung. Es scheint, daß Murphy dabei nicht an eine Ausschließung Schäffers aus dem Ministerrat gedacht hat¹⁸¹, vielmehr sollte eine zügige Regierungsumbildung den materiellen Vorwürfen gegen Pattons Politik die Spitze abbrechen und von seinen „Schlenkern“ ablenken. Man wird wohl annehmen dürfen, daß Eisenhower seinen militärisch tüchtigsten Mitstreiter retten wollte.

Murphy ließ sich in München die führenden Vertreter aller Parteirichtungen kommen, zuerst Rosshaupter, den er von früher her kannte¹⁸², dann Goldhammer und Josef Müller, und befragte sie über die Möglichkeiten der Regierungsbildung.

¹⁸⁰ Editorials in „PM“ und New York Times vom 24. 9. 1945.

¹⁸¹ Murphy, a. a. O., S. 351.

¹⁸² Murphy war Anfang der zwanziger Jahre US-Konsultssekretär in München gewesen und kannte einen Teil der älteren bayerischen Prominenz.

Daneben besprach er sich auch mit den führenden MG-Offizieren, auch mit Patton, und kam über den ihm befreundeten Anton Pfeiffer auch privat mit Schäffer zusammen¹⁸³.

Als Josef Müller für den 29. 9. zu einer zweiten Besprechung geladen wurde, erkannte er, daß die Sache zu eilen schien, und trommelte am 28. 9. abends eine Versammlung im Rathaus zusammen, in der er die Regierungslinie in Grundzügen festlegen wollte¹⁸⁴. Von der CSU nahmen Scharnagl, Baumgartner und Horlacher, von der SPD Pitzer, Rosshaupter, Wimmer, Herz und Fendt, von der KPD Goldhammer und Kroth, von den Gewerkschaften Erhardt, Krehle und Schiefer teil. Alle Teilnehmer fühlten sich überfahren, insbesondere die Sozialdemokraten, da ihr Führer Hoegner auf einer Dienstreise in Frankfurt weilte und ihnen ohne ihn ein Entschluß unmöglich war.

Rosshaupter berichtete zunächst, daß er niemanden außer Josef Müller und Goldhammer für die Regierung vorgeschlagen habe. Goldhammer vertrat noch einmal die Forderungen der KP, die er auch Murphy vorgetragen hatte, daß nur eine Regierungsbildung nach der Legalisierung der Parteien in Frage komme, daß sie einen Block als Notstandsregierung für längere Zeit und dessen Zuständigkeitsabgrenzung gegenüber der MG verlange, insbesondere, damit dem Block kein zu früher Termin für Wahlen aufoktroiiert werde, der nur einen „gefährlichen Wettbewerb“ innerhalb des Blocks entstehen lassen werde. Müller drängte nun auf die Besprechung des Regierungsprogramms, das er schon am 4. 9. entworfen und in Vorbesprechungen mit einzelnen Mitgliedern der Aktionsgemeinschaft zu einer für alle akzeptablen Plattform zu bilden versucht hatte¹⁸⁵.

In diesem Programm¹⁸⁶ wurde die Schäffer-Regierung als „Notstandsregierung im Auftrage der alliierten Militärregierung“ apostrophiert und ihr die „neue Bayerische Landesregierung . . . als Repräsentantin eines von den demokratischen

¹⁸³ Murphy, S. 331 f., und Schäffer, a. a. O., S. 15.

¹⁸⁴ Protokoll dieser Sitzung im Archiv Josef Müller. Vgl. auch Hoegner, Außenseiter, S. 199.

¹⁸⁵ Z. B. mit Kroth, Goldhammer, Rosshaupter. Personalfragen sollten zunächst nicht diskutiert werden, aber auch dafür hatte Josef Müller bereits einen Vorschlag ausgearbeitet (Regierungsschema im Archiv Josef Müller). Darin war der Ministerpräsident noch unbenannt, aber für die Ressorts des Innern Rosshaupter, der Finanz Schäffer, der Justiz Hoegner, des Kultus Muhler, der Wirtschaft Kroth (mit Staatssekretär Hundhammer!), der Landwirtschaft Baumgartner und des Sozialen Krehle vorgesehen. Ein neu zu schaffendes „Ministerium für den Wiederaufbau und zur Umstellung der Kriegs- in Friedenswirtschaft“ war noch unbesetzt, für das „Staatsministerium zur Pflege zwischenstaatlicher Beziehungen“, das nach bayerischer Tradition besonders eng dem Ministerpräsidenten zugeordnet sein sollte, war als Staatssekretär der letzte deutsche Botschafter in USA vor 1935 Freiherr von Prittwitz und Gaffron, ein enger Vertrauter Müllers, vorgesehen.

Nach Mitteilung Josef Müllers habe er nicht nach dem Ministerpräsidium gestrebt; es sei vielmehr sein Wille gewesen, die CSU aufzubauen und zu leiten, wozu Schäffers Bindung in der Regierungsverantwortung ihm nur von Nutzen gewesen sei. Ähnlich argumentiert Goldhammer heute für seine Person (Schreiben vom 23. 2. 1966). In beiden Äußerungen spiegelt sich noch deutlich die Regierungsunwilligkeit der Weimarer Parteien.

¹⁸⁶ Abschriften (undatiert, unsigned; mehrere Fassungen mit leichten Abwandlungen) in Archiv Josef Müller.

Kräften getragenen Aufbaublockes“ gegenübergestellt, in deren Zusammensetzung „dem Willen der Bevölkerung . . ., wie er in den Besprechungen der letzten Zeit über die Bildung politischer Parteien seinen Ausdruck gefunden hat“, Rechnung getragen werde. Die Allgegenwart der MG wurde mit den Worten zu beschränken versucht, daß sie den „Rahmen, innerhalb dessen die Regierung handeln kann,“ bestimmen solle, daß andererseits aber die Landesregierung bei loyaler Zusammenarbeit „die Interessen der deutschen Bevölkerung in freimütiger Aufrichtigkeit vertreten“ werde. Es wurde versichert, die Regierung werde „tätigen Anteil nehmen an dem Wiederaufbau des Reiches, der Bedeutung entsprechend, die dem Land Bayern bei der Neugestaltung des Reiches zukommt“. Im Zusammenhang mit der Restauration der Währung wurde noch einmal die Reichszuständigkeit unterstrichen und für die Volkswirtschaft die Notwendigkeit des „Austausches mit anderen deutschen Wirtschaftsräumen“ betont. Weitere charakteristische Züge des Programms waren die Forderung nach einer staatlichen Personalpolitik, bei der „ausschließlich die persönliche Eignung den Ausschlag“ geben solle, eine einheitliche, gerechte und möglichst bald zu beendigende Entnazifizierung, die die Wiedereinschaltung der Entlassenen „in die aufbauende Arbeit“ an geeigneter Stelle mitumfassen müsse, weiter die Forderung nach der Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse und der Vertragstreue, insbesondere in der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche¹⁸⁷, sowie des Elternrechts in der Schulerziehung. Angestrebt werden sollte die Förderung der Gewerkschaften „als Sachwalter der Arbeiterschaft“, die Freiheit der Presse, „Hilfe“ für die vom Nationalsozialismus Verfolgten und eine breite Beteiligung des Volkes im Rahmen der Selbstverwaltungskörperschaften. Die staatliche Lenkung der Wirtschaft wurde auf die „Wiederaufbauperiode“ beschränkt und daneben „der Privatinitiative weitester Raum gelassen“. Notmaßnahmen auf dem Wohnungs-, Flüchtlings- und Rentensektor wurden angekündigt.

In der Diskussion des von Josef Müller entwickelten Programms wurde zunächst von allen Seiten, insbesondere von Scharnagl (er habe von dem Programm noch keine Ahnung gehabt), von Wimmer (so schnell gehe das nicht, ohne Hoegner) und von Goldhammer (seit Monaten kämpfe die Aktionsgemeinschaft um bürgerliche Beteiligung; jetzt könnten ohne Rücksprache mit der Partei nicht plötzlich „Vorentscheidungen“ getroffen werden), eine bindende Zusage abgelehnt. Immerhin stimmten mit Müller Wimmer und Goldhammer in dem Gedanken der „Blockbildung“ überein, wozu der letzte noch hinzufügte, daß er auch sonst keine großen Änderungswünsche zu haben verspreche, wenn man ihm nur Zeit lasse. Die Diskussion biß sich dann bezeichnender Weise an der Frage der Währungssanierung fest, wobei die Bürgermeister Scharnagl und Wimmer aus ihrer Verwaltungserfahrung der letzten Monate einwandten, daß mit Hinweisen auf die Reichszuständigkeit nichts getan sei, wenn die Sparkassen schlossen, weil kein Geld mehr da sei. Man kam aber zu keinem Ergebnis und vertagte sich bis zum 3. 10., bis dahin wollten die Arbeiterparteien auf der Grundlage des vorgeschlagenen Programms eine

¹⁸⁷ Dies die Umschreibung für die Forderung nach Weitergeltung des Konkordats.

Klärung herbeigeführt haben. Müller solle einstweilen den grundsätzlichen gemeinsamen Willen zur Blockbildung nach der Legalisierung der Parteien in seiner Besprechung mit Murphy zum Ausdruck bringen, die auf den nächsten Nachmittag festgesetzt war. Während die Sitzung sich um 20 Uhr auflöste, wurde in RMG bereits das Ernennungsschreiben für den neuen bayerischen Ministerpräsidenten getippt, das noch am selben Abend übergeben werden sollte. Sein Empfänger hatte an der Sitzung im Rathaus nicht teilgenommen. Der Auftrag Murphys und die Bemühungen Josef Müllers waren damit gescheitert.

Denn nicht nur Clay hatte nach dem Patton-Interview seinen politischen Berater nach München entsandt, sondern auch Gen. Adcock hatte am 23. 9. seinen persönlichen Berater Prof. Walter L. Dorn in gleicher Mission nach Bayern geschickt, worin man wohl u. a. auch eine späte Auswirkung des oben erwähnten Anspachschen Alleingangs erblicken darf. Im Unterschied zu Murphy sollte Dorn nämlich nur eine durchgreifende Untersuchung des bayerischen Engpasses in der Entnazifizierungsfrage anstellen; ähnlich war er zuvor in Hessen zur Erkundung der territorialen Frage eingesetzt gewesen¹⁸⁸. Es handelte sich bei der Entsendung der beiden Beauftragten sichtlich um einen Mangel an Koordination zwischen den beiden noch rivalisierenden Hauptquartieren in Frankfurt und Berlin, der durch die unterschiedliche politische Einstellung mehr der Beauftragten als der Auftraggeber zu weitreichenden Wirkungen führte. Dorn, freidenkerischer Sohn eines deutschstämmigen lutherischen Pastors aus Ohio¹⁸⁹ und Geschichtspräsident an der Ohio State University, und sein Begleiter Howard Becker, ein bekannter Soziologe, waren beide führende Mitarbeiter der OSS gewesen, Dorn zeitweilig als Leiter der Forschungsabteilung für Deutschland. Er betrachtete sich selbst als einen „Jeffersonian“ und war 1945 überzeugt, daß MG vor allem mit der deutschen Arbeiterbewegung als der stärksten antifaschistischen Gruppe im Lande zusammenarbeiten solle¹⁹⁰.

Er begab sich in München zu Col. Dalferes, dem Chef des RMG, und unterrichtete ihn von seiner Mission; sodann suchte er die Special Investigation Section auf, eine Spezialabteilung des Special Branch, wo ihm nur zu gerne die Dossiers über bayerische Minister und ihre Behörden gezeigt wurden, denn Dalferes hatte Anspach jede weitere Untersuchung verboten¹⁹¹. Daneben fand Dorn in Wimmer und Goldhammer bereitwillige Informationsquellen; bei einer Aussprache mit Schäffer über die Vorwürfe gegen seine Verwaltung bekam er den Eindruck, daß dessen Überhöflichkeit nicht zu trauen war¹⁹². Im übrigen stellte er die schon erwähnten Vorwürfe

¹⁸⁸ Vgl. Dorn, *Purge*, Kap. VIII, S. 23 ff. als Grundlage zu dem folgenden Bericht.

¹⁸⁹ Dorn wurde von seinen deutschen Gesprächspartnern allgemein für einen Emigranten gehalten.

¹⁹⁰ Vgl. zu dieser Selbstinterpretation Schreiben Dorn an Hoegner vom 5. 2. 1960 (im IfZG). Laut Kahn, a. a. O., S. 195, bezeichnete Dorn auf einer Pressekonferenz in Wiesbaden im September 1945 die Kommunisten als die „verlässlichsten Anti-Nazis“.

¹⁹¹ Dies war eine Art Disziplinarmaßnahme, weil es ruchbar geworden war, daß Anspach eine seiner Denkschriften „PM“ in die Hände gespielt hatte. Die angedrohte kriegsgerichtliche Verfolgung ging dann im Strudel des Patton-Skandals unter (Gespräch mit Anspach).

¹⁹² Dorn an Hoegner, 5. 2. 1960.

des reaktionären und widersetzlichen Charakters der Minister und der mangelnden Entnazifizierung in ihren Behörden, insbesondere im Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft als dem Erben des Reichsnährstandes, zusammen¹⁹³. Dabei ist fraglich, ob nach der Intensivierung der Entnazifizierung in den letzten Wochen alle diese Vorwürfe noch aktuell waren.

Auch mit Murphy traf Dorn zusammen, verhehlte ihm aber seine Mission, weil er führende Kreise in der RMG für die beanstandeten Mängel für mitverantwortlich hielt und glaubte, daß der allseits als konservativ, katholisch, verbindlich und kompromißbereit bekannte Diplomat, der obendrein mit Pfeiffer, einem engen Mitarbeiter Schäffers, befreundet war, seinen Untersuchungsergebnissen die Spitze abbrechen würde. Denn im Unterschied zu Dorn hatte Murphy Handlungsvollmacht¹⁹⁴. Am Ende seines Besuches setzte Dorn Dalferes von seinen Ergebnissen in Kenntnis – der sie fernmündlich an Patton weitergab – und reiste nach Frankfurt zurück.

Auf 28. 9. 1945 hatte Eisenhower Patton nach Frankfurt befohlen, augenscheinlich zu einer Art Disziplinaruntersuchung. Dorn hatte mittlerweile seinen Bericht auch an Gen. Adcock erstattet, der dessen Konzentrat über Gen. Smith an Eisenhower weiterreichte. Daraufhin wurden Adcock und Dorn überraschend zu der auf 4 Uhr 30 angesetzten Konferenz zugezogen. Ein Protokoll der Sitzung gibt es nicht, aber Dorn hat über sie berichtet¹⁹⁵.

Dorn mußte zunächst wiederum seinen Bericht geben, wobei Patton ihm von Zeit zu Zeit zugestimmt haben soll. Eisenhower: Warum Dorn seine Ergebnisse nicht an Patton weitergegeben habe? – Dies sei via Dalferes doch geschehen. – Wie habe Dorn, „ein Zivilist“, herausfinden können, was die Armee nicht entdeckt habe: „die Wahrheit über die Schäffer-Regierung“? Adcock verteidigte seinen Berater: dazu habe er ihn ja beauftragt. Ob das Landwirtschaftsamt noch arbeiten könne, wenn plötzlich 16 Personen in Schlüsselpositionen entlassen würden, fragte Eisenhower. Dorn bejahte, kein Mensch sei unersetzbar: „administrative capacity and knowledge of food collection and food distribution [is] no monopoly of any 16 individuals, however expert they might be“. Plötzlich sei Eisenhower von einem heiligen Zorn befallen worden: „was zum Teufel“ die amerikanische Armee überhaupt in Deutschland zu suchen habe, wenn nicht die Entnazifizierung der deutschen Regierung und Verwaltung. Die Russen brächten die führenden Nazis einfach um und US-MG behielte einige von ihnen sogar im Amt. Er erging sich dann des längeren mit wachsendem Engagement über die Tausende von Soldaten, die er in ihren sicheren Tod habe schicken müssen, um dieses schmutzige und unmenschliche Ding namens Nationalsozialismus zu zerstören. Auf die abschließende Frage,

¹⁹³ Details hierzu in Dorns Notizbuch „Dr. Lange . . .“ (Dorn Papers).

¹⁹⁴ Dorn an Hoegner, 5. 2. 1960, mit recht abfälligen Bemerkungen über Murphy (Mangel an Einblick in die bayerischen Verhältnisse). Umgekehrt Murphy, a. a. O., S. 331: „A subordinate Civil Affairs officer, who had been recruited from the history department of an American college, was convinced, that Bavaria should be governed by Social Democrats . . .“ (Murphy glaubte allerdings, es habe sich um Padover gehandelt, als er aus dem Gedächtnis seine Memoiren schrieb, Gespräch mit Murphy im Oktober 1965).

¹⁹⁵ Dorn, *Purge*, Kap. VIII, S. 27 ff.

wer die volle Verantwortung für die Versäumnisse trage, gab Dorn Dalferes und Reese an.

Darauf habe Eisenhower entschieden, daß Schäffer – der eigentlich für seine Obstruktion der MG-Befehle „ins Gefängnis geworfen“ gehöre – und die Minister, die mit ihm bei den Verzögerungs- und Umgehungstaktiken der Entnazifizierung zusammengearbeitet hätten, sofort zu entlassen seien. Auf die Frage nach einem Ersatzmann, der „verlässlich genug sei, die MG-Befehle auszuführen“, nannte Dorn Wilhelm Hoegner, will aber darauf hingewiesen haben, daß er entgegen der katholischen Mehrheit Bayerns Sozialdemokrat sei. Eisenhower: „Es ist mir egal, was für eine politische Mehrheit Bayern hat, solange unsere MG-Befehle gehorsam ausgeführt werden.“ Patton solle sich den Namen aufschreiben, Dorn mußte buchstabieren. Patton wollte gleich das ganze Ministerium wissen, aber Adcock gebot Dorn Einhalt: Hoegner solle sich seine Regierung selbst bilden können. Nach der Sitzung nahm Eisenhower Patton am Arm und führte ihn zu den vor dem Raum wartenden Pressevertretern: „General Patton und ich bleiben die besten Freunde.“ Die Perspektive Pattons aber dürfte jener Beobachter besser getroffen haben, der glaubte, damit sei die Freundschaft der beiden „on the rocks“¹⁹⁶.

Patton telephonierte noch von Frankfurt aus Entlassung und Ernennung an Dalferes, der die Betroffenen noch am selben Abend in die RMG kommen ließ. In einer Zeremonie, die für die damaligen Umgangsformen zwischen MG und deutschen Regierungsstellen nicht untypisch ist, händigte er ihnen – den Stahlhelm auf dem Kopf, von MP umstellt, ohne überflüssige Silben, im Stehen – ihre Entlassungs- bzw. Ernennungsschreiben aus¹⁹⁷. Schäffer, Rattenhuber und Lange durften ihre Amtsräume nicht mehr betreten. Hoegner, der am selben Abend von Verhandlungen über die Reorganisation der Landesjustizverwaltungen von Frankfurt gekommen war und bei seiner Eskortierung ins RMG meinte, es gehe wegen irgendeines Mißverständnisses ins Gefängnis, war über seine Ernennung so erstaunt, daß er, als er gefragt wurde, ob er noch etwas zu sagen habe, verzichtete. Tags darauf milderte der überrumpelte Murphy die Entlassungen in Rücktritte, um damit den Ministern die Gefährdung ihrer bürgerlichen Existenz zu ersparen¹⁹⁸. Erst als er nach Berlin kam, erfuhr er überhaupt, was sich ereignet hatte¹⁹⁹.

Drei Tage später verkündete USFET die Ablösung Pattons von seinem Kommando als Chef der 3. Armee und Militärgouverneur Bayerns. Gleichzeitig wurde er zum

¹⁹⁶ So William Bancroft Mellor, Patton, *Fighting Man*, New York 1946; seine Version des ‚Patton incident‘ S. 234ff.

¹⁹⁷ Schilderung der „shakespeareschen Szene“ bei Hoegner, Außenseiter, S. 200. Die Begründung der Absetzung Schäffers, die Hoegner, S. 201, mit einer eidesstattlichen Erklärung über eine Denunziation Schäffers aus CSU-Kreisen untermauern will, ist ein Beweis für die Existenz solcher Denunziationen, nicht aber für die Gründe der Absetzung. Auf Einspruch seines Freundes Dorn hat sich Hoegner korrigiert in: Wilhelm Hoegner, *Die bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit (1945–65)*, Heft 2 der Historisch-Politischen Schriftenreihe des Neuen Presseclubs München, München o. J., S. 4f.

¹⁹⁸ Schäffer, a. a. O., S. 16, und Gespräch mit Murphy im Oktober 1966.

¹⁹⁹ Murphy, a. a. O., S. 331.

Kommandeur der 15. Armee („typewriter Army“), einem Stab von Armeehistorikern in Bad Nauheim, ernannt. Sein Nachfolger wurde Lt.Gen. Lucian T. Truscott Jr. als Chef der 3. Armee. Col. Reese blieb auf seinem Posten, Col. Dalferes wurde vom Leiter des RMG zurückgestuft zum stellvertretenden Direktor der neu als Office of Military Government of Bavaria (OMGB) firmierenden RMG, die damit der OMGUS-Struktur angepaßt wurde. Gen. Patton hatte die volle Verantwortung für die Handlungen seiner Untergebenen übernommen. Als Chef von OMGB wurde Pattons G-4 Brig.Gen. Walter J. Muller berufen, der den Nachschub der 3. Armee organisiert hatte²⁰⁰.

VI

Die Bedeutung dieses Revirements für die Regierungsmaschinerie in der amerikanischen Zone „kann schwerlich übertrieben werden“ (Dorn).

In dem Augenblick, als MG begann, die deutsche Verwaltung zu politisieren und die Länder regierungsfähig zu machen, wurde der einzige schon eingesetzte Ministerpräsident in einer durch öffentlichen Skandal an die oberste Spitze des Besatzungsapparats verschobenen Entscheidung abgesetzt, nicht weil er ein „Nazi“ gewesen wäre, sondern weil er sich in die Befehlsstruktur der eben zu Ende gehenden Phase der Armeeverwaltung nicht hinreichend reibungslos eingepaßt und auf deren innere Spannungen eingestellt hatte. Sein Nachfolger wurde just nach diesem, also nicht nach einem politischen Kriterium ausgesucht. Der Regierungsauftrag erreichte Hoegner, weil er im Schweizer Exil als Kontaktmann der OSS zu sozialistischen Kreisen fungiert hatte, und weil Dorn als ehemaligem OSS-Deutschlandspezialisten, der rein zufällig über Hoegners Ernennung zu befinden hatte, dessen „anti-Nazi record“ und Verlässlichkeit bekannt waren. Zwar waren beide später befreundet, vor diesem Zeitpunkt kannten sie sich jedoch nicht persönlich²⁰¹.

Durch den Mangel an Koordination und das ungebändigte Sonderbeauftragtenwesen der frühen Besatzungszeit wurde zugleich der einzige, schon über bloße Ansätze hinaus gediehene Versuch erstickt, in der amerikanischen Zone einen von den Parteien her konzipierten politischen Aufbaublock zu bilden. Die „Block“-Konzeption hätte freilich ebensowenig wie die uneingestandene Politik eines bayerischen „Oberpräsidenten“ in den Regierungsmechanismus Clays gepaßt, der weder eine autoritäre Verwaltung noch eine nicht durch Wahlen legitimierte Reformherrschaft von Parteiführern anstrebte, sondern – zunächst in den Ländern – Verfassungen einrichten wollte. Innerhalb konstitutioneller Schranken, über deren Gestalt und Kontrolle die Besatzungsmacht sich das letzte Wort vorbehielt, könnte sich

²⁰⁰ Aus dem vorliegenden Material ist nicht zu entscheiden, wann und auf welcher Ebene über die Entbindung Pattons vom Kommando seiner Armee entschieden wurde. Patton hat sie persönlich sehr schwer genommen. Am 5. 10. 1945 schrieb er „My head is bloody but unbowed“ und an seine Frau, er sei „terribly hurt“ (Semmes, a. a. O., S. 284f.). Zwei Monate später kam er bei einem Verkehrsunfall in der Nähe von Heidelberg ums Leben.

²⁰¹ Gespräch mit Wilhelm Hoegner am 7. 6. 66. Vgl. Hoegner, Außenseiter, S. 165 ff. und Allen Welsh Dulles, *Germany's Underground*, New York 1947, S. 102.

dann Schritt für Schritt eine deutsche aus Wahlen legitimierte Selbstregierung entwickeln. Für die Übergangszeit bis dahin, also vom Herbst 1945 bis Ende 1946, wurde die deutsche Mitwirkung an der Verwaltung, Regierung und Verfassungsgebung gleichwohl dringend benötigt, schon wegen der Knappheit geeigneten Personals auf alliierter Seite.

Die im September 1945 eingesetzten Regierungen befanden sich deshalb verfassungsmäßig in einem eigentümlichen Schwebezustand: auf der einen Seite wurden ihnen oft gegen ihren Willen Kompetenzen zugestanden und war es erwünscht, daß sie als deutsche Notstandsregierungen alle organisierten politischen Richtungen integrierten. Auf der anderen Seite wurden diese Kompetenzen nur insofern erteilt, als sie zu Maßnahmen benutzt wurden, die mit der Politik der MG konform gingen (dies war die praktische Bedeutung des Begriffs „Kontrolle“). Die Schäffer-Regierung wäre zu diesem Zweck durch ihre Abwehr der Organe der politischen Willensbildung zu sehr bloßes – und nicht einmal funktionierendes – Werkzeug der Besatzung gewesen und hätte durch ihre Einseitigkeit starke Opposition auf deutscher Seite erzeugt. Die Blockregierung, die wohl als solche von Murphy weder erkannt noch intendiert wurde, hätte sich zu sehr auf den „Willen der Bevölkerung . . . , wie er in den Besprechungen . . . über die Bildung politischer Parteien seinen Ausdruck gefunden hat“²⁰², berufen können. Worauf es OMGUS ankommen mußte, war eine Koalition der lizenzierten Parteien zum Zweck ihrer Teilhabe an der oppositionslosen Ausführung der Besatzungspolitik.

Hoegner konnte diese Aufgabe nicht ganz ausfüllen. Da er von der größten politischen Gruppe des Landes abgelehnt wurde, ähnelte seine Position der Schäffers, jedoch mit umgekehrtem Vorzeichen. Er hat sich aber auch selbst nicht als Repräsentant aller politischen Parteien, sondern eher als kongeniales Ausführungsorgan der Besatzungsmacht verstanden, und insofern versprach seine Regierung von Anfang an mehr Erfolg als die Schäffers. Die Mitarbeit anderer Parteien war ihm zwar wichtig, aber nicht notwendig. Obwohl Vertreter einer Minderheit, akzeptierte er den Regierungsauftrag, ohne seine Ablehnung auch nur zu erwägen. Er betrachtete ihn vielmehr als Bestätigung des Emigranten und ergriff ihn als Chance, zusammen mit MG antinationalsozialistische und föderalistische Reformen in Bayern durchzuführen, die er bei normalen Mehrheitsverhältnissen so nicht erwartete²⁰³.

Seine Regierungsbildung war von Anfang an von zwei Faktoren bestimmt: von der Auflage einer kommunistischen Beteiligung²⁰⁴ und von der Enttäuschung der CSU-Gründungskreise darüber, daß MG „die Linke“ habe ans Ruder kommen lassen.

Die erste Bedingung hat er wohl schärfer aufgefaßt, als sie gemeint war. Die kommunistische Regierungsbeteiligung zerrann bis zu den Landtagswahlen unter amerikanischem und deutschem Druck, wohl auch angesichts des ausgebliebenen

²⁰² Wie Anm. 186.

²⁰³ Gespräch mit Wilhelm Hoegner am 7. 6. 1966.

²⁰⁴ Der Befehl wurde von Dalferes erteilt, später von Murphy eingeschränkt. Vgl. einen ähnlichen Auftrag für die Stuttgarter Regierung bei Maier, Grundstein, S. 207.

Linksrutsches in den Kommunalwahlen Anfang 1946. Die CSU als Partei beteiligte sich am Kabinett Hoegner nicht; nach Kämpfen wurde es jedoch „Persönlichkeiten“ freigestellt, als Fachleute in die Regierung zu gehen. Es ist für die Sammelpartei dabei bezeichnend, daß es Hoegner dennoch gelang, zwei Richtungen aus ihr für seine Regierung abzuzweigen: die Gewerkschaftler und einen Teil der Bauern einerseits (Krehle, Helmerich, Baumgartner) und die föderalistischen Gouvernentalen andererseits (Ehard, Pfeiffer). Darüber hinaus wurde durch den Regierungswechsel eine weitere Dissonanz in die CSU hineingetragen: Fritz Schäffer war nach dem Verlust seines Amtes nicht mehr aus der Parteipolitik verbannt. Da er seinen Sturz innerparteilicher Konspiration zuschrieb²⁰⁵, organisierte er die Opposition in der Sammlungsbewegung gegen Josef Müller²⁰⁶, den er als homo novus empfand, der ihm sein Erbe als BVP-Führer streitig gemacht hatte²⁰⁷. Das Ergebnis seiner Anstrengungen war das, was man später den Hundhammer-Flügel der CSU genannt hat. Unter diesen Bedingungen war Hoegners Experiment eines simulierten Allparteienkabinetts schweren Belastungen ausgesetzt.

Durchschlagender waren die Wirkungen noch auf amerikanischer Seite. Das abschreckende Beispiel Pattons, das der weitesten Publizität ausgesetzt war, verhalf der Entnazifizierung zum Durchbruch und erstickte alle Kritik, insbesondere jene aus der Truppe, die gleichzeitig ihre MG-Zuständigkeit weitgehend einbüßte. Knappen beobachtete, daß die Entlassung Pattons „produced among the remaining high ranking officers an attitude verging in hysteria where denazification problems are concerned“²⁰⁸. Dies war um so merkwürdiger, als dieses Programm gerade dabei war, in die Sackgasse einer immer radikaleren Entleerung des öffentlichen Lebens von allen Fachkräften zu laufen, ohne daß Ersatz beschafft worden wäre²⁰⁹.

Der Fall Pattons brach zugleich den Widerstand der Armee gegen die Gleichschaltung der MG unter OMGUS-Berlin. Im Zuge der Schaffung der Länder durch Proclamation Nr. 2²¹⁰ wurde nun auch die letzte Naht zwischen MG und der Armee

²⁰⁵ Zwar hat es solche Bestrebungen sicher gegeben, sie waren jedoch nicht effektiv. Vgl. Anm. 197 und das Zeugnis Robert G. Neumanns (damals in G-2 3. Armee) in Schreiben vom 16. 4. 1948 an Josef Müller in dessen Archiv.

²⁰⁶ Jedenfalls bis zum März 1946, als er zum „mandatory removal“ erklärt wurde, „... gaining, for future political use, the reputation that he was the one important Bavarian who did not kow-tow to the occupation forces“, wie Cumulative HR OMGB vom 30. 6. 1946 fürchtete.

²⁰⁷ Gespräch mit Schäffer am 7. 3. 1966 und seine Stellungnahme auf der Tagung des CSU Landesausschusses (Anm. 111) im März 1946: „Ich hatte mir allerdings gedacht, daß das Idealisten sind, die das machen ...“ Vgl. auch Berberich, a. a. O., S. 57 ff.

²⁰⁸ Knappen, a. a. O., S. 130.

²⁰⁹ Durch das während der Patton-Krise unter Clays persönlicher Leitung hastig entworfene MG Law Nr. 8, einer spektakulären Intensivierung der Entnazifizierung, sollte die öffentliche Meinung beruhigt werden. Die Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz begann dagegen durch die Einföhrung einer Appellationsmöglichkeit die Rehabilitierung eines Teils der Entlassenen einzuleiten.

²¹⁰ Auch sie wurde am 28. 9. 1945 verkündet und proklamierte die drei süddeutschen Länder als „states“.

gelöst. Patton hätte sich zweifellos gegen diese Emanzipation einer politisierten Militärverwaltung gewehrt und besaß als gleichzeitiger Armeechef und Gouverneur des größten Landes eine besonders gute Ausgangsstellung dazu. Er schied auch darin zur rechten Zeit aus. Im folgenden Personalschub ergab sich die organisatorische Trennung wie von selbst und ohne Aufsehen²¹¹.

Auch der Widerstand in USFET gegen die Berliner Konzentration und damit gegen die Auseinanderreißung des militärischen und des MG-Hauptquartiers schwand dahin angesichts des Versagens der Koordination zwischen den beiden OMGUS-Hauptquartieren, wie es sich in den entgegengesetzten Wirkungen der beiden Sonderbeauftragten in Bayern gezeigt hatte²¹². Oder wie Murphy gallig den Frankfurter Pyrrhussieg charakterisiert: „The embarrassing mixup had the happy result, however, of fortifying the status of OMGUS thereafter. General Adcock was a friend of Clay's, a fellow Army engineer, and he shared Clay's views that G-5 should not attempt to compete with OMGUS or prescribe which of several anti-Nazi political parties should be supported by the Germans.“²¹³

Es war ein Kennzeichen der amerikanischen Besatzung in Deutschland zwischen 1945 und 1947, daß sie in JCS 1067/6 ein offizielles Programm hatte, das nicht ausgeführt wurde, und eine Politik ausführte, die wegen der ihr entgegenstehenden veröffentlichten Meinung in USA nicht zum Programm erhoben werden konnte. In dieser Situation hätte die Existenz zweier Hauptquartiere mit nicht voll geklärten Zuständigkeiten zwischen Kontrollrat und Zone für die verschiedenen Anhänger des einen oder anderen Programms, die es in den mittleren Rängen von MG und in den deutschen Parteien überall gab, die Möglichkeit geboten, die Hauptquartiere gegeneinander auszuspielen. Es hätte dann überhaupt keine Formel mehr gegeben, mit der die Besatzungspolitik hätte gesteuert werden können.

„The end of the old G-5-Division was a great deal more than a mere redesignation of a staff division. It was, in reality, the end of the combat concept of civil control and it gave way to a new era of experimentation in the search for a common denominator that would coordinate all the factors involved.“²¹⁴ Angesichts der Undefinierbarkeit eines Programms in der Öffentlichkeit konnte dieser gemeinsame Nenner keine politische Konzeption, angesichts der verschiedenartigen politischen Disposition des MG-Personals auch keine Institution sein, sondern nur eine Person: Clay.

²¹¹ Am 5. 10. 1945 erging in Zusammenhang mit Procl. Nr. 2. eine USFET-Direktive, die die Länderregierungen von der unmittelbaren Befehlsstruktur der MG befreite und sie nur noch der US-Kontrolle durch den Ministerpräsidenten unterstellte. Damit war ein entscheidender Schritt zum politischen Aufbau der Länder getan. Wie Cum. HR OMGB vom 30. 6. 1946 berichtet, soll diese Weisung allen deutschen Beamten als Überforderung des deutschen Apparats erschienen sein. Nach einer Analyse der Verwaltung am 5. 11. erging sie jedoch mit Wirkung vom 1. 1. 1946.

²¹² USFET G-5 wurde am 8. 10. 1945 als OMG(US) der OMGUS-Struktur angegliedert.

²¹³ Murphy, a. a. O., S. 352.

²¹⁴ Off. of the Chief Hist., Civil Affairs, a. a. O., S. 109.